

PARTEI DES
FORTSCHRITTS
PDF

IDEEN STATT IDEOLOGIEN

FORTSCHRITT FÜR DEUTSCHLAND

Inhalt

Präambel.....	6
Kurzfassung	9
I Wirtschaft und Finanzen	24
Reform der Schuldenbremse	24
Vereinfachung und Verschlinkung des Steuersystems.....	25
Wiedereinführung der Vermögenssteuer	27
Förderung von Unternehmen und wirtschaftlichem Wachstum.....	27
Industriestrompreise senken	29
Abschaffung des Solidaritätszuschlags	30
Förderung von Forschung und Entwicklung in Unternehmen.....	31
Abbau von Bürokratie	32
Reform von staatlichen Förderprogrammen.....	33
Entlastung für Agrardiesel	34
Sonderabschreibungen für Energieeffizienz.....	34
Bekämpfung von Schattenwirtschaft.....	35
Verbot unlauterer Wirtschaftspraktiken.....	36
Entwicklung hin zu einer Kreislaufwirtschaft	37
II Arbeit und Beschäftigung.....	39
Fachkräftemangel.....	39
Mindestlohn.....	40
Passungsprobleme am Arbeitsmarkt.....	42
Arbeitszeitmodelle und Flexibilisierung.....	43
Elternzeit auch für Selbstständige.....	44
III Innere Sicherheit	44

	Personelle und technische Aufrüstung	45
	Strukturelle Reformen und gezielte Erweiterung der Befugnisse	45
	Digitale Transformation im Sicherheitsbereich.....	46
	Bürokratische Strukturen optimieren.....	46
	Kompetenzen der deutschen Geheimdienste stärken	47
	Bekämpfung jeglichen Extremismus.....	47
	Stärkung der Justiz	48
	Schutz von Minderheiten	49
	Religionsfreiheit.....	50
IV	Migration	51
	Schnelle Integration durch Arbeit und Ausbildung.....	51
	Faire und effiziente Asylverfahren	52
	Europäisches Asylsystem und Schutz der EU-Außengrenzen.....	54
V	Demokratie, Bürgerbeteiligung und Transparenz.....	55
	Förderung basisdemokratischer Strukturen.....	55
	Verbesserung des Zugangs zu Entscheidungsprozessen.....	56
	Bessere Wahlen	57
	Bürgerräte	58
	Parteienfinanzierung reformieren.....	58
	Reformoptionen für kommunale Demokratie	59
	Verbesserung des Gesetzgebungsverfahrens.....	60
	Weiterentwicklung des Petitionsrechts	61
	Lobbyismus und Korruptionsbekämpfung.....	62
VI	Soziales und Familie	63
	Unsere Rentenreform: Ein zukunftssicheres Rentensystem	63
	Unterstützung des Pflegesektors.....	66
	Familienförderung: Unterstützung für moderne Lebensrealitäten.....	67

	Seniorenpolitik: Altersgerechtes Wohnen und Teilhabe im Alter	72
	Gleichstellung.....	76
	Jugendpolitik.....	76
	Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt.....	79
	Schutz von Kindern vor Gewalt und Missbrauch	81
	Reform des §218	82
VII	Bildung, Forschung, Kultur und Medien	83
	Standardisierung und Zentralisierung des Schulsystems.....	83
	Politischer Paradigmenwechsel „Meister und Master“	84
	Balance zwischen Integration und Inklusion.....	85
	Bewegung und Schwimmen als feste Bestandteile des Lehrplans.....	85
	Alltagsfähigkeiten vermitteln.....	86
	Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab der Grundschule.....	86
	Vermittlung von Medienkompetenz	88
	Lohnsteuerfreiheit für Studierende und Auszubildende	88
	Lebenslanges Lernen.....	89
	Verbesserung der Lehrkräfteausbildung und Infrastruktur	90
	Disziplinprobleme in deutschen Schulen.....	91
	Elternunabhängiges BAföG	93
	Forschung in Deutschland: Visionäre Wissenschaft fördern und stärken.....	94
	Kulturpolitik: Kulturelle Vielfalt und Schutz des kulturellen Erbes.....	96
	Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	97
	Bekämpfung von Fake News.....	98
VIII	Gesundheit, Ernährung und Drogenpolitik.....	99
	Versorgungsherausforderungen.....	99
	Präventive Versorgung	100
	Psychotherapeutische Versorgung.....	102

	Finanzielle Herausforderungen und nachhaltige Finanzierung	103
	Medizinische Versorgung im ländlichen Raum	103
	Digitalisierung und Innovation im Gesundheitswesen	104
	Ernährungspolitik.....	104
	Drogenpolitik: Schluss mit dem Schwarz/Weiß Denken.....	106
IX	Umwelt, Klima und Energie	107
	Anpassung an den Klimawandel.....	107
	Schutz der Biodiversität	108
	Ausbau erneuerbarer Energien.....	109
	Nachhaltige Stadtentwicklung und Schutz von Wäldern und Meeren	111
	Tierschutz.....	112
X	Digitales.....	115
	Gesamte Verwaltung digitalisieren.....	115
	Ausbau von Breitband-, Glasfaser- und Mobilfunknetzen.....	117
	Cybersicherheit und Schutz kritischer Infrastrukturen	118
	Förderung von Industrien der künstlichen Intelligenz	119
	Blockchain Technologien.....	120
	Resilienz und Souveränität digitaler Infrastruktur	121
	Für eine freie, transparente und sichere digitale Zukunft.....	122
XI	Infrastruktur und Verkehr.....	125
	Konsequenter Ausbau der Schiene	125
	Deutliche Investitionen in die staatliche Infrastruktur	126
XII	Regionalentwicklung, Landwirtschaft und Fischerei	128
	Regionen stärken	128
	Landwirtschaft.....	129
	Fischerei	131
XIII	Auswärtige Angelegenheiten.....	132

	Internationale Zusammenarbeit.....	132
	Internationale Hilfe bei Naturkatastrophen und humanitären Krisen.....	134
	Reform der Entwicklungshilfe	135
	Krisenprävention & Friedensförderung.....	136
	Handelspolitik.....	137
XIV	Verteidigung und Sicherheitspolitik.....	139
	Bildung einer EU-Armee	139
	Verteidigungsbudget und Abwehrbereitschaft	140
	Aktuelle Konflikte.....	141
XV	Europäische Union	143
	EU für Überregionales, Nationalstaaten für Heimisches	143
	Stärkung des Europäischen Parlaments.....	144
	Stärkung der Identifikation mit der EU durch bessere Repräsentation.....	144
	Entbürokratisierung des Wahlsystems.....	145
	Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die EU.....	146
	Währungspolitik als Mittel zum Zweck.....	146
	Entbürokratisierung der EU.....	147
	Das Problem Lobbyismus.....	148
	Eine gemeinsame Sprache für die EU.....	149
	Die EU als außenpolitischer Player.....	149
	Autarke Versorgung der EU-Bürger mit Grundnahrungsmitteln.....	150
	Normierung von Kleidergrößen	151
	EU-Reformen	152

Präambel

Ideen statt Ideologien!

Wir leben in einer Zeit voller Veränderungen, aber vor allem auch voller Chancen. Neue Herausforderungen wie der Klimaschutz, die Stärkung der Wirtschaft und der Zusammenhalt in einer pluralistischen Gesellschaft eröffnen uns die Möglichkeit, unsere Zukunft aktiv zu gestalten. Viele Menschen spüren die Dynamik dieser Zeit und wir möchten sie ermutigen, gemeinsam mit uns eine positive Zukunft für Deutschland zu verwirklichen.

Die Partei des Fortschritts steht für Zuversicht, Innovation und Miteinander. Fortschritt ist das Leitprinzip unseres politischen Handelns und die Antwort auf drängende Herausforderungen. Wir sehen die Entwicklungen unserer Zeit als Gelegenheit, unser Land zu modernisieren und ein neues Kapitel aufzuschlagen: Ein Kapitel, in dem Gerechtigkeit, Fortschritt, Leistung, Nachhaltigkeit und Sicherheit im Einklang stehen. Unsere Schwerpunkte sind einfach und klar formuliert: Wir setzen uns für eine starke Wirtschaft, faire Löhne, sichere Renten, ein gerechtes Asyl- und Sozialsystem, direkte Bürgerbeteiligung, Innovationsförderung, einen entbürokratisierten digitalen Staat und Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ein, damit jeder – ob Unternehmer oder alleinerziehende Mutter – mit Zuversicht in die Zukunft blicken kann. Auch möchten wir mit Investitionen in erneuerbare Energien, nachhaltige Technologien und umweltfreundliche Innovationen Arbeitsplätze schaffen. Wir streben nach gesellschaftlichem Zusammenhalt, schaffen Perspektiven für alle und stärken Deutschlands Rolle als verlässlichen Partner in der Welt.

Unsere Vision ist ein modernes, robustes und nachhaltiges Deutschland, das Chancen für jeden eröffnet und niemanden zurücklässt. Gemeinsam gestalten wir ein Land, das stolz auf seine Vielfalt und seinen Fortschritt ist. Die Zukunft ist voller Möglichkeiten – lass sie uns gemeinsam gestalten!

Mut zu neuen Wegen – für eine lebendige Demokratie

Wir stehen fest zu den Werten des Grundgesetzes und setzen auf eine lebendige und direktere Demokratie, die allen Menschen echte Teilhabe ermöglicht. Unser Handeln basiert auf Gerechtigkeit, Menschenwürde und Transparenz, weswegen wir

die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen und Populismus und spaltender Rhetorik eine klare Absage erteilen.

Im Zentrum unserer politischen Identität steht die Stärkung der Basisdemokratie: Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger befähigen, aktiv Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Mit Nachdruck setzen wir uns dafür ein, politische Prozesse durch stärkere Partizipation auf allen Ebenen zugänglicher zu machen. Digitale Werkzeuge spielen hierbei eine Schlüsselrolle und sollen durch eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland auf allen Ebenen zugänglich gemacht werden: Sie eröffnen neue Möglichkeiten, die Demokratie zu stärken und alle Menschen in den politischen Dialog einzubinden. Unser Ziel ist eine Gemeinwohlorientierung, indem wir keine Klientelpolitik machen, sondern das Wohl aller in den Vordergrund stellen.

Unser Leitspruch „**Ideen statt Ideologien**“ ist das Fundament unseres generationenübergreifenden Denkens. Wir setzen auf langfristige Strategien, die pragmatische, nachhaltige und innovative Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit liefern. Dabei verbinden wir wissenschaftliche Erkenntnisse mit den Hoffnungen und Bedürfnissen der Menschen. Wir stehen für eine Politik, die starre Ideologien ablehnt und so den Ansprüchen einer dynamischen Welt gerecht wird: Flexibel, lösungsorientiert und immer in den Diensten einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Finanzierbarkeit durch umfassende Reformen und Effizienz

Wir setzen auf grundlegende Reformen, die systemische Ineffizienzen beseitigen und langfristig finanzielle Spielräume schaffen. Dazu gehören beispielsweise die massive Effizienzsteigerung des deutschen Staates durch eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung, eine umfassende Entbürokratisierung, Reform des Steuersystems sowie die zielgerichtete Reform von Subventionen und der Schuldenbremse. Durch die Bekämpfung teurer und lähmender Strukturen erwarten wir erhebliche finanzielle Entlastungen, die zur Finanzierung unserer Vorhaben genutzt werden. Es bedarf einer umfassenden Reformkraftanstrengung, um ein finanzierbares, effizientes, schnelles und transparentes System zu schaffen. Wir betrachten die Herausforderungen von oben, statt uns in Einzelheiten zu verlieren.

Eine Zukunft für alle – unser Auftrag

Wir stehen an der Seite all jener, die sich eine Zukunft voller Chancen, Perspektiven und Möglichkeiten wünschen. Die Partei des Fortschritts vereint soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlichem Aufschwung, fördert Bildung und Kultur, stärkt Familien und schützt unsere Umwelt für die kommenden Generationen. Unser Ziel ist ein sozioökonomisches Umfeld, in dem Freiheit und Zusammenhalt Hand in Hand gehen. Wir laden Dich ein, Teil unserer Vision zu werden. Gemeinsam können wir eine bessere Zukunft schaffen – für uns alle.

Kurzfassung

Wirtschaft und Finanzen

- **Bekämpfung der Deindustrialisierung:** Reduktion der steuerlichen Belastung für Unternehmen, Bürokratieabbau und gezielte Anreize für strategische Branchen wie Maschinenbau, Chemie, IT und KI, um die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern.
- **Reform der Schuldenbremse:** Einführung einer „Goldenen Regel Plus“, die kreditfinanzierte Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Digitalisierung und Infrastruktur ermöglicht. Anpassung der Defizitgrenze und Flexibilisierung der Konjunkturkomponente für mehr finanzielle Spielräume.
- **Vereinfachung des Steuersystems:** Abschaffung unnötiger Steuern wie der Schaumweinsteuer, Einführung eines digitalen und automatisierten Steuersystems nach estnischem Vorbild und Steuererleichterungen für kleine Unternehmen. Progressivere Steuerkurve mit Entlastung niedriger Einkommen und einem zusätzlichen Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen.
- **Wiedereinführung der Vermögenssteuer:** Gerechte Besteuerung großer Vermögen zur Finanzierung öffentlicher Investitionen, ohne Arbeitsplätze oder Investitionen zu gefährden.
- **Unternehmensförderung:** Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 12 %, Abschaffung der Gewerbesteuer zugunsten eines kommunalen Zuschlags und gezielte Förderung von kleinen Unternehmen durch erhöhte Umsatzgrenzen für steuerliche Entlastungen.
- **Senkung der Industriestrompreise:** Reduktion der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß, Einführung eines subventionierten Industriestrompreises für energieintensive Unternehmen und mehr Transparenz bei der Preisgestaltung der Energieversorger.
- **Forschung und Entwicklung stärken:** Einführung von Steuergutschriften für Investitionen in Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Maschinen, gezielte Förderung strukturschwacher Regionen und Steuererleichterungen für Unternehmen, die Gewinne reinvestieren.

- **Bürokratieabbau:** Einführung eines „One-Stop-Shop“-Modells für behördliche Anliegen, Digitalisierung und Automatisierung von Meldeverfahren sowie vereinfachte Abschreibungsregelungen für kleine und mittlere Unternehmen.
- **Förderung der Kreislaufwirtschaft:** Einführung eines umfassenden „Rechts auf Reparatur“, steuerliche Anreize für ressourcenschonendes Wirtschaften und gezielte Förderung von Start-ups im Bereich der Kreislaufwirtschaft.

Arbeit und Beschäftigung

- **Bekämpfung des Fachkräftemangels:** Attraktive Arbeitsbedingungen, Gehaltserhöhungen und die Förderung von Weiterbildung und Umschulung sollen dem Fachkräftemangel in Pflege, Handwerk, IT und Kinderbetreuung entgegenwirken. Ergänzt wird dies durch erleichterte Einwanderung für qualifizierte Fachkräfte und Anreize für ältere Beschäftigte, länger im Arbeitsleben zu bleiben.
- **Mindestlohn mit Augenmaß:** Moderat angehobene und wirtschaftlich angepasste Mindestlöhne sowie gezielte Entlastungen für kleine Betriebe sichern soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität.
- **Passungsprobleme lösen:** Mit digitalen Arbeitsmarktplattformen, regionalen Mobilitätsanreizen und gezielter Qualifizierung sollen Arbeitsuchende und offene Stellen besser zusammengeführt werden.
- **Flexible Arbeitszeitmodelle fördern:** Pilotprojekte zur Vier-Tage-Woche, ein gesetzliches Recht auf Homeoffice und flexible Arbeitszeitkonten schaffen eine moderne Work-Life-Balance und stärken die Mitarbeiterbindung.
- **Elternzeit für Selbständige:** Ein flexibles Elternzeitmodell mit finanzieller Entlastung schließt bestehende Gerechtigkeitslücken und erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Innere Sicherheit

- **Personalmangel und technische Defizite beheben:** Aufstockung des Personals in den Sicherheitsbehörden, gezielte Rekrutierung von Cyber- und

Terrorabwehrexperthen sowie Investitionen in modernste Technologien wie IT-Infrastrukturen, digitale Forensik-Tools und Überwachungstechnologien.

- **Strukturelle Reformen und gezielte Befugnisse:** Anpassung veralteter Gesetze wie des Bundespolizeigesetzes und Einführung zielgerichteter Befugnisse wie des Quick-Freeze-Verfahrens, um gezielte Ermittlungen ohne anlasslose Überwachung zu ermöglichen.
- **Digitale Transformation der Sicherheitsbehörden:** Beschleunigung interner Prozesse durch Digitalisierung und Aufbau spezialisierter Cyberabwehreinheiten, um Bedrohungen im digitalen Raum effektiver zu bekämpfen.
- **Extremismusbekämpfung stärken:** Nulltoleranz gegen jegliche Form von Extremismus, gekoppelt mit unabhängigen Sicherheitsstrukturen und umfassender Prävention durch Bildung und Aufklärung.
- **Diskriminierung und Hasskriminalität bekämpfen:** Anpassung und Verschärfung der Gesetze gegen Diskriminierung, Ausbau von Anti-Diskriminierungsstellen und Einrichtung spezialisierter Einheiten zur Verfolgung von Hasskriminalität.
- **Stärkung der Justiz:** Bereitstellung angemessener Ressourcen, Digitalisierung der Arbeitsprozesse und Kampagnen zur Förderung der Attraktivität juristischer Berufe, um die Effizienz der Justiz zu steigern.
- **Schutz von Minderheiten und Förderung der Religionsfreiheit:** Unterstützung der Rechte von Minderheiten und Förderung einer friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften bei strikter Trennung von Kirche und Staat.

Migration

- **Integration durch Arbeit und Ausbildung:** Schnelle Arbeitsgenehmigungen innerhalb von 10 Tagen, vereinfachte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und Programme zur Verbindung von Arbeit und Sprachlernen sollen Geflüchteten eine zügige Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglichen.
- **Faires und effizientes Asylsystem:** Einführung von Migrationszentren in Herkunftsregionen zur sicheren Abwicklung von Asylverfahren, Bekämpfung von

Schleusernetzwerken und befristetes Asyl mit Rückkehrpflicht bei Entfall der Fluchtursachen. Sozialleistungen sollen an Integrationserfolge gekoppelt werden.

- **Europäisches Asylsystem und Außengrenzschutz:** Ein solidarisches Verteilungssystem innerhalb der EU und die effektive Überwachung der Außengrenzen sollen illegale Migration verhindern, die Freizügigkeit wahren und die Verantwortung fair verteilen.
- **Rechtskonformität und Werteanerkennung:** Geflüchtete müssen die Werte der Verfassung, wie Gleichberechtigung, Religionsfreiheit und Bildungsrechte, anerkennen. Straffälligkeit führt zum Verlust des Aufenthaltsrechts.

Demokratie, Bürgerbeteiligung und Transparenz

- **Stärkung basisdemokratischer Strukturen:** Einführung digitaler Bürgerparlamente und effektiver Bürgerräte zur Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungen. Volksentscheide sollen gesetzlich gestärkt und demokratisches Engagement durch rechtliche und finanzielle Unterstützung gefördert werden.
- **Transparenz und Bürgernähe in Entscheidungsprozessen:** Entwicklung einer Open-Source-Plattform für Petitionen und Mitbestimmung, transparente Dokumentation politischer Prozesse und barrierefreie digitale Zugänge stärken das Vertrauen und die Teilhabe der Bevölkerung.
- **Moderne Wahlreformen:** Prüfung der Abschaffung oder Reform der Fünf-Prozent-Hürde, Einführung von Präferenzwahlen zur fairen Abbildung des Wählerwillens und die Möglichkeit, „Nein“ zu wählen, um Unzufriedenheit sichtbar zu machen.
- **Transparenz und Korruptionsbekämpfung:** Verpflichtende Offenlegung von Lobby-Einfluss, Ausbau des Lobbyregisters und Einführung eines Gesetzes-Fußabdrucks bei politischen Entscheidungen. EU-weite Transparenzstandards fördern Vertrauen und Gerechtigkeit.
- **Förderung kommunaler Demokratie:** Bürgerforen, digitale Dialogräume und differenzierte Abstimmungsoptionen auf lokaler Ebene stärken den direkten

Einfluss der Bevölkerung und erhöhen die Akzeptanz politischer Entscheidungen.

Soziales und Familie

Rentenreform für eine stabile Zukunft

- Flexibles Renteneintrittsalter: Individuell anpassbare Übergänge in den Ruhestand, mit Rentenboni als Anreiz für längeres Arbeiten.
- Kapitalgedeckte Altersvorsorge: Einführung einer kapitalgedeckten Komponente zur Entlastung des umlagefinanzierten Systems.
- Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger: Selbstständige und Freiberufler werden in das Rentensystem integriert, um soziale Gerechtigkeit und Stabilität zu fördern.
- Höhere Steuerfreibeträge bei der Rente: Reduzierung finanzieller Belastung und Minderung von Altersarmut, bspw. durch höhere Steuerfreibeträge für Rentnerinnen und Rentner.

Unterstützung für Pflegekräfte und Pflegebedürftige

- Attraktivierung des Pflegeberufs: Einführung eines steuerfreien Pflegebonus und bessere Arbeitsbedingungen durch digitale Planung und Personaluntergrenzen.
- Staatlich finanzierte Vorzeigeeinrichtungen: Förderung neuer Arbeitsstandards und höhere Zuschüsse für Pflegedienste.
- Bekämpfung des Fachkräftemangels: Ausbau von Ausbildungsplätzen, Umschulungen und Ehrenamtsprogrammen.

Familienförderung und moderne Lebensrealitäten

- Betreuungsinfrastruktur ausbauen: Investitionen in Kitas, flexiblere Öffnungszeiten und digitale Reservierungssysteme für mehr Transparenz.
- Reform des Elterngeldes: Anpassung an die Inflation, mehr Flexibilität für Eltern und automatische Kindergeldauszahlung.

- Moderner Steuermodellansatz: Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer Individualbesteuerung mit Kinderfreibeträgen.

Jugendpolitik und Perspektiven für junge Menschen

- Jugendbürgerräte und digitale Mitsprache: Mehr politische Teilhabe und stärkere Einbindung in Entscheidungen.
- Bezahlbarer Wohnraum und Jugendzuschüsse: Investitionen in Sozialwohnungen und finanzielle Entlastungen gegen Inflation.
- Psychische Gesundheit stärken: Flächendeckende Beratungsstellen und schulische Programme zur Förderung mentaler Gesundheit.

Seniorenpolitik und altersgerechtes Wohnen

- Barrierefreie Wohnungen: Priorisierung des Neubaus und Förderung von Mehrgenerationen-Wohnmodellen.
- Umbaumaßnahmen fördern: Zuschüsse für Treppenlifte und rollstuhlgerechte Zugänge.
- Bekämpfung der Altersarmut: Vereinfachte Antragsverfahren und gezielte Unterstützungsfonds für alleinstehende Frauen.

Reform des §218 – Stärkung der Frauenrechte

- Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen: Bis zur 12. Woche ohne Kriminalisierung.
- Freiwillige Beratung: Unterstützung ohne Zwang, mit Kostenübernahme durch die Krankenkassen.
- Gesellschaftlicher Dialog: Förderung einer sachlichen Debatte, die Rechte der Frauen und den Schutz des Lebens vereint.

Bildung, Forschung, Kultur und Medien

- **Standardisiertes Schulsystem für Chancengleichheit:** Einführung eines bundesweit einheitlichen Lehrplans, zentralisierte Abschlussprüfungen und die Abschaffung länderspezifischer Bildungsverwaltung zugunsten einer zentralen Bundesbehörde. Verpflichtende Kita-Jahre und ein durchlässiges

Schulsystem fördern individuelle Talente und gleichen Bildungsungleichheiten aus.

- **„Meister und Master“ gleichstellen:** Gleichwertigkeit von handwerklichen und akademischen Abschlüssen, Integration praktischer Kompetenzen in Lehrpläne und eine gesellschaftliche Neubewertung beruflicher Bildung stärken die Fachkräftebasis und adressieren den Fachkräftemangel.
- **Medienkompetenz und Lebensfähigkeiten vermitteln:** Zeitgemäße Lehrpläne sollen digitale Fähigkeiten, Alltagskompetenzen und kritisches Denken fördern. Lehrkräfte werden entsprechend geschult, um Schülerinnen und Schüler auf die digitale und soziale Zukunft vorzubereiten.
- **Lohnsteuerfreiheit für Studierende und Auszubildende:** Gedeckelte Steuerbefreiung von Ausbildungsvergütungen und Werkstudenteneinkünften sind sinnvoll, um jungen Menschen bei ihrem Start in die Ausbildung zu fördern.
- **Forschung stärken:** Verbesserte Karrierewege für Wissenschaftler, mehr Grundfinanzierung für Universitäten und Förderung visionärer sowie nicht-marktwirtschaftlicher Forschung schaffen Raum für langfristige Innovationen und gesellschaftliche Transformation.
- **Ganztagsbetreuung und Bildungsinfrastruktur:** Ein langfristiger Ausbau hochwertiger Ganztagsbetreuung, bessere Lehrkräfteausbildung und Digitalisierung der Schulen fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schaffen eine moderne Lernumgebung.
- **Kulturförderung und Medienreform:** Unabhängige Kulturförderung, Stärkung regionaler Kulturzentren und die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, inklusive effizienterer Strukturen und transparenter Gehaltsobergrenzen, sichern kulturelle Vielfalt und Vertrauen in die Medien.
- **Bekämpfung von Fake News:** Technische Maßnahmen zur Erkennung von Desinformation, Präventionsstrategien wie „Prebunking“ und stärkere Verantwortung von Plattformen schützen die Meinungsfreiheit und stärken demokratische Prozesse.

Gesundheit, Ernährung und Drogenpolitik

Stärkung der Gesundheitsversorgung:

- Reform des Krankenhaussystems durch Vorhaltepauschalen und Spezialisierung zur Sicherung der flächendeckenden Versorgung.
- Ausbau der Notfallversorgung mit integrierten Notfallzentren und besserer Vernetzung der Rettungsdienste.
- Attraktivitätssteigerung der ambulanten Versorgung durch vollständige Vergütung und kommunale Medizinische Versorgungszentren.

Prävention als Schlüssel zur Gesundheit:

- Präventive Maßnahmen gegen chronische Krankheiten und psychische Störungen stärker in das Gesundheitssystem integrieren.
- Finanzielle Anreize für Krankenkassen, Unternehmen und Leistungserbringer, die Präventionsangebote fördern.

Wissenschaftsgeleitete Impfpolitik:

- Freiwillige Impfungen mit umfassender Aufklärung, bei außergewöhnlichen Gefährdungen auch gesetzliche Impfpflicht auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Psychische Gesundheit priorisieren:

- Schaffung zusätzlicher Kassensitze für Psychotherapeuten und Ausbau präventiver Programme.
- Abschaffung des Kassensitz-Handels zur Sicherung einer gerechten Versorgung.

Digitale Gesundheitsrevolution:

- Einführung einer zentralen digitalen Patientenakte, Ausbau telemedizinischer Angebote und Optimierung von Verwaltungsprozessen mittels KI.
- Prüfung einer Zusammenlegung gesetzlicher Krankenkassen zur Effizienzsteigerung.

Gesunde und nachhaltige Ernährung:

- Einführung verpflichtender Standards für gesunde und nachhaltige Mahlzeiten in Gemeinschaftsverpflegung.
- Förderung pflanzenbetonter Ernährung und Reduzierung der Lebensmittelverschwendung durch gesetzliche Vorgaben.

Wissenschaftlich fundierte Drogenpolitik:

- Reform des Betäubungsmittelgesetzes zur differenzierten Regulierung nach gesundheitlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen.
- Ausbau von Prävention, sicheren Konsumräumen und Substitutionstherapien sowie strikte Regulierung des öffentlichen Drogenkonsums.

Umwelt, Klima und Energie

- **Klimaanpassung und Resilienz:** Entwicklung klimaresilienter Infrastruktur wie urbane Begrünung, Rückhaltebecken und wasserdurchlässige Bodenbeläge. Ausbau digitaler Frühwarnsysteme und Förderung innovativer Technologien zur Wasserversorgung und Landwirtschaft.
- **Biodiversität schützen:** Einrichtung von Biotopverbundsystemen, Förderung nachhaltiger Agrarpraktiken und urbaner Biodiversität durch Wildblumenwiesen und Renaturierung.
- **Erneuerbare Energien fördern:** Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, Ausbau der Netzinfrastruktur, Förderung moderner Speichertechnologien und Subventionierung von Solaranlagen für eine dezentrale Energieversorgung.
- **Technologieoffenheit:** Unterstützung von Forschung an Kernenergie, Small Modular Reactors (SMRs) und Kernfusion. Internationale Kooperation und faktenbasierte Energiepolitik stärken die langfristige Energieversorgung.
- **Nachhaltige Städte und natürliche Lebensräume:** Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung, klimaresilienter Wälder und nachhaltiger Fischereipraktiken. Integration von Natur in die Stadtplanung und Schutz der Meeresökosysteme.

- **Tierschutz verbessern:** Förderung artgerechter Haltungsformen, Reduktion von Tierversuchen durch innovative Alternativen, strenge Regulierung im Heimtierhandel und Verbot von Pelzen in der Mode.

Digitales

- **Gesamte Verwaltung digitalisieren:** Einführung eines zentralen E-Government-Portals für alle Verwaltungsleistungen, Nutzung Künstlicher Intelligenz (KI) zur Prozessautomatisierung und Transparenz durch Open-Data-Plattformen. Ziel ist ein vollständig digitalisierter, effizienter und bürgerfreundlicher Verwaltungsapparat.
- **Digitale Infrastruktur ausbauen:** Beschleunigung des Glasfaser-, Breitband- und Mobilfunkausbaus durch klare Regulierung, regionale Kompetenzzentren und öffentlich-private Partnerschaften. Wettbewerbsförderung und finanzielle Entlastung der Netzbetreiber sichern eine flächendeckende digitale Anbindung.
- **Cybersicherheit stärken:** Einführung eines bundesweiten KRITIS-Dachgesetzes mit einheitlichen Sicherheitsstandards und Meldepflichten, Ausbau von Cybersicherheitskapazitäten und Förderung von Forschung sowie internationaler Zusammenarbeit zur Abwehr moderner Bedrohungen.
- **KI-Industrien und Datenökonomie fördern:** Aufbau bundesweiter Kompetenzzentren für KI, wirtschaftsfreundliche Umsetzung der EU-KI-Verordnung und Förderung datengetriebener Start-ups sowie offener Datenpools. Fokus auf Datenschutz und europäische digitale Souveränität.
- **Blockchain-Technologien nutzen:** Förderung der Blockchain-Forschung, Entwicklung fälschungssicherer Wahlsysteme und Innovationen in Verwaltung und Wirtschaft. Ziel ist die Integration transparenter und manipulations-sicherer Lösungen.
- **Digitale Resilienz und Souveränität:** Europäische Standards für kritische Infrastruktur, Förderung von Grundlagenforschung und ein klarer Fokus auf resiliente Netzwerke und Lieferketten. Digitale Sicherheit wird durch eine transparente Fehlerkultur und Sensibilisierung der Gesellschaft gestärkt.

- **Freie und faire digitale Zugänge sichern:** Festschreibung der Netzneutralität, Open-Source-Ansatz für öffentlich finanzierte Software („Public Money, Public Code“) und freier Zugang zu wissenschaftlichen Arbeiten, amtlichen Daten und Kulturgütern.
- **Bürgerrechte im digitalen Raum schützen:** Abschaffung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) zugunsten grundrechtskonformer Lösungen, Ablehnung anlassloser Vorratsdatenspeicherung und Förderung digitaler Privatkopien sowie Interoperabilität von Diensten und Geräten.

Infrastruktur und Verkehr

- **Modernisierung der Schieneninfrastruktur:** Sanierung und Elektrifizierung von Strecken auf 75 % bis 2030, Wiedereröffnung stillgelegter Verbindungen und ein zentral koordiniertes Baustellenmanagement fördern umweltfreundliche Mobilität. Digitalisierung der Steuerungssysteme und Subventionen für Schienengüterverkehr treiben die Verkehrswende voran.
- **Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur:** Ausbau emissionsarmer Busse, On-Demand-Taxi-Services und Smart Mobility-Lösungen verbessern Mobilität, insbesondere in ländlichen Regionen. Investitionen in Fahrradwege, Elektro-Ladestationen und moderne Schranken für U-Bahn-Systeme fördern klimafreundliche Alternativen.
- **Digitale Infrastruktur stärken:** Beschleunigter Glasfaserausbau und umfassende Breitbandversorgung in ländlichen und strukturschwachen Regionen. Einführung eines zentralen E-Government-Portals für digitale Behördengänge und die Automatisierung von Verwaltungsprozessen.
- **Nachhaltige Energieinfrastruktur:** Förderung innovativer Energiespeicher wie Batteriespeicherparks und Smart Grids, Ausbau der Stromleitungsnetze und Senkung der Netzentgelte für mehr Versorgungssicherheit und den Umstieg auf erneuerbare Energien.

Regionalentwicklung, Landwirtschaft und Fischerei

- **Regionen stärken:** Maßnahmen gegen Landflucht wie steuerliche Anreize, der Ausbau digitaler und physischer Infrastruktur sowie gezielte

Unterstützung für Landärzte und Familien sollen ländliche Regionen attraktiver machen. Kultur-, Sport- und Freizeitangebote werden durch Förderungen und Sanierungen unterstützt, um das soziale Leben zu stärken.

- **Regionale Lebensmittelproduktion fördern:** Weniger Importabhängigkeit durch Investitionen in lokale Produktionsketten, Verarbeitungszentren und Genossenschaften. So bleibt mehr Wertschöpfung in der Region und die Versorgungssicherheit wird gestärkt.
- **Nachhaltige Landwirtschaft:** Förderung des Ökolandbaus, Verbesserung des Tierwohls und gezielte Unterstützung kleiner Betriebe mit nachhaltigen Konzepten. Innovative Technologien wie Präzisionslandwirtschaft und zelluläre Landwirtschaft sichern die Zukunft der Branche und verringern Umweltbelastungen.
- **Fischerei nachhaltig gestalten:** Wissenschaftlich fundierte Fangquoten, Meeresschutzgebiete und nachhaltige Aquakulturprojekte schützen Fischbestände und Meeresökosysteme. Küstenfischer erhalten finanzielle Unterstützung und Hilfe bei der Umstellung auf umweltfreundliche Methoden.

Auswärtige Angelegenheiten

- **Globale Zusammenarbeit stärken:** Deutschland fördert eine wertebasierte und interessenorientierte Außenpolitik, die Frieden, Sicherheit und Stabilität weltweit unterstützt. Der Fokus liegt auf strategischer Autarkie in Schlüsselbereichen wie Energie, Rüstung und Technologie sowie auf einer aktiven Rolle in internationalen Organisationen wie UN, NATO und EU.
- **UN und NATO stärken:** Deutschland setzt sich für eine Reform des UN-Sicherheitsrats ein, um Handlungsfähigkeit und Kompetenzen der Vereinten Nationen zu verbessern. Gleichzeitig bleibt die NATO das zentrale Element der Verteidigungsstrategie, mit klaren Zusagen zu finanziellen Beiträgen und kollektiver Verteidigung.
- **Effiziente humanitäre Hilfe:** Aufbau eines internationalen Netzwerks unter UN-Koordination, Förderung lokaler Strukturen und nachhaltiger Projekte, die langfristige Resilienz in Katastrophengebieten stärken.

- **Reform der Entwicklungshilfe:** Bedarfsorientierte Partnerschaften, Reduktion ineffizienter Projekte, transparente Berichterstattung und Konzentration auf nachhaltige Entwicklung fördern Glaubwürdigkeit und Effektivität.
- **Krisenprävention und Friedensförderung:** Multilaterale Konfliktlösungen, diplomatische Verhandlungen und gezielte wirtschaftliche Maßnahmen stehen im Vordergrund der deutschen Außenpolitik. Militärische Einsätze bleiben die letzte Option.
- **Nachhaltige Handelspolitik:** Deutschland setzt auf Freihandelsabkommen, die Umwelt- und Sozialstandards berücksichtigen, fördert regionale Produktionsnetzwerke und reduziert Abhängigkeiten von autoritären Staaten.
- **Rüstungsexporte und Importe:** Priorisierung europäischer Kooperationen bei Rüstungsgütern, Nutzung von Exporten als strategisches außenpolitisches Instrument und Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit.
- **Diversifizierung der Wirtschaft:** Partnerschaften mit aufstrebenden Märkten, Förderung nachhaltiger Lieferketten und ein Krisenfonds für logistische Engpässe stärken die Resilienz des Handels.

Verteidigung und Sicherheitspolitik

- **Bildung einer EU-Armee:** Schaffung einer defensiv ausgerichteten, unter EU-Parlamentskontrolle stehenden Streitkraft zur gemeinsamen Verteidigung der Mitgliedsstaaten. Effizienzsteigerung durch Integration nationaler Streitkräfte, Synergien in Forschung und Entwicklung sowie ein klares Signal für europäische Einheit und globale Stabilität.
- **Stärkung der Bundeswehr:** Investitionen in moderne Technologien wie Drohnen und Cyberabwehr, eine effizientere Beschaffung und qualitativ hochwertige Ausbildung erhöhen die Einsatzbereitschaft. Reformen im Beschaffungswesen und internationale Zusammenarbeit machen die Truppe zukunftsfähig.
- **Transparenz und gesellschaftliche Unterstützung:** Förderung der Akzeptanz durch aktive Kommunikation über Missionen und Kooperationen. Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht – einschließlich alternativer Dienste wie

Katastrophenschutz – wird als gesellschaftlicher Beitrag zur Sicherheitsvorsorge diskutiert.

- **Engagement in aktuellen Konflikten:**
 - **Ukraine:** Uneingeschränkte Unterstützung zur Wahrung der europäischen Sicherheitsarchitektur.
 - **Israel:** Klare Verteidigungsgarantie bei gleichzeitiger kritischer Begleitung der Handlungen.
 - **Syrien:** Langfristiges Engagement zur Stabilisierung, abhängig von nachhaltigen Fortschritten.
 - **Taiwan:** Militärische Abschreckung zur Vermeidung eines globalen Wirtschaftsschocks und regionaler Eskalationen.

Europäische Union

- **Klare Kompetenzverteilung:** Die EU übernimmt überregionale Themen wie Klimaschutz, Verteidigung und Handel, während nationale Belange wie Renteneintrittsalter oder Tempolimits bei den Mitgliedsstaaten verbleiben. Transparenz und klare Zuständigkeiten stärken das Vertrauen in die EU.
- **Stärkung des Europäischen Parlaments:** Einführung eines Gesetzesinitiativrechts, Direktwahl zentraler EU-Führungspersonen und innovative Wahlrechtsformate wie Ersatzstimmen fördern demokratische Legitimation und Bürgernähe.
- **Bürgernähe und Identifikation:** Ein europäisches Bürgerparlament, einheitliche Wahltage und faire Repräsentation stärken die politische Teilhabe und das Gemeinschaftsgefühl in der EU.
- **Effizientere Wahlen:** Elektronische Unterstützungsunterschriften, automatische Briefwahlunterlagen und modernisierte Wahlverfahren senken Barrieren und fördern die Wahlbeteiligung.
- **EU-Erweiterung und Reformen:** Beschleunigte Beitrittsverfahren für Kandidatenländer, Reform der Entscheidungsstrukturen durch

Mehrheitsentscheidungen und transparente Prozesse sichern die Handlungsfähigkeit der EU auch bei neuen Mitgliedern.

- **Demokratie stärken:** Herstellung von Wahlgleichheit, sichere elektronische Wahlen und eine EU-weite Verfassung schaffen eine gerechte und zukunftsorientierte Union.
- **Effektive Außen- und Verteidigungspolitik:** Abschaffung des Vetorechts, gemeinsame Verteidigungsstrategien und eine einheitliche außenpolitische Linie stärken die globale Position der EU.
- **Entbürokratisierung:** Praxis-Checks, weniger Dokumentationspflichten und ein unabhängiges Bürokratieprüfungsgremium verringern bürokratische Hürden und erleichtern den Alltag von Bürgern und Unternehmen.
- **Transparenz und Lobbyismuskontrolle:** Erweiterte Lobbyregister, Mindestquoten für unabhängige Experten und Kontrollmechanismen garantieren Entscheidungen im Sinne der Allgemeinheit.
- **Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit:** Förderung der Eigenproduktion von Grundnahrungsmitteln und normierte Kleidergrößen für den Online-Handel reduzieren Abhängigkeiten und Umweltbelastungen.

I Wirtschaft und Finanzen

Die drohende Deindustrialisierung stellt eine ernsthafte Herausforderung für Deutschland dar. Faktoren wie hohe Energiepreise, steigende Steuerbelastungen, eine überbordende Bürokratie und der anhaltende Fachkräftemangel gefährden die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Wirtschaftsstandorts. Um diesem Trend wirksam entgegenzuwirken, bedarf es gezielter Maßnahmen, die insbesondere die steuerliche Belastung der Industrie reduzieren und Anreize für strategische Sektoren schaffen.

Reform der Schuldenbremse

Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form hemmt die Fähigkeit Deutschlands, notwendige Investitionen in zentrale Zukunftsbereiche wie Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaschutz zu tätigen. Die strikten Vorgaben erschweren nicht nur die Bewältigung konjunktureller Herausforderungen, sondern auch die langfristige Planung und Finanzierung von Projekten, die entscheidend für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sind. Nach Krisenzeiten wie der COVID-19-Pandemie fehlt es zudem an ausreichendem finanziellen Spielraum, um wirtschaftliches Wachstum nachhaltig zu gestalten. Eine Reform der Schuldenbremse ist daher unumgänglich, um den Anforderungen einer modernen Finanzpolitik gerecht zu werden.

- Erhöhung der Defizitgrenze: Um mehr finanziellen Spielraum für notwendige Investitionen zu schaffen, sollte die Kreditaufnahme des Bundes von derzeit 0,35 % auf bis zu 1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöht werden. Für die Bundesländer soll eine Kreditaufnahme von bis zu 0,15 % des BIP ermöglicht werden. Diese Anpassungen könnten einen zusätzlichen Spielraum von 30 bis 35 Milliarden Euro pro Jahr schaffen, um drängende Herausforderungen wie den Fachkräftemangel oder die Modernisierung der Infrastruktur anzugehen.
- Flexibilisierung der Konjunkturkomponente: Die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse muss so gestaltet werden, dass sie wirtschaftliche Abschwünge besser berücksichtigt. Realistischere Bewertungen der Wirtschaftsentwicklung nach dem Vorschlag der Bundesbank könnten eine

gezielte finanzpolitische Steuerung in Krisenzeiten ermöglichen. Zudem sollte eine Übergangsphase nach Krisen eingeführt werden, um einen plötzlichen Zwang zu drastischen Haushaltskürzungen zu vermeiden. Dies würde den öffentlichen Haushalten mehr Stabilität und Planungssicherheit bieten.

- Investitionsorientierte Reformen: Um langfristige Zukunftsinvestitionen zu fördern, sollte die Schuldenbremse durch eine „Goldene Regel Plus“ ergänzt werden. Diese Regel würde kreditfinanzierte Nettoinvestitionen aus der Kreditobergrenze ausnehmen und somit die Finanzierung wichtiger Projekte wie Klimaschutz, Digitalisierung und Infrastruktur sichern. Zusätzlich könnte ein Sondervermögen nach dem Vorbild des Bundeswehr-Sondervermögens geschaffen werden, das ausschließlich für große Infrastrukturprojekte vorgesehen ist. Diese Maßnahmen stellen sicher, dass öffentliche Investitionen in kritischen Bereichen priorisiert und langfristig gesichert werden.

Vereinfachung und Verschlinkung des Steuersystems

Das deutsche Steuersystem zählt zu den komplexesten weltweit und stellt Bürgerinnen, Bürger sowie Unternehmen vor große Herausforderungen. Die Vielzahl an Ausnahmen, Sonderregelungen und bürokratischen Anforderungen erschwert die Transparenz und erhöht den Verwaltungsaufwand erheblich. Eine grundlegende Reform ist notwendig, um das Steuersystem effizienter, gerechter und bürgerfreundlicher zu gestalten.

- Abschaffung unnötiger Steuern: Historisch überholte Sondersteuern wie die Schaumweinsteuer, die einst zur Finanzierung der kaiserlichen Kriegsflotte eingeführt wurde, müssen abgeschafft werden. Zweckgebundene Steuern, deren ursprüngliche Begründung nicht mehr besteht, sollen umbenannt, angepasst oder vollständig gestrichen werden. Bei Steuern, deren bürokratischer Aufwand die Erträge übersteigt, ist ein schrittweiser Abbau sinnvoll. Solche Maßnahmen stärken das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ein gerechtes Steuersystem.
- Reform der Steuerkurve: Eine progressive Steuerkurve soll niedrige und mittlere Einkommen entlasten, während höhere Einkommen stärker besteuert werden. Die Grenze für den Spitzensteuersatz wird angehoben, um den

Mittelstand zu stärken. Gleichzeitig wird ein zusätzlicher Spitzensteuersatz von 50 % für Jahreseinkommen ab 400.000 € eingeführt, um höhere Einkommen angemessen zu belasten.

- Reform der Mehrwertsteuer: Um das System transparenter zu gestalten, wird die Mehrwertsteuer auf 7 % für Lebensmittel fixiert. Für alle anderen Produkte und Dienstleistungen bleibt der reguläre Satz von 19 % erhalten. Unnötige Ausnahmen werden abgeschafft, um die Verwaltung zu vereinfachen.
- Vermeidung kalter Progression: Steuerklassen und Freibeträge sollen automatisch jährlich an die Inflation angepasst werden. Dies stellt sicher, dass Gehaltserhöhungen nicht zu einer Netto-Minderung führen, sondern echte finanzielle Verbesserungen darstellen.
- Digitalisierung und Effizienz durch automatische Steuererklärungen: Nach dem Vorbild Estlands wird ein digitalisiertes und automatisiertes Steuersystem eingeführt, bei dem relevante Daten wie Einkommen, Abzüge und Steuerergünstigungen direkt von Behörden, Arbeitgebern und Banken erfasst werden. Bürgerinnen und Bürger prüfen lediglich die Angaben und bestätigen diese mit einem Klick. Der gesamte Prozess soll in wenigen Minuten abgeschlossen sein.
- Stärkung der Steuergerechtigkeit: Durch gezielte Gesetzesänderungen werden Steuervermeidung und legale Steuerschlupflöcher, insbesondere bei großen Unternehmen, geschlossen. Finanzämter werden personell besser ausgestattet, um die Einhaltung der Regelungen sicherzustellen und faire Bedingungen zu schaffen. Gemeinnützige Organisationen erhalten Rechtssicherheit durch eine Anpassung ihrer Steuerbefreiung an europäische Standards.
- Rechtssicherheit für gemeinnützige Organisationen: Gemeinnützige Vereine und Organisationen sollen durch Anpassungen der Steuerbefreiung gemäß europäischen Standards gestärkt werden. Dies erhöht die Planungssicherheit und fördert gesellschaftliches Engagement.

Wiedereinführung der Vermögenssteuer

Die Vermögenssteuer wurde vom Bundesverfassungsgericht ausgesetzt, da ihre vorherige Regelung als ungerecht eingestuft wurde. Angesichts wachsender Vermögensungleichheit und hoher Staatsverschuldung besteht die Notwendigkeit, eine gerechte und zeitgemäße Vermögenssteuer wieder einzuführen. Die Mehrheit der Bevölkerung spricht sich für eine gerechte Vermögenssteuer aus, um den finanziellen Handlungsspielraum des Staates zu erweitern und kommende Generationen zu entlasten. Eine Vermögenssteuer soll einheitlich für unterschiedliche Vermögenswerte gelten. Mechanismen wie Steuervergünstigungen, Stundungen oder stille Beteiligungen gewährleisten, dass Arbeitsplätze und Investitionen nicht gefährdet werden.

Förderung von Unternehmen und wirtschaftlichem Wachstum

Unternehmen in Deutschland unterliegen einer effektiven Steuerbelastung von etwa 28,8 %, welche sich aus Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag zusammensetzt. Damit liegt die Belastung deutlich über dem EU-Durchschnitt von 18,8 %, was Deutschland im internationalen Vergleich weniger wettbewerbsfähig macht. Um diesem Problem zu begegnen, schlagen wir eine umfassende Reform der Unternehmenssteuern vor:

- Reduktion des Körperschaftsteuersatzes: Durch die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von derzeit 15 % auf 12 % sollen Unternehmen entlastet und die Attraktivität des Standorts Deutschland gesteigert werden.
- Abbau der Gewerbesteuer und Einführung eines kommunalen Zuschlags: Die Gewerbesteuer soll abgeschafft und durch einen kommunalen Zuschlag auf die Körperschaftsteuer ersetzt werden, ähnlich der Kirchensteuer. Diese Reform beseitigt die versteckte Doppelbesteuerung und vereinfacht die steuerliche Belastung für Unternehmen, während gleichzeitig die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen gesichert bleibt.
- Förderung strategischer Industrien: Für Schlüsselbranchen wie Maschinenbau, Chemie, Automobilbau, Informationstechnologie und Künstliche Intelligenz sollen gezielte Steuervergünstigungen eingeführt werden. Deutschland ist derzeit ein führender Standort in der Entwicklung von Künstlicher

Intelligenz – ein Vorsprung, der erhalten und weiter ausgebaut werden muss, um Fehler wie den Verlust der technologischen Führungsrolle in der Solarindustrie zu vermeiden. Unternehmen sollen auf Basis klar definierter Parameter nach ihrem Innovations- und Nachhaltigkeitscharakter gestaffelt steuerlich entlastet werden. Dadurch werden Betriebe, die aktiv zur Modernisierung und ökologischen Transformation beitragen, gezielt gefördert.

- Unterstützung von Kleinunternehmen: Kleine Unternehmen spielen eine zentrale Rolle in der deutschen Wirtschaft und sollen durch gezielte Maßnahmen entlastet werden. Die Umsatzgrenze für die Kleinunternehmerregelung wird von 22.000 € auf 50.000 € angehoben, um mehr Betrieben Zugang zu steuerlichen Erleichterungen zu ermöglichen. Zudem wird eine Steuerobergrenze für Kleinunternehmen eingeführt, die den bürokratischen Aufwand reduziert und eine nachhaltige finanzielle Planung unterstützt.
- Steuerliche Anreize für Investitionen: Unternehmen, die in nachhaltige Bereiche wie Digitalisierung oder Klimaschutz investieren, sollen durch neue Abschreibungsmöglichkeiten gefördert werden. Auch Forschung und Entwicklung (FuE) werden steuerlich begünstigt, indem Antragsverfahren vereinfacht und Zuschüsse erhöht werden. Unternehmen, die nachweislich zur wirtschaftlichen Stabilität und Weiterentwicklung beitragen – etwa durch Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen oder Investitionen in zukunftsweisende Technologien – profitieren von zusätzlichen Steuererleichterungen. Steuervergünstigungen könnten zudem an eine Verpflichtung zur Standort-sicherung in Deutschland für einen definierten Zeitraum gekoppelt werden, um langfristige wirtschaftliche Stabilität im Inland zu gewährleisten.
- Steuerliche Anreize für umweltfreundliche Mobilität: Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden umweltfreundliche Mobilitätsoptionen wie Job-Tickets, Fahrradleasing oder E-Mobilitätsangebote bereitstellen, sollen von zusätzlichen Steuererleichterungen profitieren.
- Gestaffelte Steuerlast nach Unternehmensgröße und Leistungsfähigkeit: Eine gestaffelte Steuerregelung soll sicherstellen, dass kleinere Unternehmen mit begrenzten Ressourcen nicht übermäßig belastet werden. Während sie weitgehend von Steuern befreit sein könnten, leisten mittlere und größere

Unternehmen einen moderaten bis höheren Beitrag. Diese differenzierte Regelung gewährleistet eine faire Verteilung der Steuerlast und schützt gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit kleiner Betriebe.

- Mindestbesteuerung bei Unternehmensübertragungen: Um eine faire Besteuerung bei Unternehmensübertragungen sicherzustellen, könnte eine Mindestbesteuerung eingeführt werden, die einen festen Prozentsatz des übertragenen Vermögens steuerpflichtig macht. Maßnahmen wie stille staatliche Beteiligungen oder Steuerstundungen stellen sicher, dass die finanzielle Substanz der Unternehmen nicht gefährdet wird, während der Staat dennoch von den Übertragungen profitiert.

Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern, Innovationen zu fördern und nachhaltige Entwicklungen voranzutreiben. Durch eine moderne und ausgewogene Steuerpolitik kann der Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig gestärkt und eine drohende Deindustrialisierung abgewendet werden.

Industriestrompreise senken

Die hohen Industriestrompreise in Deutschland zählen zu den größten Herausforderungen für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft. Mit Produktionskosten, die deutlich über dem internationalen Durchschnitt liegen, wird die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen auf globalen Märkten erheblich beeinträchtigt. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, sind gezielte Maßnahmen notwendig, die sowohl die Kostenstruktur der Unternehmen als auch die Transparenz im Energiemarkt verbessern:

- Senkung der Stromsteuer: Die Stromsteuer in Deutschland liegt aktuell bei 2,05 Cent pro Kilowattstunde und sollte auf das EU-Mindestmaß von 0,1 Cent pro Kilowattstunde reduziert werden. Diese Maßnahme würde Unternehmen spürbar entlasten und die Produktionskosten nachhaltig senken.
- Energiepreisdeckel für die Industrie: Für energieintensive Unternehmen soll ein subventionierter Industriestrompreis eingeführt werden, der durch staatliche Hilfen oder die Umverteilung bestehender Energieabgaben finanziert

wird. Diese gezielte Unterstützung gewährleistet, dass besonders stromintensive Branchen weiterhin konkurrenzfähig bleiben.

- Einführung von Preisaufsicht und Transparenzpflichten: Steuererleichterungen allein garantieren nicht automatisch niedrigere Preise für Unternehmen und Verbraucher. Um sicherzustellen, dass finanzielle Entlastungen nicht ausschließlich den Unternehmensgewinnen zugutekommen, sollen Energiekonzerne gesetzlich verpflichtet werden, ihre Preisgestaltung offenzulegen. Sollte festgestellt werden, dass Steuervergünstigungen nicht weitergegeben werden, können Sanktionen verhängt oder Preisanpassungen rechtlich durchgesetzt werden. Unternehmen, die steuerliche Entlastungen erhalten und gleichzeitig Dividenden ausschütten, die deutlich über dem EZB-Zinssatz liegen, sollen in gleichem Maße von diesen Entlastungen ausgeschlossen werden. Dies würde Investitionen priorisieren und langfristig die Wirtschaft stärken.
- Reform des Strommarktes: Die Reform der Strompreisbildung muss mit Nachdruck vorangetrieben werden, unter Berücksichtigung der EU-weiten Ansätze und bewährter Modelle. Obwohl Deutschland netto mehr Strom exportiert als importiert, sind die Strompreise hierzulande höher als bei den europäischen Nachbarn. Diese Diskrepanz zeigt, dass die Vorteile subventionierter erneuerbarer Energien zu selten an Verbraucher und Unternehmen weitergegeben werden. Eine faire Preisbildung, die sowohl Unternehmen als auch Bürgern zugutekommt, ist essenziell, um die Akzeptanz der Energiewende zu sichern und zusätzliche Investitionen von Privatpersonen und kleinen Unternehmen zu fördern.

Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Der Solidaritätszuschlag stellt weiterhin eine Belastung für Unternehmen und hochverdienende Steuerzahler dar. Ursprünglich wurde dieser Zuschlag in Höhe von 5,5% auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer zur Finanzierung der deutschen Einheit eingeführt. Heute, mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung, besteht der Soli jedoch unverändert fort, obwohl seine ursprüngliche Zweckbindung entfällt.

Insbesondere für Unternehmen, darunter auch viele kleine und mittelständische Unternehmen, wirkt sich der Solidaritätszuschlag negativ auf die finanziellen Spielräume aus. Daher setzen wir uns für die sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Unternehmen ein. Diese Maßnahme würde nicht nur die Steuerlast der Wirtschaft senken, sondern auch dringend benötigte Investitionskapazitäten freisetzen. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und ermöglicht es ihnen, zukunftsweisende Projekte und Innovationen voranzutreiben.

Förderung von Forschung und Entwicklung in Unternehmen

Die Stärkung von Forschung und Entwicklung ist ein zentraler Baustein für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Um Innovationen zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu sichern, bedarf es gezielter steuerlicher und finanzieller Anreize, die Unternehmen bei Investitionen in Technologien, Digitalisierung und nachhaltige Lösungen unterstützen:

- Einführung einer Steuergutschrift für Investitionen: Unternehmen, die in Maschinen, Digitalisierung und nachhaltige Technologien investieren, sollen eine Steuergutschrift von 10–20 % auf die entsprechenden Investitionskosten erhalten. Diese Maßnahme senkt die finanzielle Hürde für zukunftsorientierte Investitionen und stärkt die Innovationskraft der Unternehmen.
- Förderung strukturschwacher Regionen: Spezielle Förderprogramme sollen Investitionen in strukturschwachen Regionen gezielt unterstützen. Damit werden nicht nur industrielle Kerne erhalten, sondern auch wichtige Arbeitsplätze gesichert und regionale Disparitäten verringert. Durch eine wirtschaftliche Entwicklungsplanung wird sichergestellt, dass diese Regionen von der Förderung maximal profitieren.
- Steuerliche Förderung von Reinvestitionen: Unternehmen sollen vollständig von Steuern befreit werden, wenn sie ihre Gewinne wieder in das Unternehmen investieren. Voraussetzung für diese Entlastung ist, dass die Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Innovationen oder Fortschritten in den Bereichen Digitalisierung, Energieeinsparungen oder Umwelt beitragen. Um die Effektivität dieser Maßnahme sicherzustellen, wird ein möglichst unbürokratisches Verfahren für die Abwicklung der steuerlichen Förderung

implementiert. Diese Maßnahme steht im Einklang mit der generellen Zielsetzung, das Steuerrecht und die Verwaltungsaktivitäten zu vereinfachen und somit für Unternehmen planbarer und effizienter zu gestalten.

Abbau von Bürokratie

Bürokratische Hürden stellen eine erhebliche Belastung für Unternehmen in Deutschland dar. Lange Genehmigungsverfahren und komplexe steuerliche Anforderungen erschweren es, flexibel auf Marktveränderungen zu reagieren und Innovationen umzusetzen. Um den Standort Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen, sind tiefgreifende Maßnahmen zum Bürokratieabbau erforderlich:

- Staatsausgaben reduzieren: Durch eine konsequente Digitalisierung und eine effizientere Verwaltung sollen unnötige Ausgaben wegfallen. Durch Entbürokratisierung, gezielte Investitionen und z.B. Einbindung von Menschen in Asylverfahren werden ungenutzte Potenziale in der Bevölkerung freigesetzt und so die Querfinanzierungen der Sozialkassen reduziert und Steuereinnahmen langfristig wachsen.
- Einführung eines „One-Stop-Shop“-Modells: Unternehmen sollen steuerliche und bürokratische Angelegenheiten über eine zentrale Anlaufstelle abwickeln können. Dieses Modell spart Zeit und senkt Kosten, indem es den Zugang zu behördlichen Dienstleistungen vereinfacht und Prozesse effizient bündelt.
- Automatisierung und Digitalisierung von Meldeverfahren: Steuerliche Meldeprozesse und Anträge auf Fördermittel sollen über benutzerfreundliche digitale Plattformen automatisiert und standardisiert werden. Dies ermöglicht Unternehmen eine schnellere und unkompliziertere Abwicklung, beispielsweise bei Umsatzsteuerermeldungen oder Förderanträgen.
- Pauschale Abschreibungsregelungen für KMUs: Für kleine und mittlere Investitionen sollen vereinfachte pauschale Abschreibungsregelungen eingeführt werden. Diese Maßnahme reduziert den Dokumentationsaufwand erheblich und bietet gerade kleinen und mittleren Unternehmen mehr Planungssicherheit.

- Modernisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen: Gesetze wie das Handelsgesetzbuch müssen modernisiert werden, um digitale Prozesse besser zu integrieren. Beispielsweise sollen elektronische Signaturen und Online-Hauptversammlungen flächendeckend ermöglicht werden. Zudem sollen neue Vorschriften Unternehmen erlauben, alle Verwaltungs- und Berichtspflichten vollständig digital zu erfüllen.

Durch diese Maßnahmen wird die Bürokratie für Unternehmen deutlich reduziert, Prozesse werden effizienter und die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft an globale Herausforderungen gestärkt. Damit leistet der Bürokratieabbau einen zentralen Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Standorts Deutschland.

Reform von staatlichen Förderprogrammen

Staatliche Förderprogramme sind ein wichtiges Instrument, um wirtschaftliches Wachstum zu unterstützen und gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Allerdings zeigt sich, dass viele bestehende Programme ineffizient sind oder überwiegend großen Lobbygruppen und Großunternehmen zugutekommen, ohne nachhaltigen Mehrwert zu schaffen. Eine Reform der Förderlandschaft ist daher notwendig, um die Mittel effektiver einzusetzen und auf die Herausforderungen der Zukunft auszurichten.

- Abschaffung ineffizienter Förderungen: Förderprogramme, die sich als unwirksam erwiesen haben oder in erster Linie den Interessen von Großunternehmen oder Lobbygruppen dienen, sollen konsequent identifiziert und gestrichen werden. Dies schafft finanzielle Spielräume für sinnvolle und zielgerichtete Fördermaßnahmen.
- Neuausrichtung auf Innovationsförderung: Der Fokus staatlicher Förderung soll stärker auf kleine und mittlere Unternehmen gelegt werden, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung und Klimaschutz. Diese Sektoren bieten großes Potenzial für nachhaltiges Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Um die Fördermittelvergabe effizient und gerecht zu gestalten, sollen transparente und leicht verständliche Kriterien eingeführt werden, die Missbrauch und Ineffizienz vorbeugen.

Entlastung für Agrardiesel

Landwirte tragen aktuell eine Steuerlast auf Agrardiesel, obwohl dieser ein zentraler Bestandteil ihrer Produktion ist. Um die Kosten für landwirtschaftliche Betriebe zu senken und deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, werden folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Erhöhung der Steuerrückvergütung: Die derzeitige Steuerentlastung von 25,56 Cent pro Liter Agrardiesel soll weiter erhöht werden, um den effektiven Preis für Landwirte zu senken und die Produktionskosten zu reduzieren.
- Einführung eines steuerfreien Kontingents: Landwirte sollen ein steuerfreies Diesel-Kontingent erhalten, das sich an der Betriebsgröße orientiert, beispielsweise basierend auf der bewirtschafteten Fläche oder dem Produktionsvolumen. Dies schafft eine zielgerichtete Entlastung, die die spezifischen Bedürfnisse unterschiedlich großer Betriebe berücksichtigt.
- Förderung alternativer Kraftstoffe: Um langfristig nachhaltige Alternativen zu fördern, sollen Investitionen in Biogas-, E-Fuels- oder wasserstoffbetriebene Maschinen steuerlich begünstigt werden. Diese Maßnahme treibt die Transformation hin zu klimafreundlicheren Technologien voran und reduziert die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.

Sonderabschreibungen für Energieeffizienz

Viele Unternehmen kämpfen mit hohen Betriebskosten, die durch ineffiziente Maschinen und veraltete Technologien verursacht werden. Um diese Kosten zu senken und den Übergang zu moderner, energieeffizienter Technik zu beschleunigen, sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Steuerliche Sofortabschreibung: Investitionen in energieeffiziente Maschinen und Anlagen sollen sofort und vollständig steuerlich absetzbar sein. Diese Maßnahme erleichtert Unternehmen die Modernisierung ihrer Betriebsabläufe und erhöht ihre Wirtschaftlichkeit.
- Energieeffizienzprämien: Projekte, die nachweislich Energieeinsparungen erzielen, sollen mit direkten Steuervergünstigungen belohnt werden. Dies

schaft Anreize für Unternehmen, aktiv in Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Energieeffizienz zu investieren.

Bekämpfung von Schattenwirtschaft

Die Schattenwirtschaft in Deutschland stellt eine erhebliche Herausforderung dar. Für das Jahr 2024 wird ihr Umfang auf rund 481 Milliarden Euro prognostiziert, was etwa 11,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht. Die Schattenwirtschaft umfasst wirtschaftliche Aktivitäten, die dem Staat nicht gemeldet werden und somit nicht in das Bruttoinlandsprodukt eingehen. Dieser Zustand belastet die staatlichen Einnahmen, gefährdet die Finanzierung öffentlicher Leistungen und schwächt das Vertrauen in das Steuersystem. Um die Schattenwirtschaft wirksam zu bekämpfen, ist ein umfassender Ansatz notwendig, der Prävention, Aufklärung, Anreize und Sanktionen kombiniert:

- **Strengere Sanktionen:** Die Erhöhung von Strafen bei Steuerhinterziehung setzt ein klares Signal gegen illegale Praktiken.
- **Aufklärung und Bewusstseinsbildung:** Durch Kampagnen, die die Bedeutung von Steuern für das Gemeinwohl – beispielsweise in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit – verdeutlichen, soll das Verständnis für eine ehrliche Steuerzahlung gestärkt werden.
- **Digitalisierung und Automatisierung:** Die Modernisierung und Digitalisierung von Steuerprozessen reduziert die Möglichkeit von Fehlern und Manipulationen, erhöht die Effizienz und erleichtert die Nachvollziehbarkeit von Transaktionen.
- **Selbstanzeige fördern:** Die Möglichkeit einer strafbefreienden Selbstanzeige gibt Unternehmen und Einzelpersonen die Chance, aus der Illegalität in den formalen Sektor zurückzukehren. Diese Maßnahmen sollen Unternehmen und Arbeitnehmer aus der Schattenwirtschaft in den offiziellen Wirtschaftssektor integrieren.

Um die Glaubwürdigkeit und Fairness im politischen System zu stärken, sind klare Regeln für politische Ämter und deren Zusatzverdienste notwendig:

- Begrenzung von Ämtern: Kein Politiker darf eine bestimmte Anzahl parteinaher und -fremder Ämter überschreiten. Nur solche Ämter, die in einem angemessenen Rahmen ausgeführt werden können, dürfen zulässig sein.
- Vergaberegeln verschärfen: Aufträge an Angehörige bis zum dritten Verwandtschaftsgrad sowie an parteinahe Organisationen sollen nicht ohne transparente Verfahren vergeben werden dürfen.
- Verantwortlichkeit bei Korruption: Politikerinnen und Politiker, die gegen Korruptionsgesetze verstoßen oder öffentliche Gelder missbrauchen, müssen unmittelbar und konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.

Verbot unlauterer Wirtschaftspraktiken

Unlautere Wirtschaftspraktiken schädigen nicht nur Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch den fairen Wettbewerb. Um Transparenz, Vertrauen und langfristige Nachhaltigkeit in der Wirtschaft zu fördern, müssen gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung solcher Praktiken ergriffen werden.

Geplante Obsoleszenz unterbinden

Im Rahmen von geplanter Obsoleszenz werden viele Produkte absichtlich so gestaltet, dass sie nach einer bestimmten Zeit unbrauchbar werden, sei es durch minderwertige Materialien oder gezielte softwareseitige Einschränkungen. Ein Beispiel für qualitative Obsoleszenz ist der Einsatz von Kunststoffzahnradern statt langlebiger Metallteile in Haushaltsgeräten. Auch fest verbaute Smartphone-Akkus oder nicht reparierbare Elektronik zählen dazu. Im Bereich der technologischen Obsoleszenz führen Software-Updates häufig dazu, dass ältere Geräte absichtlich verlangsamt oder unbrauchbar gemacht werden. Ein gesetzliches Verbot solcher Praktiken ist erforderlich. Hersteller sollen verpflichtet werden, die erwartete Lebensdauer und Reparaturfähigkeit ihrer Produkte offen zu legen. Darüber hinaus müssen Sanktionen für gezielten Einsatz minderwertiger Materialien oder manipulativer Software vorgesehen werden.

Regulierung manipulativer Designs und Online-Praktiken

Manipulative Designs, auch bekannt als „Dark Patterns“, verleiten Nutzerinnen und Nutzer bewusst zu unerwünschten Handlungen. Beispiele sind falsche Countdown-

Zähler bei vermeintlichen Online-Sonderangeboten oder irreführende Einwilligungsformulare, die Datenschutzrechte untergraben. Solche Praktiken müssen durch klare Richtlinien untersagt werden. Transparenz bei Online-Transaktionen und Einwilligungen sollte durch strenge Vorgaben sichergestellt werden, sodass Verbraucherrechte gestärkt und geschützt werden.

Bekämpfung irreführender Verkaufspraktiken

Irreführende Verkaufsstrategien wie Preismanipulation durch falsche Durchstreichpreise oder dauerhafte „Sonderangebote“, die keine echten Preisreduzierungen darstellen, müssen stärker kontrolliert werden. Ebenso gilt es, falsche Produktversprechen hinsichtlich Qualität oder Funktionalität effektiv zu unterbinden. Unternehmen sollen verpflichtet werden, Rabatte und Qualitätsangaben nachweisbar zu machen. Zur Unterstützung der Verbraucherinnen und Verbraucher ist eine zentrale Beschwerdestelle einzurichten, bei der Verstöße gemeldet und nachverfolgt werden können. Alternativ können Verbraucherschutzstellen mit entsprechenden weiteren Befugnissen ausgestattet werden.

Entwicklung hin zu einer Kreislaufwirtschaft

Die Transformation hin zu einer Kreislaufwirtschaft ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Angesichts der zunehmenden Ressourcenverknappung und der Auswirkungen des Klimawandels ist ein Wandel von der linearen Wegwerfwirtschaft hin zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft unumgänglich. Deutschland, als Industrienation mit einem hohen Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch, hat die Verantwortung, eine Vorreiterrolle einzunehmen und den Übergang aktiv voranzutreiben.

Eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft erfordert verbindliche Maßnahmen wie Quoten für Recyclingmaterialien, ein umfassendes „Recht auf Reparatur“, Mindestlebensdauern für Produkte und steuerliche Anreize für ressourcenschonendes Wirtschaften. Darüber hinaus muss die öffentliche Hand durch eine konsequente nachhaltige Beschaffungspolitik als Vorbild agieren. Der Schlüssel liegt darin, Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, Stoffkreisläufe zu schließen und Abfall zu minimieren, um kommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu sichern. Verbraucherrechte, Reparaturfreundlichkeit und Transparenz bilden hierbei die tragenden Säulen.

Recht auf Reparatur stärken

Die Einführung eines umfassenden „Rechts auf Reparatur“ ist ein entscheidender Schritt. Die PdF begrüßt die entsprechenden Maßnahmen der EU und fordert deren konsequente Umsetzung. Hersteller sollen dazu verpflichtet werden, Ersatzteile und Reparaturanleitungen zu fairen Preisen bereitzustellen. Unternehmen, die absichtlich die Reparatur ihrer Produkte erschweren, müssen mit wirksamen Sanktionen belegt werden.

Stärkung der Verbraucherrechte

Um den Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu unterstützen, ist die Stärkung der Verbraucherrechte unerlässlich. Verbraucher müssen vor unlauteren wirtschaftlichen Praktiken geschützt und die Produktsicherheit gewährleistet werden. Eine digitale Preisbeobachtungsstelle soll unfaire Praktiken identifizieren und Verbraucher gezielt vor überhöhten Preisen warnen. Zusätzlich sollen Unternehmen zur Transparenz verpflichtet werden, indem sie die Materialzusammensetzung und Recyclingfähigkeit ihrer Produkte offenlegen.

Förderung nachhaltigen Wirtschaftens

Die Transformation hin zu einer ressourcenschonenden Wirtschaft muss durch gezielte Anreize gefördert werden. Unternehmen, die nachhaltige Produktionsmethoden umsetzen, sollen steuerliche Vorteile genießen. Zudem sollen Investitionsprogramme speziell für Initiativen und Start-ups im Bereich der Kreislaufwirtschaft bereitgestellt werden, um Innovationen zu fördern und nachhaltige Geschäftsmodelle voranzutreiben.

Der Übergang zur Kreislaufwirtschaft wird nie vollständig abgeschlossen sein, doch die Bemühungen, Ressourcen länger im Kreislauf zu halten und Abfall zu reduzieren, sind essenziell für eine zukunftsfähige Wirtschaft. Die Weichen für eine nachhaltige Transformation können nur durch entschlossenes Handeln auf allen Ebenen gestellt werden – von der Politik über die Wirtschaft bis hin zu den Verbrauchern.

II Arbeit und Beschäftigung

Fachkräftemangel

Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften stellt eine der größten Herausforderungen für den Arbeitsmarkt in Deutschland dar. Besonders betroffen sind zentrale Branchen wie Pflegeberufe, Handwerk, die Baubranche, der IT-Sektor sowie die Kinderbetreuung. Die demografische Entwicklung verschärft das Problem zusätzlich: Bis 2035 wird die sogenannte „Babyboomer“-Generation in Rente gehen, was zu einem signifikanten Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung führt. Um diesem Trend entgegenzuwirken, sind umfassende und gezielte Maßnahmen erforderlich:

- **Attraktivierung von Berufen mit Fachkräftemangel:** Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und gezielte Gehaltserhöhungen in besonders betroffenen Bereichen wie Pflege und Kinderbetreuung sind essenziell, um diese Berufe attraktiver zu gestalten. Neben finanziellen Anreizen müssen auch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ergriffen werden, um die Attraktivität der Arbeitsplätze nachhaltig zu steigern.
- **Gezielte Ausbildungsoffensiven:** Ausbildungsplätze in Mangelberufen müssen massiv ausgebaut und durch staatliche Subventionen gefördert werden. Besonders wichtig ist dabei die Gleichstellung von handwerklichen Berufen mit akademischen Abschlüssen, um den Stellenwert des Handwerks im Bildungssystem zu stärken. Die Gleichwertigkeit von „Meister und Master“ ist ein zentraler Schritt in dieser Richtung und unterstreicht die Bedeutung von Reformen in der Bildungspolitik.
- **Förderung der beruflichen Weiterbildung:** Ein weiteres wichtiges Element im Kampf gegen den Fachkräftemangel ist die finanzielle und steuerliche Unterstützung von Umschulungen und Qualifizierungen. Bereits früh sollen stärkerorientierte Kurse in Schulen angeboten werden, um individuelle Talente zu fördern. Darüber hinaus müssen Programme zur Förderung lebenslangen Lernens eingeführt werden, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Anpassung an sich wandelnde Arbeitsmarktanforderungen zu unterstützen. Diese Maßnahmen greifen direkt in die steuerpolitischen Ansätze zur Förderung beruflicher Entwicklung ein.

- Erleichterung der Einwanderung für Fachkräfte: Der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt muss für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland erleichtert werden. Ein vereinfachtes Einwanderungsverfahren kann gezielt Arbeitskräfte ansprechen, ohne dabei auf massenhafte Anwerbungen zu setzen. Dies ist entscheidend, um die Abwanderung wertvoller Arbeitskräfte aus den Herkunftsländern zu vermeiden und so modernen Formen des Kolonialismus entgegenzuwirken. Diese Maßnahmen stehen im Einklang mit einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Migrationspolitik.
- Anreize für das Arbeiten im Rentenalter: Um den Fachkräftemangel kurzfristig abzumildern, sollten Anreize geschaffen werden, die es älteren Menschen erleichtern, über das Rentenalter hinaus einer Tätigkeit nachzugehen. Flexible Arbeitsmodelle, Steuererleichterungen und eine gezielte Entbürokratisierung können dazu beitragen, erfahrene Arbeitskräfte länger im Erwerbsleben zu halten.

Die Lösung des Fachkräftemangels erfordert eine langfristig angelegte Strategie, die sowohl inländische als auch internationale Ansätze umfasst. Nur durch eine Kombination aus Ausbildungsförderung, attraktiven Arbeitsbedingungen, Weiterbildung und nachhaltiger Einwanderungspolitik kann die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Arbeitsmarktes gesichert werden.

Mindestlohn

Der Mindestlohn ist ein zentrales Instrument zur Sicherung eines angemessenen Einkommens für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die aktuelle Mindestlohnerhöhung (2024: 12,41 Euro, ab 2025: 12,82 Euro) hat vielen Beschäftigten ein spürbares Einkommensplus gebracht, ist jedoch nicht unumstritten. Während Forderungen nach einer Anhebung auf 14 oder 15 Euro, entsprechend 60 % des Medianlohns nach EU-Richtlinie, auf breite Zustimmung stoßen, äußern vor allem kleinere Betriebe wirtschaftliche Bedenken. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt, dass 19 % der Betriebe Beschäftigungsrückgänge befürchten und 58 % direkt von einer Erhöhung betroffen wären.

Um sowohl die Interessen der Arbeitnehmer als auch die wirtschaftliche Belastbarkeit von Unternehmen zu berücksichtigen, sind ausgewogene und nachhaltige Lösungen erforderlich:

- **Moderate und transparente Anpassungen:** Wir setzen uns für eine maßvolle Erhöhung des Mindestlohns ein, die an die wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt wird. Dies bietet sowohl Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als auch Betrieben die notwendige Planungssicherheit und verhindert übermäßige Belastungen.
- **Unterstützung kleiner Betriebe:** Kleine Unternehmen, die durch Mindestloohnerhöhungen besonders betroffen sind, sollen gezielte Entlastungen erhalten. Diese können in Form von Steuervergünstigungen oder finanziellen Zuschüssen gewährt werden, um die wirtschaftlichen Auswirkungen abzufedern. Diese Maßnahme steht in enger Verbindung mit unserer wirtschaftspolitischen Ausrichtung zur Förderung des Mittelstands.
- **Regionale Differenzierung prüfen:** Eine mögliche Einführung regional abgestufter Mindestlöhne berücksichtigt die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten und wirtschaftlichen Gegebenheiten in den verschiedenen Regionen Deutschlands. Dies erlaubt eine flexible Anpassung, die sowohl den Bedürfnissen der Beschäftigten als auch den Kapazitäten der Betriebe gerecht wird.
- **Langfristige Erhöhungsperspektive:** Eine schrittweise Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro, wie von der EU-Richtlinie empfohlen, soll langfristig erfolgen. Dabei müssen Produktivitätssteigerungen und die konjunkturelle Entwicklung sorgfältig berücksichtigt werden, um eine Balance zwischen sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität zu gewährleisten.

Der Mindestlohn ist ein wichtiger Baustein für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Teilhabe. Eine durchdachte und transparente Mindestlohnpolitik schafft die Grundlage dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von einem angemessenen Einkommen profitieren, ohne die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von Unternehmen zu gefährden.

Passungsprobleme am Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in Deutschland leidet zunehmend unter sogenannten Passungsproblemen, bei denen Arbeitsuchende und verfügbare Stellen nicht zusammenfinden. Dieses Missverhältnis entsteht durch regionale Unterschiede sowie nicht passgenaue Qualifikationen und wird durch eine mangelnde Markttransparenz weiter verstärkt. Um die Vermittlung von Arbeitsuchenden in geeignete Positionen zu erleichtern und den Fachkräftemangel gezielt zu bekämpfen, sind innovative und nachhaltige Maßnahmen erforderlich:

- **Digitale Arbeitsmarktplattformen:** Ein staatlich gefördertes, digitales Portal, das Stellenangebote und -gesuche regional und qualifikationsbasiert zusammenführt, soll Abhilfe schaffen. Mithilfe von KI-gestützter Technologie werden Bewerberprofile und Jobangebote analysiert und optimal gematcht, um die Passgenauigkeit zu maximieren. Dieses Portal bietet Arbeitnehmern und Unternehmen eine transparente Übersicht über den Arbeitsmarkt und trägt dazu bei, Vermittlungsprozesse zu beschleunigen.
- **Regionale Mobilitätsförderung:** Um Arbeitskräfte in Regionen mit Fachkräftemangel zu lenken, werden zielgerichtete Mobilitätsanreize eingeführt. Dazu gehören Umzugspauschalen, steuerliche Vorteile sowie subventionierte Wohnungsangebote. Zusätzlich sollen Infrastrukturprojekte die Attraktivität dieser Regionen erhöhen und somit sowohl Arbeitskräfte als auch Unternehmen anziehen.
- **Qualifikationsprogramme:** Eine enge Zusammenarbeit mit Schulen, Hochschulen und beruflichen Ausbildungsstätten ist essenziell, um Qualifizierungsangebote zu entwickeln, die gezielt auf die Anforderungen der regionalen und nationalen Wirtschaft abgestimmt sind. Diese Programme stellen sicher, dass Arbeitsuchende gezielt die Kompetenzen erwerben, die auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden, und tragen langfristig zur Verbesserung der Passung zwischen Angebot und Nachfrage bei.

Die Bewältigung von Passungsproblemen am Arbeitsmarkt erfordert eine Kombination aus technologischen Innovationen, gezielten Anreizen und einer engen Verknüpfung von Bildung und Wirtschaft.

Arbeitszeitmodelle und Flexibilisierung

Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel, und neue Arbeitszeitmodelle gewinnen zunehmend an Bedeutung. Laut Umfragen wünschen sich 81 % der Vollzeitbeschäftigten eine Vier-Tage-Woche, wobei 73 % dies bei vollem Lohnausgleich präferieren. Gleichzeitig möchten etwa 80 % der Arbeitnehmer zumindest teilweise im Homeoffice arbeiten. Um den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht zu werden und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu sichern, sind innovative Ansätze und flexible Lösungen erforderlich:

- Pilotprojekte zur Vier-Tage-Woche: Die Einführung einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich ist ein vielversprechender Ansatz, der jedoch zunächst auf seine Machbarkeit geprüft werden muss. Staatlich geförderte Testphasen sollen es Unternehmen ermöglichen, dieses Modell zu erproben. Ziel dieser Pilotprojekte ist es, die Auswirkungen einer reduzierten Arbeitszeit auf Produktivität, Mitarbeiterzufriedenheit und Unternehmenskultur zu evaluieren. Dabei soll ein besonderer Fokus auf Branchen mit traditionell hohen Arbeitsbelastungen gelegt werden, um praktikable Lösungen zu entwickeln.
- Recht auf Homeoffice: Die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten, hat sich in vielen Bereichen bewährt und wird von einer großen Mehrheit der Beschäftigten gewünscht. Deshalb soll ein gesetzlicher Anspruch auf Homeoffice eingeführt werden, sofern dies für die jeweilige Arbeitsstelle praktikabel ist. Klare rechtliche Rahmenbedingungen müssen Konflikte zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern minimieren. Diese beinhalten Regelungen zur Kostenerstattung, zur technischen Ausstattung und zur Wahrung der Arbeitszeiterfassung.
- Flexible Arbeitszeitmodelle: Um den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt gerecht zu werden, sollen flexible Arbeitszeitmodelle gefördert werden. Richtlinien, die Arbeitszeitkonten oder individuelle Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erleichtern, sind hierbei zentral. Diese Modelle fördern die Vereinbarkeit von beruflichen und privaten Verpflichtungen und sind besonders auf die Bedürfnisse von Eltern, Pflegenden und Arbeitnehmern mit besonderen Anforderungen zugeschnitten.

Die Förderung von Arbeitszeitmodellen und einer flexiblen Gestaltung der Arbeitswelt ist nicht nur ein Schritt hin zu einer besseren Work-Life-Balance, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Steigerung der Produktivität und zur Bindung qualifizierter Arbeitskräfte.

Elternzeit auch für Selbstständige

Für Selbstständige besteht bislang kein rechtlich verankerter Anspruch auf Elternzeit, da sie nicht unter das Arbeitnehmerrecht fallen. Dies stellt eine erhebliche Herausforderung dar, da Selbstständige oft auf ihr Einkommen angewiesen sind und sich eine Auszeit von ihrer Tätigkeit finanziell nicht leisten können. Anders als Angestellte haben sie keinen Zugang zu betrieblichen Absicherungen wie dem Elterngeld Plus oder Elternzeitregelungen. Diese Lücke benachteiligt Selbstständige und erschwert es ihnen, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Deshalb fordern wir die Einführung eines Elternzeitmodells für Selbstständige: Um Chancengleichheit zu schaffen, sollte ein gesetzlicher Anspruch auf Elternzeit auch für Selbstständige verankert werden. Dieses Modell muss flexibel gestaltet sein und auf die individuellen Bedürfnisse sowie die finanziellen Rahmenbedingungen von Selbstständigen Rücksicht nehmen. Eine solche Regelung würde es Selbstständigen ermöglichen, ihre Elternzeit eigenständig zu planen, ohne ihre Existenzgrundlage zu gefährden.

III Innere Sicherheit

Die Innere Sicherheit in Deutschland steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Ein gravierender Personalmangel und die Überlastung der Sicherheitsbehörden beeinträchtigen deren Handlungsfähigkeit. Hinzu kommen technologische Defizite, die die Bekämpfung moderner Bedrohungen wie Cyberkriminalität und Terrorismus erschweren. Auch die Komplexität der rechtlichen Vorgaben, mangelnde Kommunikation zwischen den föderalen Ebenen, unzureichende Befugnisse und bürokratische Hürden behindern eine effektive Arbeit der Sicherheitsbehörden.

Personelle und technische Aufrüstung

Der Personalmangel bei den Sicherheitsbehörden muss dringend behoben werden. Dies erfordert die Aufstockung von Einsatzkräften, um die allgemeine öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Gleichzeitig ist die gezielte Einstellung von Spezialisten für zentrale Bereiche wie Cyberkriminalität und Terrorabwehr von entscheidender Bedeutung. Qualifizierte Expertinnen und Experten können helfen, spezifischen Bedrohungen mit Fachwissen und modernen Ansätzen zu begegnen.

Eine leistungsfähige technologische Ausstattung ist unverzichtbar, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Dazu gehören der Ausbau fortschrittlicher IT-Infrastrukturen, die Einführung innovativer Überwachungstechnologien sowie der Einsatz von digitalen Forensik-Tools. Diese Investitionen sollen es den Sicherheitsbehörden ermöglichen, schneller und effizienter auf Bedrohungen zu reagieren, potenzielle Gefahren frühzeitig zu erkennen und Straftaten effektiver aufzuklären.

Strukturelle Reformen und gezielte Erweiterung der Befugnisse

Um die Innere Sicherheit in Deutschland effektiv zu stärken, sind umfassende strukturelle Reformen und eine gezielte Erweiterung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden erforderlich. Dabei gilt es, den Spagat zwischen dem Schutz der Bürgerrechte und den Anforderungen an eine wirksame Verbrechensbekämpfung zu meistern:

- Gezielte Befugnisse statt anlassloser Überwachung: Die Gewerkschaft der Polizei fordert erweiterte Befugnisse, insbesondere im Bereich der Vorratsdatenspeicherung und einer IP-Mindestspeicherfrist, um die Ermittlungsarbeit bei Terrorismusfällen zu erleichtern. Die PdF lehnt jedoch eine anlasslose Speicherung von Kommunikationsdaten entschieden ab, da sie einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte darstellt. Stattdessen befürwortet die PdF gezielte Maßnahmen wie das Quick-Freeze-Verfahren, bei dem relevante Daten bei konkreten Verdachtsmomenten eingefroren werden, um gezielte Ermittlungen zu ermöglichen. Zusätzlich muss die internationale Zusammenarbeit bei Ermittlungen gestärkt werden, um globale Netzwerke effektiver zu verfolgen.

- Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen: Viele Gesetze, die die Arbeit der Sicherheitsbehörden regeln, sind veraltet und bedürfen einer dringenden Überarbeitung. Das Bundespolizeigesetz von 1994 entspricht nicht mehr den heutigen Sicherheitsanforderungen. Die GdP kritisiert die ausbleibende Reform und fordert eine schnelle Anpassung des Gesetzes. Die PdF unterstützt diese Forderung nach einer Modernisierung, um den Sicherheitsbehörden einen klaren und zeitgemäßen rechtlichen Rahmen zu bieten, der ihre Handlungsfähigkeit stärkt und dabei Grundrechte wahrt.

Durch eine kluge Balance zwischen erweiterten Befugnissen und dem Schutz von Grundrechten können wir den aktuellen Sicherheitsanforderungen gerecht werden, ohne die freiheitlichen Werte unseres Rechtsstaats zu gefährden.

Digitale Transformation im Sicherheitsbereich

Um die Arbeit der Sicherheitsbehörden effektiver zu gestalten, ist die konsequente Einführung moderner IT-Systeme und die Digitalisierung interner Abläufe unverzichtbar. Von der Fallbearbeitung bis hin zu administrativen Prozessen sollen alle Abläufe durch den Einsatz neuer Technologien beschleunigt und optimiert werden. Ebenso ist es entscheidend, die Mitarbeitenden entsprechend zu schulen, damit sie im Umgang mit den neuen digitalen Werkzeugen kompetent und sicher agieren können.

Die Bedrohungen im digitalen Raum, wie Cyberkriminalität und digitaler Terrorismus, nehmen stetig zu. Deshalb müssen spezialisierte Einheiten zur Cyberabwehr nicht nur aufgebaut, sondern auch kontinuierlich gestärkt werden. Diese Einheiten benötigen modernste Ausrüstung, ein exzellentes Ausbildungsniveau und ausreichend personelle Ressourcen, um den wachsenden Herausforderungen im digitalen Bereich erfolgreich zu begegnen.

Bürokratische Strukturen optimieren

Neben der Digitalisierung müssen auch die rechtlichen und bürokratischen Strukturen optimiert werden, um eine effizientere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen und Behörden zu gewährleisten. Die föderale Struktur Deutschlands erfordert eine enge und reibungslose Kooperation zwischen Bund und

Ländern. Um dies zu ermöglichen, sollten rechtliche Hürden abgebaut und standardisierte Verfahren eingeführt werden. Einheitliche Kommunikationswege und klare Verantwortlichkeiten sind hierbei essenziell, um unnötige Verzögerungen und Missverständnisse zu vermeiden. Ein flexibler und schneller Umgang mit Sicherheitsbedrohungen setzt die Reduzierung von Verwaltungsaufwand und eine Beschleunigung von Entscheidungsprozessen voraus. Ziel ist es, Entscheidungswege zu verkürzen und gleichzeitig die Transparenz und Effizienz der Behörden zu erhöhen.

Kompetenzen der deutschen Geheimdienste stärken

Eine funktionierende innere Sicherheit erfordert leistungsstarke und unabhängige Geheimdienste. Es ist nicht hinnehmbar, dass deutsche Sicherheitsbehörden wiederholt auf Warnungen ausländischer Geheimdienste angewiesen sind. Ein Beispiel hierfür ist die Offenlegung von Anschlagplänen gegen die israelische Botschaft in Berlin, die offenbar auf Hinweise aus dem Ausland zurückging.

Diese Abhängigkeit verdeutlicht die dringende Notwendigkeit, die eigenen Geheimdienststrukturen zu stärken. Dazu gehört deutsche Sicherheitsbehörden in die Lage zu versetzen, eigenständig Bedrohungen zu erkennen und frühzeitig zu handeln. Das Ziel ist ein Geheimdienstapparat, der unabhängig von ausländischer Unterstützung agieren kann. Neben personellen Aufstockungen müssen auch technische und strategische Kompetenzen der deutschen Geheimdienste erweitert werden, um mit den komplexen Herausforderungen des modernen Terrorismus und der globalen Cyberbedrohungen Schritt zu halten.

Bekämpfung jeglichen Extremismus

Die Bekämpfung von Extremismus ist eine zentrale Aufgabe der Inneren Sicherheit. Die PdF stellt sich entschieden gegen jegliche Form extremistischer Bestrebungen, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung. Dies umfasst rechtsextremistische, linksextremistische und religiös motivierte Formen des Extremismus. Ziel ist es, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen und die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Eine effektive Extremismusbekämpfung erfordert die uneingeschränkte politische Unabhängigkeit aller Sicherheitsbehörden. Institutionen wie Polizei, Justiz, Verfassungsschutz und andere

Nachrichtendienste dürfen keinen politischen Einflussnahmen unterliegen. Ihre Neutralität ist essenziell, um politische Voreingenommenheit bei der Identifikation und Bekämpfung extremistischer Bedrohungen auszuschließen. Nur durch unabhängige Sicherheitsbehörden kann das Vertrauen der Bevölkerung in diese Institutionen langfristig gesichert und gestärkt werden.

Die klare Positionierung gegen Extremismus in all seinen Facetten und die Sicherstellung unabhängiger Sicherheitsstrukturen sind wesentliche Schritte, um demokratische Werte zu schützen und extremistischer Bedrohung konsequent zu begegnen.

Bekämpfung von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus

Bestehende Gesetze zur Bekämpfung von Diskriminierung und Hasskriminalität sollen angepasst und verschärft werden, um einen besseren Schutz vor rassistischen, antisemitischen und anderen diskriminierenden Handlungen zu gewährleisten. Der Ausbau und die bessere finanzielle Ausstattung von Anti-Diskriminierungsstellen auf Bundes- und Landesebene sind erforderlich, um Betroffenen den Zugang zu Beratung und Unterstützung zu erleichtern. Spezialisierte Einheiten sollen eingerichtet werden, um Hasskriminalität und Diskriminierungsfälle effektiv zu verfolgen und ein klares Signal gegen Intoleranz und Hass zu setzen.

Um Chancengleichheit in Bildung und Arbeitswelt zu gewährleisten, sind strukturelle Reformen notwendig. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, systemische Benachteiligungen zu beseitigen und gleiche Startbedingungen für alle zu schaffen. Programme zur Förderung marginalisierter Gruppen sollen insbesondere Minderheiten den Zugang zu Bildung und Arbeitsmärkten erleichtern. Diese Maßnahmen stärken soziale Teilhabe und schaffen neue Perspektiven für benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

Stärkung der Justiz

Eine funktionierende Justiz ist eine tragende Säule des Rechtsstaats und unverzichtbar für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in staatliche Institutionen. Derzeit sieht sich die deutsche Justiz jedoch mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert: unzureichende personelle und finanzielle Ressourcen, eine vergleichsweise

geringe Attraktivität der juristischen Berufe sowie der Nachholbedarf bei der Digitalisierung behindern eine effiziente Rechtsprechung. Deshalb fordern wir:

- Bereitstellung angemessener Ressourcen und Gehälter: Um die Leistungsfähigkeit der Justiz zu sichern, müssen Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte angemessen entlohnt werden. Die Gehälter sollten sich an europäischen Standards orientieren, um die Attraktivität dieser Berufe zu steigern und Nachwuchskräfte zu gewinnen. Gleichzeitig ist eine ausreichende personelle Ausstattung der Justiz unerlässlich, um die steigende Arbeitsbelastung zu bewältigen und die Bearbeitungszeiten für Verfahren zu verkürzen.
- „Rechtsstaatskampagne“ zur Förderung der Justizberufe: Um die Attraktivität des Berufsbildes zu steigern, sollte eine umfassende Kampagne initiiert werden, die das Ansehen der Justizberufe hervorhebt und jungen Menschen deren Bedeutung für eine funktionierende Demokratie verdeutlicht. Dies wird durch gezielte Informations- und Bildungsangebote sowie durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit geschehen.
- Förderung der Digitalisierung: Die Digitalisierung der Justiz muss konsequent vorangetrieben werden, um Prozesse effizienter zu gestalten. Dazu gehört die Einführung moderner Prozessordnungen, die den Einsatz digitaler Technologien ermöglichen. Die flächendeckende Einführung vollständig elektronischer Akten kann dazu beitragen, Arbeitsabläufe zu vereinfachen, die Transparenz zu erhöhen und die Verfahrensdauer zu verkürzen.

Die Stärkung der Justiz ist essenziell, um den Rechtsstaat handlungsfähig zu halten und das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtsprechung zu sichern.

Schutz von Minderheiten

Die PdF bekennt sich zur Menschenwürde als oberster Maxime ihres politischen Handelns. Jede Person hat das unveräußerliche Recht, ihre Philosophie, Weltanschauung oder ihren Glauben frei zu wählen und ihr Leben danach zu gestalten. Freiheit wird dabei als individuelle Selbstbestimmung definiert, die jedoch stets die Freiheit anderer respektiert. Solidarische Zusammenarbeit bildet die Grundlage für ein friedliches und gerechtes Miteinander.

Rechte und Gleichstellung von Minderheiten

Minderheiten sind ein integraler Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft und tragen wesentlich zu deren Vielfalt und Stabilität bei. Ihre Rechte müssen konsequent gewahrt und gefördert werden, um Gleichstellung und Chancengleichheit sicherzustellen. Die PdF setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder anderen Merkmalen – gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Anti-Diskriminierung

Die PdF lehnt jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus entschieden ab. Es ist unser Ziel, gleiche Teilhabe- und Zugangsmöglichkeiten zu allen staatlichen Leistungen und Angeboten zu gewährleisten. Jeder Mensch hat das Recht auf faire Behandlung und Respekt, unabhängig von individuellen Unterschieden oder Zugehörigkeiten.

Teilhabe und Schutz vulnerabler Gruppen

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der aktiven Einbindung von Minderheiten in gesellschaftliche und politische Prozesse. Diese Teilhabe ist nicht nur ein Ausdruck von Gleichberechtigung, sondern auch ein entscheidender Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Gleichzeitig gilt es, vulnerable Gruppen gezielt zu schützen, um Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt entgegenzuwirken.

Religionsfreiheit

Die PdF setzt sich dafür ein, dass alle Menschen ihr Recht auf freie Religionsausübung uneingeschränkt wahrnehmen können. Dabei wird die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften aktiv unterstützt, um das gesellschaftliche Miteinander zu stärken und religiöse Vielfalt als Bereicherung zu begreifen. Ein neutraler Staat ist Voraussetzung für die Gleichberechtigung aller Glaubensrichtungen. Die Trennung von Kirche und Staat wird konsequent eingehalten, um eine unparteiische Haltung zu gewährleisten. Die Religionsausübung wird als privates Recht geschützt, während der Staat sicherstellt, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit gleichbehandelt werden.

Religiöser Extremismus, der die Grundwerte der Demokratie und der Menschenrechte angreift, wird entschieden abgelehnt. Die PdF setzt auf gezielte Präventionsmaßnahmen, die durch Bildung und Aufklärung dazu beitragen, Radikalisierung vorzubeugen. Insbesondere junge Menschen sollen frühzeitig über demokratische Werte, Toleranz und die Gefahren extremistischer Ideologien aufgeklärt werden.

IV Migration

Schnelle Integration durch Arbeit und Ausbildung

Die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt ist ein zentraler Schritt für eine erfolgreiche Eingliederung in die Gesellschaft. Doch bürokratische Hürden und langwierige Genehmigungsverfahren verzögern die Arbeitsaufnahme erheblich. In Deutschland kann die Erteilung einer Arbeitserlaubnis für Geflüchtete bis zu 22 Monate dauern. Diese Verzögerung führt nicht nur zu einem Verlust wertvoller Potenziale, sondern auch zu erhöhten Kosten für das Sozialsystem. Zudem wird die Vereinbarkeit von Arbeit und Sprachlernen oft nicht ausreichend gefördert, was die Integration zusätzlich erschwert. Deshalb fordern wir:

- **Schnelle Arbeitsgenehmigung:** Um die Integration zu beschleunigen, ist ein standardisierter und digitaler Genehmigungsprozess erforderlich. Dieser Prozess soll sicherstellen, dass eine Arbeitserlaubnis innerhalb von maximal 10 Tagen erteilt wird, wie es beispielsweise in Finnland erfolgreich praktiziert wird. Eine schnelle Genehmigung ermöglicht es Geflüchteten, ihr Potenzial unmittelbar einzubringen und ihre Eigenständigkeit zu fördern.
- **Arbeit und Lernen verbinden:** Die gleichzeitige Förderung von Sprachkompetenz und beruflicher Eingliederung ist essenziell. Deshalb sollen Programme entwickelt werden, die Sprachkurse außerhalb der Arbeitszeit anbieten. Dies gewährleistet, dass Geflüchtete einer Beschäftigung nachgehen können, während sie gleichzeitig die notwendigen Sprachkenntnisse erwerben, um sich langfristig im Arbeitsumfeld zu integrieren.

- Vom Transferempfänger zum Steuerzahler: Geflüchtete, die eine Arbeitserlaubnis erhalten, sollen vorrangig in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Dies reduziert die Abhängigkeit von Sozialleistungen, stärkt die Eigenverantwortung und ermöglicht es Geflüchteten, aktiv zum Gemeinwesen beizutragen. Sollte der Aufenthaltsstatus später widerrufen werden, bleibt dies unabhängig von der zuvor aufgenommenen Arbeit möglich.
- Einfachere Anerkennung von Berufsabschlüssen: Ein weiteres Hindernis für die Integration stellt die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen dar. Hier bedarf es vereinfachter Verfahren, um Qualifikationen aus Drittstaaten anzuerkennen oder Berufserfahrungen auf Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen anzurechnen. Dies erleichtert den Einstieg in den Arbeitsmarkt und sorgt für eine optimale Nutzung vorhandener Fähigkeiten.

Die schnelle Integration von Geflüchteten durch Arbeit und Ausbildung ist ein Gewinn für alle: Sie stärkt die Wirtschaft, reduziert die Kosten für das Sozialsystem und schafft Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.

Faire und effiziente Asylverfahren

Ein gerechtes und funktionierendes Asylsystem ist essenziell, um Schutzsuchenden zu helfen, die Integration zu fördern und gleichzeitig illegale Migration sowie Missbrauch des Systems zu verhindern. Derzeit leiden Asylverfahren unter langsamen Abläufen, die die Integration behindern und das System belasten. Hinzu kommen die Herausforderungen durch Schleusernetzwerke und illegale Einwanderungsrouten. Um diesen Problemen entgegenzuwirken, bedarf es umfassender und durchdachter Reformen:

- Migrationszentren in Herkunftsregionen: Die Einrichtung von Migrationszentren in sicheren Drittstaaten ermöglicht es, Asylverfahren außerhalb Europas durchzuführen. Dabei werden humane Standards eingehalten und Schutzsuchende erhalten die Möglichkeit, Asylverfahren sicher und geordnet durchzuführen, ohne auf gefährliche Schleuserouten angewiesen zu sein.
- Asyl auf Zeit: Der Schutzstatus von Geflüchteten soll sich weiterhin an der geltenden Rechtslage orientieren, wonach Asyl grundsätzlich zeitlich befristet ist.

Dieser Schutz endet, sobald die Fluchtursachen entfallen sind, und Rückkehr in das Herkunftsland möglich ist.

- Bekämpfung von Schleusern: Ein zentrales Ziel ist die Bekämpfung von Schleusernetzwerken, die illegale Migration organisieren und Schutzsuchende ausnutzen. Hierfür bedarf es koordinierter Maßnahmen auf europäischer Ebene, die sowohl die Strafverfolgung als auch die Durchsetzung geltenden Rechts umfassen.
- Europäisches Asylsystem: Um die Verantwortung fair zu verteilen, ist die Einführung eines solidarischen europäischen Asylsystems notwendig. Dieses System soll eine gerechte Verteilung von Asylbewerbern auf alle EU-Mitgliedsstaaten sicherstellen und durch einen gemeinsamen EU-Asylfonds Staaten an den Außengrenzen finanziell unterstützen.
- Anerkennung von Werten und Grundrechten: Schutzsuchende sollen bei der Stellung ihres Asylantrags aktiv die Grundwerte des Grundgesetzes anerkennen. Dazu gehören die Gleichberechtigung der Geschlechter, das Verbot von Zwangsehen, Religionsfreiheit sowie das Recht auf Bildung. Diese Anerkennung soll die Grundlage für die Integration in die Gesellschaft bilden.
- Sozialleistungen an Integration koppeln: Die Gewährung von Sozialleistungen soll teilweise an den Grad der Integration gekoppelt werden. Dazu zählen die Teilnahme und der erfolgreiche Abschluss von Integrations- und Sprachkursen, der Erwerb eines Schulabschlusses sowie die Teilnahme an Maßnahmen der Jobcenter. Diese Maßnahmen sollen die Eigenverantwortung der Schutzsuchenden fördern und die Integration aktiv vorantreiben.
- Kommunikation zwischen Bildungsträgern und Behörden: Eine engere Abstimmung zwischen den Bildungsträgern von Sprach- und Integrationskursen und den zuständigen Behörden ist notwendig, um den Integrationswillen der Schutzsuchenden besser zu erfassen und gezielt zu fördern.
- Aufenthaltsrecht und Straffälligkeit: Ein Flüchtling, der in Deutschland strafrechtlich auffällig wird, wird sein Aufenthaltsrecht verlieren. Diese Regelung unterstreicht die Bedeutung von Rechtskonformität und die Erwartung, dass Schutzsuchende die Gesetze des Aufnahmelandes respektieren.

Ein faires und effizientes Asylsystem basiert auf dem Schutz von Menschen in Not, der Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien und der aktiven Förderung von Integration.

Europäisches Asylsystem und Schutz der EU-Außengrenzen

Ein funktionierendes europäisches Asylsystem ist entscheidend, um der globalen Herausforderung der Migration gerecht zu werden. Derzeit stoßen einige Mitgliedstaaten bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten an ihre Grenzen, was Solidarität und klare Mechanismen erfordert. Gleichzeitig ist der Schutz der EU-Außengrenzen essenziell, um die Freizügigkeit innerhalb der EU zu gewährleisten und illegale Einreisen einzudämmen.

- **Solidarisches Asylsystem:** Ein gerechter und solidarischer Verteilungsmechanismus für Geflüchtete innerhalb der Europäischen Union ist dringend notwendig. Alle Mitgliedstaaten müssen ihren Beitrag leisten, um die Lasten der Migration fair zu verteilen. Dies schließt auch die Verbesserung der Rückführungsprozesse bei negativen Asylbescheiden ein, um sicherzustellen, dass die Regeln des Asylsystems konsequent angewandt werden. Durch diese Maßnahmen wird eine nachhaltige und gerechte Verteilung der Verantwortung erreicht, die sowohl die betroffenen Staaten als auch die Geflüchteten entlastet.
- **Effektiver Schutz der Außengrenzen:** Der Schutz der EU-Außengrenzen ist eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums. Eine effektive Überwachung der Grenzen ist unerlässlich, um illegale Einreisen zu verhindern und Schleusertätigkeiten konsequent zu verfolgen. Bestehende Gesetze zur Bekämpfung von illegaler Migration müssen vollständig angewendet und mit modernen Technologien unterstützt werden. Dabei bleibt der Schutz der Menschenwürde und die Einhaltung internationaler Standards stets oberstes Gebot.

Ein solidarisches Asylsystem und ein effektiver Schutz der Außengrenzen sind kein Widerspruch, sondern notwendige Bausteine einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik.

V Demokratie, Bürgerbeteiligung und Transparenz

Die niedrige Beteiligung an politischen Prozessen und die mangelnde Transparenz in der Entscheidungsfindung haben zu einer wachsenden Politikverdrossenheit in der Bevölkerung geführt. Dies öffnet Tür und Tor für populistische Bewegungen, die vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Fragen geben. Gleichzeitig fehlen für viele Bürgerinnen und Bürger einfache und nachvollziehbare Zugänge, um sich aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen. Es ist daher essenziell, die Demokratie durch stärkere Bürgerbeteiligung und größere Transparenz zu revitalisieren.

Förderung basisdemokratischer Strukturen

Eine lebendige Demokratie zeichnet sich durch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen aus. Um die demokratische Legitimation zu stärken und die Transparenz politischer Prozesse zu erhöhen, müssen basisdemokratische Strukturen ausgebaut und gefördert werden:

- Digitale Bürgerbeteiligung durch Bürgerparlamente: Bürgerparlamente bieten eine innovative Möglichkeit, die Bevölkerung direkt in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Digitale Plattformen sollen es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, an wesentlichen Debatten und Abstimmungen des Bundestages teilzunehmen. Dieses Modell schafft nicht nur mehr Transparenz, sondern auch eine stärkere Legitimation politischer Entscheidungen. Die PdF hat mit diesem Ansatz während der Legislaturperiode bereits positive Erfahrungen gesammelt und sieht darin einen zentralen Baustein für eine moderne Demokratie.
- Effektive Bürgerräte: Bürgerräte sollen etabliert werden, um die Meinungen und Empfehlungen der Bevölkerung zu wichtigen politischen Fragen einzuholen. Die Ergebnisse dieser Räte müssen eine zentrale Grundlage für die parlamentarische Behandlung und gegebenenfalls Volksentscheide bilden. Parlamente sind verpflichtet, die Empfehlungen der Bürgerräte in einer angemessenen Frist zu behandeln. Eine Ablehnung muss nachvollziehbar begründet werden. Bei Volksentscheiden ist die Einbeziehung der Ergebnisse des jeweiligen Bürgerrates zwingend erforderlich, um die Expertise und den demokratischen Willen der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen.

- **Recht auf Volksentscheide stärken:** Das Verfassungsrecht auf Volksentscheide soll durch ein einschlägiges Gesetz auf Bundesebene gestärkt und institutionell verankert werden. Dies gibt der Bevölkerung die Möglichkeit, direkt über zentrale Fragen zu entscheiden und die repräsentative Demokratie sinnvoll zu ergänzen.
- **Förderung des demokratischen Engagements:** Demokratisches Engagement darf nicht durch den Entzug der Gemeinnützigkeit behindert werden. Stattdessen sollte die Förderung von Initiativen, die sich aktiv für Demokratie und Bürgerbeteiligung einsetzen, durch klare rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen unterstützt werden.

Durch den Ausbau solcher Strukturen wird die Demokratie lebendiger, transparenter und näher an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet.

Verbesserung des Zugangs zu Entscheidungsprozessen

Ein transparenter und einfacher Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen ist eine wesentliche Grundlage für eine partizipative Demokratie. Um die Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen – lokal wie national – zu stärken, bedarf es moderner und effizienter Lösungen, die den direkten Dialog zwischen Bevölkerung und Politik erleichtern:

- **Entwicklung einer digitalen Open-Source-Plattform:** Um den Zugang zu Petitionen, Feedbackmöglichkeiten und Mitbestimmung bei politischen Themen zu vereinfachen, soll eine benutzerfreundliche, digitale Plattform nach einheitlichen Standards geschaffen werden. Diese Plattform wird als Open-Source-Lösung vom Bund entwickelt und allen staatlichen Ebenen – Bund, Ländern und Kommunen – kostenfrei zur Verfügung gestellt. Dies reduziert nicht nur die Kosten, sondern fördert auch eine einheitliche Nutzung und erleichtert den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu politischen Prozessen. Die Plattform soll eine zentrale Anlaufstelle sein, über die Bürgerinnen und Bürger unkompliziert Anliegen einreichen, an Debatten teilnehmen und über relevante Themen abstimmen können.
- **Transparente Prozeduren und Dokumentation:** Damit Bürgerbeteiligung effektiv und glaubwürdig ist, müssen die Ergebnisse solcher Prozesse klar

dokumentiert und öffentlich zugänglich gemacht werden. Transparente Verfahren gewährleisten, dass die erarbeiteten Ergebnisse nicht nur veröffentlicht, sondern auch in den politischen Entscheidungsprozess eingebracht werden. Eine regelmäßige öffentliche Kommunikation über den Fortschritt und die Umsetzung der Bürgerbeteiligung stärkt das Vertrauen in die Politik und schafft eine engere Verbindung zwischen Bevölkerung und Entscheidungsorganen.

Eine barrierefreie und transparente Bürgerbeteiligung ist ein wesentlicher Schritt hin zu einer modernen, offenen und zukunftsfähigen Gesellschaft.

Bessere Wahlen

Ein modernes Wahlsystem muss die demokratische Vielfalt stärken, den Wählerwillen repräsentativ abbilden und mehr Menschen zur Teilnahme motivieren. Um dies zu erreichen, bedarf es grundlegender Reformen, die bestehende Hürden abbauen und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Einflussmöglichkeiten einräumen.

- Abschaffung oder Reform der Fünf-Prozent-Hürde: Die Fünf-Prozent-Hürde stellt für kleinere Parteien ein erhebliches Hindernis dar, das ihre Chancen auf eine parlamentarische Vertretung einschränkt. Dies führt dazu, dass ein Teil des Wählerwillens unberücksichtigt bleibt. Eine Abschaffung oder alternative Lösungen könnten den politischen Wettbewerb fördern und die Vielfalt im Bundestag erhöhen. Um die Problematik von Stimmenverlusten weiter zu entschärfen, setzt sich die PdF für die Einführung von Ersatzstimmen oder Präferenzwahlen ein. Dabei können Wählerinnen und Wähler eine Rangfolge der Parteien auf dem Wahlzettel angeben. Sollte die bevorzugte Partei die Fünf-Prozent-Hürde nicht erreichen, wird die Stimme auf die nächstpräferierte Partei übertragen. Dieses Modell sorgt für eine gerechtere Abbildung des Wählerwillens und stärkt die Legitimation der Wahlergebnisse.
- Einführung der Möglichkeit, „Nein“ zu wählen: Derzeit können Wählerinnen und Wähler nur ihre Zustimmung zu den angebotenen Parteien oder Kandidaten ausdrücken. Echte Wahlfreiheit umfasst jedoch auch die Möglichkeit, Nein zu sagen. Deshalb schlägt die PdF vor, ein „Nein“ als Wahloption einzuführen. Stimmen, die auf „Nein“ entfallen, sollen genauso in die Sitzverteilung

einfließen wie Parteistimmen – in diesem Fall jedoch leer bleiben. Diese Änderung würde die Bedeutung der Wahlen erhöhen, indem sie den Bürgerinnen und Bürgern eine zusätzliche Ausdrucksmöglichkeit gibt und deren Unzufriedenheit mit den vorhandenen Angeboten sichtbar macht.

Diese Reformen tragen dazu bei, das Vertrauen in demokratische Prozesse zu stärken und die Partizipation zu erhöhen, indem es den Wählerwillen umfassender abbildet und mehr Raum für individuelle Meinungsäußerungen bietet.

Bürgerräte

Bürgerräte stellen eine wertvolle Ergänzung zur repräsentativen Demokratie dar, indem sie Bürgerinnen und Bürger direkt in politische Entscheidungsprozesse einbinden. Um ihren Mehrwert voll auszuschöpfen, müssen sie fest in die demokratischen Strukturen integriert werden. Bürgerräte sollen in regelmäßigen Turnussen, beispielsweise monatlich, abgehalten werden und sich jeweils mit einem Thema von größtem öffentlichen Interesse befassen. Die Mitglieder der Bürgerräte werden durch ein Losverfahren bestimmt, um eine möglichst repräsentative Zusammensetzung der Bevölkerung zu gewährleisten. Um die Teilnahme attraktiver zu machen und Chancengleichheit zu fördern, ist eine finanzielle Entschädigung für die Mitglieder vorgesehen.

Eine fundierte Meinungsbildung innerhalb der Bürgerräte erfordert eine umfassende und objektive Information der Teilnehmenden über das jeweilige Thema. Zudem ist maximale Transparenz anzustreben, solange diese nicht zu negativen Auswirkungen führt. Die Ergebnisse und Vorschläge der Bürgerräte müssen von der Politik ernst genommen werden. Eine Ablehnung der Vorschläge ist nur möglich, wenn sie nachvollziehbar begründet wird. Gleichzeitig müssen weiterführende basisdemokratische Schritte, wie etwa Volksbegehren, zulässig sein, um den Bürgerwillen noch stärker einzubinden.

Parteienfinanzierung reformieren

Ein lebendiger politischer Wettbewerb ist unerlässlich für eine funktionierende Demokratie. Derzeit benachteiligt das bestehende System der Parteienfinanzierung kleinere und finanzschwächere Parteien erheblich, wodurch die Vielfalt politischer

Kräfte eingeschränkt wird. Um diesen Missstand zu beheben, sind folgende Reformen erforderlich:

- Abschaffung der Hürde zur Parteienfinanzierung: Jede Stimme bei Wahlen soll gleichwertig zählen. Parteien sollen auch bei kleinem Wahlerfolg eine finanzielle Entschädigung für ihr demokratisches Engagement erhalten. Dies ermöglicht es neuen und aufstrebenden Parteien, sich nachhaltig zu etablieren.
- Aufhebung der Deckelung durch eigene Erträge: Aktuell können Parteien maximal den Betrag an staatlicher Finanzierung erhalten, den sie selbst durch Spenden oder Mitgliedsbeiträge einnehmen. Dies bevorzugt Parteien mit finanzstarken Klientelen auf undemokratische Weise. Die staatliche Finanzierung sollte so gestaltet werden, dass Parteien sich auf ihre Kernaufgaben – politische Arbeit und Bürgerbeteiligung – konzentrieren können, anstatt primär auf die Maximierung ihrer Einnahmen.

Reformoptionen für kommunale Demokratie

Die kommunale Demokratie bildet die Basis des politischen Handelns und hat direkten Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger. Doch Entscheidungen auf kommunaler Ebene werden häufig ohne ausreichenden Dialog oder differenzierte Abstimmungsoptionen getroffen. Viele Menschen fühlen sich von den lokalen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, was das Vertrauen in die Politik schwächt. Eine Reform der kommunalen Demokratie ist notwendig, um Beteiligungsmöglichkeiten zu erweitern und die Qualität der Entscheidungen zu verbessern:

- Integration gleichberechtigter Formate der Entscheidungsfindung: Um die Zivilgesellschaft stärker in lokale Entscheidungen einzubinden, sollen lokale Bürgerforen und regelmäßige Versammlungen eingeführt werden. Diese Formate ermöglichen es, Entscheidungen gemeinsam mit der Bürgerschaft zu erarbeiten und ihre Perspektiven direkt in die Prozesse einzubringen. Ergänzend dazu sollen digitale Dialogräume geschaffen werden, die offen, transparent und nachvollziehbar gestaltet sind. Diese Plattformen bieten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich ortsunabhängig und kontinuierlich an Diskussionen und Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

- Einführung differenzierter Abstimmungsoptionen: Politische Entscheidungen auf kommunaler Ebene werden oft auf einfache Ja-Nein-Fragestellungen reduziert, was komplexen Sachverhalten nicht gerecht wird. Um eine differenziertere Diskussion und Entscheidungskultur zu fördern, sollen alternative Abstimmungsmodelle entwickelt werden. Diese Modelle bieten differenzierte Optionen und Kompromisslösungen, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, umfassender und nuancierter abzustimmen. Dadurch wird nicht nur die Qualität der Entscheidungen verbessert, sondern auch ihre Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung gestärkt.

Durch neue Beteiligungsformate und differenzierte Abstimmungsoptionen kann die kommunale Entscheidungsfindung transparenter, gerechter und näher an den Bedürfnissen der Menschen gestaltet werden.

Verbesserung des Gesetzgebungsverfahrens

Ein transparentes und bürgernahes Gesetzgebungsverfahren ist essenziell, um das Vertrauen der Bevölkerung in politische Entscheidungen zu stärken. Derzeit leiden gesetzgeberische Prozesse unter einem Mangel an Transparenz, insbesondere bei der Einflussnahme von Interessengruppen. Zudem fehlt es an ausreichenden Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, sich aktiv in die Entstehung und Diskussion von Gesetzen einzubringen. Daher fordern wir:

- Erhöhung der Transparenz durch einen Gesetzes-Fußabdruck: Um die Einflussnahme von Interessengruppen klar nachvollziehbar zu machen, soll ein Gesetzes-Fußabdruck eingeführt werden. Dieser dokumentiert detailliert, welche Interessengruppen zu welchen Zeitpunkten Einfluss auf die Ausarbeitung eines Gesetzes genommen haben. Durch diese Offenlegung wird das Gesetzgebungsverfahren transparenter und für die Öffentlichkeit nachvollziehbarer.
- Bürgerparlamente als Standard in der Gesetzgebung: Bürgerparlamente sollen verpflichtend in die Ausarbeitung aller relevanten Gesetze und Richtlinien einbezogen werden. Diese Anhörungen bieten der Bevölkerung die Möglichkeit, ihre Perspektiven und Meinungen frühzeitig in den

Gesetzgebungsprozess einzubringen. So wird sichergestellt, dass Gesetze stärker an den Bedürfnissen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet sind.

- Modernisierung des Lobbyregisters: Das bestehende Lobbyregister soll reformiert und durch strengere Regelungen ergänzt werden. Verstöße gegen die Offenlegungspflichten müssen mit härteren Sanktionen geahndet werden, um die Einhaltung der Regeln sicherzustellen. Zusätzlich sollen engmaschige Kontrollen eingeführt werden, um die Transparenz im Umgang mit Lobbyarbeit weiter zu erhöhen und unlauteren Einfluss zu verhindern.

Weiterentwicklung des Petitionsrechts

Das Petitionsrecht ist ein grundlegendes Element demokratischer Teilhabe. Um es zu einer modernen und effektiven Ideenplattform für alle Bürgerinnen und Bürger weiterzuentwickeln, bedarf es umfassender Reformen, die Barrieren abbauen, Transparenz schaffen und die Behandlung von Petitionen optimieren. Ein Vorbild hierfür ist das Modell von OpenPetition, das durch seine Zugänglichkeit und klare Struktur überzeugt.

- Darstellung in Form eines Backlogs mit Abstimmungsmöglichkeit: Petitionen sollen in einem digitalen Backlog dargestellt werden, das es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, durch ein transparentes Voting-System Prioritäten zu setzen. Dieses Verfahren sorgt für eine klare Übersicht über die Themen, die für die Gesellschaft von größter Bedeutung sind.
- Barrierefreier Zugang mit eID: Der Zugang zur Petitionsplattform muss für alle Menschen einfach und barrierefrei gestaltet sein. Die Möglichkeit, sich sicher und schnell über eine elektronische Identität (eID) zu authentifizieren, garantiert einen unkomplizierten Zugang und ermöglicht die sichere Teilnahme am demokratischen Prozess.
- Anspruch auf qualifizierte Behandlung in angemessener Frist: Jede eingereichte Petition muss innerhalb einer festgelegten Frist qualifiziert geprüft und behandelt werden. Dies sichert nicht nur eine zeitnahe Rückmeldung, sondern unterstreicht auch den Respekt gegenüber den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.

- Recht auf nachvollziehbare Begründung bei Ablehnung: Sollte eine Petition abgelehnt werden, muss dies transparent und nachvollziehbar begründet werden. Diese Rückmeldung gibt den Petentinnen und Petenten Klarheit über die Entscheidungsgrundlage und stärkt das Vertrauen in den demokratischen Prozess.

Durch klare Qualitätsstandards, Barrierefreiheit und nachvollziehbare Prozesse wird das Petitionsrecht zu einer wirkungsvollen Plattform für die Entwicklung und Umsetzung von Ideen, die die Demokratie bereichern und weiterentwickeln.

Lobbyismus und Korruptionsbekämpfung

Transparenz ist ein zentraler Grundpfeiler für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik. Der Einfluss von Lobbyisten und mangelnde Offenlegung politischer Entscheidungsprozesse gefährden dieses Vertrauen. Oft bleibt Lobbyarbeit für die Öffentlichkeit intransparent, was Korruptionsgefahren begünstigt und das Machtungleichgewicht zwischen Unternehmen, Bürgern und Experten verstärkt. Um dies zu beheben, müssen klare Regelungen und strikte Kontrollmechanismen eingeführt werden, die Einflussnahme sichtbar und nachvollziehbar machen. Daher sind folgende Maßnahmen essenziell:

- Verpflichtende Offenlegung jeglicher Einflussnahme: Um die Transparenz politischer Prozesse zu erhöhen, müssen alle Treffen zwischen Politikern und Lobbyisten verpflichtend dokumentiert werden. Ein „Fußabdruck“ für Volksvertreterinnen und Volksvertreter sowie für einzelne Gesetzesvorhaben soll die Einflussnahme durch Lobbyarbeit sichtbar machen. Zusätzlich wird die Nutzung inoffizieller Kanäle durch die Einführung eines zentralen und anwenderfreundlichen Transparenzportals unterbunden, das alle relevanten Informationen öffentlich zugänglich macht.
- Verschärfung der Transparenzregelungen: Das Lobbyregister soll ausgebaut werden, insbesondere auf EU-Ebene, um Interessenvertreter und deren Agenden vollständig offenzulegen. Die Einhaltung dieser Regelungen soll regelmäßig von unabhängigen Stellen geprüft werden. Eine transparente Fehlerkultur und die Aufarbeitung von Regelverstößen im Lobbybereich tragen dazu bei, das Vertrauen in politische Entscheidungen zu stärken. Jede

Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse muss öffentlich nachvollziehbar sein; nicht-offizielle Wege werden entschieden abgelehnt.

- EU-weite Transparenzstandards: Transparenz darf nicht an nationalen Grenzen haltmachen. Die Partei fordert deshalb verschärfte Regelungen auf EU-Ebene, insbesondere für das Lobbyregister und die Arbeit von EU-Intergroups. Einheitliche Standards für die Offenlegung politischer Einflussnahme innerhalb der EU sorgen für mehr Vertrauen und eine faire Interessenvertretung auf europäischer Ebene.

Mit einer konsequenten Offenlegung von Einflussnahmen und der Einführung strikter EU-weiter Standards setzt sich die Partei für eine Politik ein, die im Dienst der Bürgerinnen und Bürger steht und das Vertrauen in die demokratischen Prozesse stärkt.

VI Soziales und Familie

Unsere Rentenreform: Ein zukunftssicheres Rentensystem

Die demografische Entwicklung stellt das deutsche Rentensystem vor immense Herausforderungen. Bis 2060 wird die Erwerbsbevölkerung von 47 Millionen auf etwa 30 Millionen Menschen schrumpfen. Dieses gravierende Ungleichgewicht zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern gefährdet die langfristige Stabilität des Rentensystems. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass der Beitragssatz bis 2035 auf 22,3 % steigen wird, während der jährliche Bundeszuschuss zur Rentenversicherung von derzeit rund 100 Milliarden Euro auf etwa 145 Milliarden Euro anwachsen könnte. Die Stabilisierung des Rentenniveaus bei mindestens 48 % durch das sogenannte Rentenpaket II führt zudem zu erheblichen finanziellen Belastungen für die Beitragszahler. Um die Altersvorsorge zukunftssicher zu gestalten, sind grundlegende Reformen erforderlich, weswegen wir als Fortschrittspartei ein Bündel an Maßnahmen entworfen haben:

- Einführung eines flexiblen Renteneintrittsalters: Ein flexibler Renteneintritt soll es ermöglichen, den Übergang in den Ruhestand individuell an die berufliche Situation, die Gesundheit und die persönlichen Bedürfnisse anzupassen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die länger arbeiten möchten, sollen

von Anreizen wie Rentenboni profitieren. Diese Maßnahme sorgt nicht nur für eine Entlastung des Rentensystems, sondern honoriert auch individuelle Lebensentwürfe und Arbeitsbiografien.

- Kapitalgedeckte Altersvorsorge im gesetzlichen Rentensystem: Um die finanzielle Belastung des umlagefinanzierten Rentensystems zu reduzieren, soll eine kapitalgedeckte Komponente eingeführt werden. Diese ermöglicht es, durch erzielte Renditen einen Teil der Rentenzahlungen zu finanzieren und langfristig die Abhängigkeit von Beitragssteigerungen zu minimieren. Risiken durch die Volatilität der Kapitalmärkte werden durch Diversifikation und langfristige Anlagestrategien begrenzt. Eine gut gemanagte kapitalgedeckte Altersvorsorge ergänzt das bestehende System und stärkt die finanzielle Sicherheit im Alter.
- Stärkung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge: Um die finanzielle Eigenvorsorge zu fördern, sollen steuerliche Vorteile für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber ausgeweitet werden, die in betriebliche Rentenmodelle investieren. Die Einführung eines obligatorischen Betriebsrentenmodells, das speziell kleine und mittlere Unternehmen unterstützt, stellt sicher, dass mehr Beschäftigte von betrieblichen Vorsorgeleistungen profitieren. Staatliche Zuschüsse und steuerliche Förderungen sollen Anreize schaffen, während der Erwerbstätigkeit gezielt für das Rentenalter vorzusorgen. Diese Maßnahmen stärken die finanzielle Unabhängigkeit im Ruhestand und entlasten gleichzeitig die gesetzlichen Rentenkassen.
- Dynamisierung der Rentenbeiträge: Ein dynamisches Beitragssystem, das sich an der wirtschaftlichen Entwicklung und demografischen Veränderungen orientiert, sorgt für mehr Flexibilität und Stabilität im Rentensystem. Die Kopplung der Rentenbeiträge an die Produktivitätsentwicklung ermöglicht es, die Belastung der Beitragszahler besser zu steuern. Dies gewährleistet eine faire und ausgewogene Finanzierung des Rentensystems, die sowohl die Interessen der Erwerbstätigen als auch der Rentner berücksichtigt.
- Schnellere Integration von Migranten in die Arbeitswelt: Eine beschleunigte Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt trägt dazu bei, die Anzahl der Beitragszahler im Rentensystem zu erhöhen. Dabei wird darauf geachtet,

dass Rentenansprüche nicht sofort erhöht werden, um die Stabilität des Systems zu wahren.

- Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) im Rentensystem: Der Einsatz moderner Technologien kann die Effizienz des Rentensystems erheblich steigern. Durch die Digitalisierung von Prozessen und den Einsatz Künstlicher Intelligenz lassen sich Verwaltungskosten senken, Fehler reduzieren und die Kundenzufriedenheit erhöhen. Automatisierte Prozesse ermöglichen eine schnellere und präzisere Bearbeitung von Rentenansprüchen und schaffen mehr Transparenz im System.
- Entlastung für kleine Renten: Um die soziale Gerechtigkeit zu fördern und das Armutsrisiko im Alter zu verringern, ist es notwendig, die Entlastung für Rentner mit niedrigen Altersbezügen zu verstärken. Damit wird sichergestellt, dass Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet und Steuern gezahlt haben, im Alter finanziell besser abgesichert sind. Unter anderem kann dies durch die Anhebung des Steuerfreibetrags gelingen.
- Zweckbindung der Rentenbeiträge: Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen strikt zweckgebunden sein. Sie dürfen ausschließlich für Rentenzahlungen verwendet werden, um die finanzielle Stabilität des Systems sicherzustellen. Eine Zweckentfremdung würde die ohnehin prekäre Lage der Rentenkasse weiter verschärfen und das Vertrauen der Beitragszahlerinnen und -zahler untergraben.
- Einbeziehung aller in die Rentenversicherung: Um das Risiko von Altersarmut zu verringern und das System langfristig zu stabilisieren, sollten alle Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von ihrer Erwerbsform – in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Insbesondere Selbstständige und Freiberufler tragen ein erhöhtes Risiko, im Alter finanziell unzureichend abgesichert zu sein. Studien zeigen, dass ein signifikanter Anteil dieser Gruppen keine ausreichende private Altersvorsorge besitzt. Ein einheitliches Rentensystem, das alle Erwerbsformen einschließt, schafft mehr soziale Gerechtigkeit und sorgt für eine breitere Finanzierungsbasis.

Diese Maßnahmen kombinieren Flexibilität, finanzielle Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit, um ein zukunftssicheres Rentensystem zu schaffen, das den

demografischen Herausforderungen standhält und alle Bürgerinnen und Bürger einbindet.

Unterstützung des Pflegesektors

Der Pflegesektor in Deutschland steht vor enormen Herausforderungen. Der anhaltende Personalmangel hat dramatische Auswirkungen auf die Versorgungssituation: Bis 2040 werden zusätzlich 97.000 bis 183.000 Pflegekräfte allein in der ambulanten Pflege benötigt. Bereits heute müssen 80 % der ambulanten Pflegebetriebe Anfragen aufgrund fehlenden Personals ablehnen, und 13 % der Betriebe waren gezwungen, bestehende Verträge zu kündigen. Gleichzeitig verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen: Pflegekräfte melden durchschnittlich 30 Fehltage im Jahr, und ein Drittel der ambulanten Fachkräfte muss „sehr oft“ ungeplant einspringen. Die wirtschaftliche Lage der Pflegedienste ist angespannt, bedingt durch steigende Ausgaben der Pflegeversicherung, verpflichtende Tarifbezahlung und gesetzliche Vorgaben zur personellen Ausstattung. Um den Pflegeberuf attraktiver zu machen und die Versorgung langfristig zu sichern, sind tiefgreifende Reformen notwendig:

- **Attraktivierung des Pflegeberufs:** Ein steuerfreier Pflegebonus als dauerhafte Gehaltskomponente soll den Pflegeberuf finanziell attraktiver machen und Pflegekräfte für ihre gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit angemessen entlohnen. Zusätzlich sollen Weiterbildungsprogramme gefördert werden, die Pflegekräfte für spezialisierte Aufgaben qualifizieren und ihre beruflichen Perspektiven erweitern.
- **Bessere Arbeitsbedingungen:** Gesetzlich geregelte Personaluntergrenzen sollen den Arbeitsdruck in der Pflege reduzieren und die Belastung der Fachkräfte verringern. Digitale Lösungen zur Arbeitsplanung können spontane Einsätze minimieren und für eine verlässlichere Arbeitsstruktur sorgen. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die physische und psychische Gesundheit der Pflegekräfte zu schützen und ihre Arbeitszufriedenheit zu steigern.
- **Staatliche Unterstützung:** Der Aufbau staatlich finanzierter Pflegeeinrichtungen, die als Vorbilder für gute Arbeitsbedingungen dienen, soll zeigen, dass Pflege anders organisiert und gestaltet werden kann. Gleichzeitig müssen die

Zuschüsse für ambulante Pflegedienste erhöht werden, um finanzielle Engpässe zu mindern und eine hochwertige Versorgung sicherzustellen.

Mit diesen Maßnahmen kann die Versorgung in der Pflege langfristig gestärkt und die Attraktivität des Berufs erhöht werden – zum Wohl der Pflegekräfte und der zu pflegenden Menschen gleichermaßen.

Familienförderung: Unterstützung für moderne Lebensrealitäten

Die Lebensrealitäten von Familien in Deutschland sind vielfältiger denn je. Familienpolitik muss sich diesen Veränderungen anpassen, um eine echte Entlastung zu schaffen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachhaltig zu fördern. Eine konsolidierte Strategie aus Betreuung, finanzieller Unterstützung und steuerlichen Reformen ist essenziell, um den Bedürfnissen moderner Familien gerecht zu werden. Besonders sensibel ist der Umgang mit dem Thema Abtreibung. Es bedarf einer Reform, die den Ausgleich zwischen den Rechten der Frauen und dem Schutz ungeborenen Lebens gewährleistet. Die PdF setzt sich dafür ein, Familien bestmöglich zu unterstützen und ihnen die Freiheit zu geben, ihre Lebensmodelle eigenständig und selbstbestimmt zu gestalten.

Betreuungsinfrastruktur und Arbeitswelt

Eine unzureichende Betreuungsinfrastruktur stellt eine der größten Herausforderungen für Familien dar. Fehlende Ganztagsbetreuungsangebote erschweren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erheblich.

Im Jahr 2022 fehlten allein 270.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Zudem ist die Fachkraft-Kind-Relation in vielen Einrichtungen unzureichend: Während eine Betreuungsquote von 1:3 bei Kleinkindern angestrebt wird, liegt der bundesweite Durchschnitt aktuell bei 1:3,9. Flexiblere Betreuungsmodelle fehlen, was insbesondere Schichtarbeitende und Alleinerziehende benachteiligt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, schlägt die PdF folgende Maßnahmen vor:

- Investitionen in Kitas und Tagespflegeplätze: Der Ausbau von Betreuungsplätzen muss oberste Priorität haben. Zielgerichtete Förderprogramme sollen

die Fachkraft-Kind-Relation verbessern und eine qualitativ hochwertige Betreuung sicherstellen.

- Flexible Betreuungsmodelle: Familien benötigen Betreuungssysteme, die sich an ihre individuellen Lebensumstände anpassen. Dazu zählen flexiblere Öffnungszeiten und Angebote, die speziell auf die Bedürfnisse von Schichtarbeitenden und Alleinerziehenden zugeschnitten sind.
- Moderne Betreuungsangebote: Kommunen und Träger sollen durch gezielte Anreize dabei unterstützt werden, innovative Betreuungsmodelle einzuführen. Digitale Reservierungssysteme können Eltern die Organisation des Betreuungsalltags erleichtern und den Zugang zu verfügbaren Plätzen transparenter gestalten.

Finanzielle Unterstützung und Abbau von Ungleichheiten

Eine gerechte und zielgerichtete Familienförderung ist unerlässlich, um den Herausforderungen moderner Familien gerecht zu werden. Die derzeitigen Regelungen weisen jedoch erhebliche Defizite auf. Die mangelnde Anpassung des Elterngeldes an die Inflation, die Ungleichheit zwischen einkommensstarken und einkommenschwachen Familien sowie bürokratische Hürden belasten Familien und verschärfen soziale Ungerechtigkeiten.

- Reform des Elterngeldes: Das Elterngeld muss dynamisch an die Inflation angepasst werden, um die finanzielle Kaufkraft der Familien zu sichern. Die Beschränkung des gleichzeitigen Bezugs von Basiselterngeld auf einen Monat ist realitätsfern und muss abgeschafft werden, um Eltern mehr Flexibilität bei der Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen. Eine Neugestaltung der Berechnungsgrundlage kann besonders junge Familien finanziell entlasten und ihnen die Möglichkeit geben, sich auf die Betreuung von Kleinkindern zu konzentrieren, ohne unter erheblichem finanziellen Druck zu stehen.
- Automatisierung des Kindergeldes: Der bürokratische Aufwand für Familien muss reduziert werden. Ein automatisiertes System, das auf den bestehenden Strukturen wie der Steuer-ID aufbaut, soll den Kindergeldantrag überflüssig machen. Krankenhäuser können Geburten automatisch an die zuständigen Behörden melden, die dann die Auszahlung des Kindergeldes in die Wege

leiten. Fehlende Daten können bei Bedarf schnell ergänzt werden, sodass Familien unmittelbar nach der Geburt finanziell entlastet werden.

- Reform der Kinderfreibeträge: Kinderfreibeträge sollten auf ein verfassungsmäßig gebotenes Minimum abgesenkt werden. Die freiwerdenden Mittel können gezielt für einkommensschwache Familien eingesetzt werden, um soziale Ungleichheiten in der Familienförderung abzubauen und benachteiligte Haushalte besser zu unterstützen.
- Modernisierung des Steuermodells: Das Ehegattensplitting sollte durch ein modernes Steuermodell ersetzt werden, das die Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Freibetrag für Familien kombiniert. Der Fokus muss auf der Förderung von Kindern und nicht auf der Ehe als Lebensform liegen. Dies stellt sicher, dass die Unterstützung gezielt bei denjenigen ankommt, die sie am meisten benötigen.
- Investitionen in Bildung und Chancengleichheit: Langfristige Chancengleichheit erfordert gezielte Investitionen in die Bildung benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Förderprogramme und Bildungsinitiativen sollen dazu beitragen, soziale Ungleichheiten abzubauen und allen Kindern die gleichen Startchancen zu ermöglichen.

Sprachförderung und Integration

Die Integration und Sprachförderung von Kindern mit nichtdeutscher Erstsprache ist eine zentrale Aufgabe für die frühkindliche Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Im Jahr 2022 lag der Anteil nichtdeutschsprachiger Kinder in Deutschland bei 41,5 %. Das Ende des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ hat eine erhebliche Lücke in der frühkindlichen Sprachförderung hinterlassen. Um diese Lücke zu schließen und den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, fordert die PdF folgende Maßnahmen:

- Wiedereinführung und Ausbau des Programms „Sprach-Kitas“: Das bewährte Programm soll nicht nur wieder eingeführt, sondern auch mit einem deutlich erhöhten Budget ausgestattet werden. Dies ermöglicht eine flächendeckende Unterstützung der Sprachentwicklung bei Kindern und verbessert die Qualität der frühkindlichen Bildung nachhaltig.

- Verpflichtendes Sprachförderkonzept in allen Kitas: Jedes Kind in Deutschland soll Zugang zu einer systematischen und effektiven Sprachförderung erhalten. Daher muss ein verpflichtendes Sprachförderkonzept in allen Kitas etabliert werden. Um die Qualität sicherzustellen, sollen Fachkräfte spezialisierte Weiterbildungsprogramme absolvieren können, die ihnen die notwendigen pädagogischen Werkzeuge an die Hand geben.

Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern

Die Qualität frühkindlicher Bildung und Betreuung hängt maßgeblich von der Ausbildung und Verfügbarkeit qualifizierter Erzieherinnen und Erzieher ab. Derzeit ist die Ausbildung für viele angehende Fachkräfte mit finanziellen Hürden verbunden, was die Attraktivität des Berufs beeinträchtigt. Um diesem Mangel entgegenzuwirken, sind umfassende Reformen notwendig:

- Bezahlte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher: Unabhängig von der Ausbildungsform – sei es die klassische Ausbildung oder die praxisintegrierte Variante – sollten Erzieherinnen und Erzieher während ihrer Ausbildung grundsätzlich eine angemessene Vergütung erhalten. Die Abhängigkeit von BAföG oder Aufstiegs-BAföG sollte vollständig entfallen, um den Beruf auch für Menschen attraktiv zu machen, die auf ein regelmäßiges Einkommen angewiesen sind. Eine finanzielle Absicherung in der Ausbildung ist ein wichtiger Schritt, um dem Fachkräftemangel im Bereich frühkindlicher Bildung entgegenzuwirken.
- Steigerung der Attraktivität des Berufs: Die Möglichkeiten und Zugangsvoraussetzungen zur Erzieherausbildung sollten stärker in der Bevölkerung bekannt gemacht werden. Durch gezielte Öffentlichkeitskampagnen kann die Attraktivität des Berufs gesteigert und mehr Menschen für diese wichtige Aufgabe gewonnen werden.
- Bundesweite Standards für frühkindliche Betreuung und Bildung: Um Chancengleichheit für alle Kinder zu gewährleisten, sollte die frühkindliche Betreuung und Förderung bundesweit geregelt werden. Die derzeitige Zuständigkeit auf Länderebene führt zu erheblichen Unterschieden in der Qualität und den Anforderungen. Einheitliche Standards stellen sicher, dass jedes Kind unabhängig von seinem Wohnort die gleiche hochwertige Förderung erhält.

Flexibilität und Wahlfreiheit für moderne Familien

Moderne Familienmodelle und individuelle Lebensentwürfe erfordern eine flexible und anpassungsfähige Familienpolitik. Viele Eltern stoßen jedoch auf strukturelle Hindernisse, wenn sie sich für alternative Lebensmodelle entscheiden. Dies betrifft insbesondere Alleinerziehende sowie Familien mit nicht-traditionellen Arbeitszeitmodellen. Traditionelle Rollenbilder und mangelnde Flexibilität in der Arbeitswelt erschweren es, Erwerbs- und Care-Arbeit gleichberechtigt aufzuteilen. Auch der berufliche Wiedereinstieg nach Elternzeit oder längeren Erziehungsphasen bleibt eine Herausforderung, insbesondere für Frauen. Deshalb:

- Flexible Arbeitszeitmodelle und partnerschaftliche Regelungen: Die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle, wie beispielsweise partnerschaftlicher Teilzeitregelungen, soll beiden Elternteilen eine gleichberechtigte Teilnahme am Berufs- und Familienleben ermöglichen. Solche Modelle tragen dazu bei, Erwerbs- und Care-Arbeit gerechter aufzuteilen und traditionelle Rollenbilder aufzubrechen.
- Familienfreundliche Arbeitsplätze fördern: Arbeitgeberinitiativen, die familienfreundliche Arbeitszeiten und Homeoffice-Optionen bieten, müssen stärker unterstützt werden. Familienfreundliche Arbeitsplätze schaffen nicht nur bessere Bedingungen für Eltern, sondern fördern auch die Produktivität und Zufriedenheit der Mitarbeitenden.
- Teilzeitausbildungen und Weiterbildungsangebote: Um Eltern den beruflichen Wiedereinstieg zu erleichtern und langfristige Karrierechancen zu sichern, sollen Teilzeitausbildungen und maßgeschneiderte Weiterbildungsprogramme ausgebaut werden. Diese Angebote ermöglichen es Eltern, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren und ihre berufliche Weiterentwicklung voranzutreiben.

Familienpolitik an gesellschaftliche Veränderungen anpassen

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ändern sich kontinuierlich, doch familienpolitische Maßnahmen hinken diesen Entwicklungen oft hinterher. Steigende Lebenshaltungskosten, neue Familienmodelle und die Herausforderungen des demografischen Wandels erfordern eine dynamische und flexible Politik.

Unterschiedliche Standards und Prioritäten zwischen Bund, Ländern und Kommunen erschweren zudem eine kohärente Umsetzung familienpolitischer Maßnahmen. Deshalb fordern wir:

- Regelmäßige Evaluierung familienpolitischer Maßnahmen: Familienpolitische Instrumente sollen regelmäßig und systematisch durch unabhängige Experten evaluiert werden. Dies ermöglicht eine objektive Bewertung ihrer Wirksamkeit und gewährleistet, dass politische Maßnahmen an aktuelle Bedürfnisse angepasst werden.
- Zentrales Koordinationsgremium für einheitliche Standards: Ein Koordinationsgremium zwischen Bund, Ländern und Kommunen soll eingerichtet werden, um einheitliche Standards sicherzustellen und schnell auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren zu können. Dies schafft Verlässlichkeit und Kohärenz in der Familienpolitik.
- Flexible Förderprogramme für unterschiedliche Lebensrealitäten: Flexible Förderprogramme sollen gezielt auf die verschiedenen Lebensrealitäten moderner Familien eingehen. Neue Familienmodelle sowie innovative Betreuungsformen müssen durch spezifische Programme unterstützt werden, um allen Familien gleichermaßen gerecht zu werden.

Seniorenpolitik: Altersgerechtes Wohnen und Teilhabe im Alter

Die demografische Entwicklung in Deutschland erfordert eine vorausschauende und ganzheitliche Seniorenpolitik. Die alternde Bevölkerung bringt wachsende Herausforderungen mit sich, die nicht nur die finanzielle Absicherung im Alter betreffen, sondern auch Themen wie altersgerechtes Wohnen, soziale Teilhabe und digitale Inklusion umfassen. Eine umfassende Strategie, die diese Handlungsfelder miteinander verknüpft, ist entscheidend, um die Lebensqualität im Alter nachhaltig zu verbessern.

Gestaltung einer altersgerechten Gesellschaft

Die demografische Entwicklung stellt Deutschland vor neue Herausforderungen. Die Zahl älterer Menschen wächst kontinuierlich, was die Nachfrage nach altersgerechten Leistungen und Angeboten in nahezu allen Lebensbereichen erheblich

erhöht. In München beispielsweise wird die Zahl der über 65-Jährigen bis 2040 von 270.000 auf 309.000 ansteigen. Um diesen Veränderungen gerecht zu werden, ist eine Seniorenpolitik erforderlich, die die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung aktiv aufgreift und Lösungen bietet. Deshalb fordern wir:

- **Ausbau barrierefreier und altersgerechter Wohnungen:** Der Bedarf an barrierefreien und altersgerechten Wohnungen steigt mit der älter werdenden Bevölkerung. Ein spezielles Förderprogramm für Kommunen und private Anbieter soll den Neubau solcher Wohnungen priorisieren. Subventionierte Bauprojekte mit altersgerechten Designs – darunter schwellenfreie Zugänge, breitere Türen und anpassbare Badezimmer – schaffen die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.
- **Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten:** Mehrgenerationen-Wohnmodelle bieten eine innovative Antwort auf die Herausforderungen der sozialen Isolation im Alter. Sie fördern den Austausch und die gegenseitige Unterstützung zwischen Senioren und jüngeren Generationen. Steuerliche Anreize für Bauträger und Investoren sollen den Bau solcher Projekte attraktiver machen. Zusätzlich sollen lokale Beratungsstellen eingerichtet werden, die Senioren und junge Familien bei der Suche nach geeigneten Mehrgenerationen-Wohnmodellen unterstützen.
- **Unterstützung für Umbaumaßnahmen in bestehenden Wohnungen:** Um älteren Menschen ein Verbleiben in ihrer vertrauten Umgebung zu ermöglichen, müssen Umbaumaßnahmen wie der Einbau von Treppenliften, barrierefreien Duschen oder Haltegriffen finanziell unterstützt werden. Ein unkompliziertes Antragsverfahren für Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen soll sicherstellen, dass notwendige Anpassungen schnell und unbürokratisch umgesetzt werden können.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut

Altersarmut ist ein wachsendes soziales Problem in Deutschland, das besonders ältere Frauen und hochbetagte Menschen betrifft. Über 22,4 % der über 80-Jährigen sind von Armut betroffen, wobei Frauen aufgrund geringerer Einkommen und unterbrochener Erwerbsbiografien im Durchschnitt um 9 Prozentpunkte häufiger betroffen sind als Männer. In einigen Regionen, wie Brandenburg, nehmen 40 bis 60 %

der Berechtigten ihre Ansprüche auf Grundsicherung nicht wahr – oft aus Scham oder wegen komplizierter Antragsverfahren. Folgende Maßnahmen fordern wir diesbezüglich:

- Vereinfachung von Antragsverfahren: Um den Zugang zu Grundsicherung und anderen Sozialleistungen zu erleichtern, sollen Antragsverfahren grundlegend vereinfacht werden. Eine automatisierte Prüfung der Anspruchsberechtigung kann Hürden abbauen und die Bearbeitungszeit verkürzen. Zudem sollen niedrigschwellige Beratungsangebote in sozialen Einrichtungen eingerichtet werden, um Seniorinnen und Senioren bei der Antragstellung gezielt zu unterstützen und über ihre Rechte aufzuklären.
- Finanzielle Unterstützung für alleinstehende Frauen: Alleinstehende Frauen sind besonders stark von Altersarmut betroffen. Ein spezieller Fonds soll eingerichtet werden, um die finanziellen Belastungen dieser Zielgruppe gezielt zu lindern. Zusätzlich können Erhöhungen der Freibeträge bei der Grundsicherung einen Anreiz schaffen, Ansprüche geltend zu machen, ohne dass Seniorinnen und Senioren eine vollständige Abhängigkeit von Sozialleistungen befürchten müssen.
- Erhöhung der Freibeträge und gezielte Fördermaßnahmen: Erhöhte Freibeträge bei der Grundsicherung bieten einen zusätzlichen Schutz vor Altersarmut und erhöhen die Akzeptanz der Inanspruchnahme von Sozialleistungen. Gleichzeitig sollen neue Förderprogramme ins Leben gerufen werden, um Seniorinnen und Senioren bei steigenden Lebenshaltungskosten zu entlasten.

Fachkräftemangel in der Altenpflege und Stärkung der Versorgung älterer Menschen

Der Mangel an Fachkräften in der Altenpflege und sozialen Altenarbeit stellt eine erhebliche Herausforderung dar. Die verzögerte Nachbesetzung offener Stellen beeinträchtigt die Qualität der Versorgung älterer Menschen und erhöht die Belastung für bestehendes Pflegepersonal. Der Mangel betrifft sowohl die professionelle Pflege als auch ehrenamtliche Angebote, die eine wichtige Ergänzung zur institutionellen Betreuung darstellen. Um eine qualitativ hochwertige und menschenwürdige Versorgung sicherzustellen, sind gezielte Maßnahmen erforderlich:

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege: Um den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, müssen die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden. Dazu gehören verbindliche Mindestlohnregelungen und gezielte Lohnsteigerungen speziell für Pflegekräfte. Flexible Arbeitszeitmodelle sollen dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Pflegekräfte zu erleichtern und die Berufswahl attraktiver zu machen.
- Ausbau der Ausbildungskapazitäten: Die staatlichen Zuschüsse für Ausbildungsstätten im Pflegebereich müssen erhöht werden, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Zusätzlich sollen Stipendienprogramme und Umschulungsmaßnahmen entwickelt werden, um Menschen aus anderen Berufsfeldern für die Altenpflege zu gewinnen. Dies bietet nicht nur neue Karriereemöglichkeiten, sondern trägt auch dazu bei, den Fachkräftemangel langfristig zu lindern.
- Förderung ehrenamtlicher Angebote: Ehrenamtliche Tätigkeiten sind eine wertvolle Ergänzung zur professionellen Pflege. Ein bundesweites Ehrenamtsprogramm soll Freiwillige durch Schulungen und finanzielle Anreize unterstützen, um deren Engagement zu fördern. Plattformen, die Ehrenamtliche mit Senioreneinrichtungen vernetzen, können die Vermittlung erleichtern und das Angebot an ehrenamtlichen Hilfsdiensten effizient ausbauen.

Soziale Isolation im Alter bekämpfen

Mit der zunehmenden Singularisierung der Gesellschaft steigt auch die Zahl alleinlebender Senioren. Derzeit leben etwa 20 % der Bevölkerung in Single-Haushalten, eine Zahl, die weiter wachsen wird. Diese Entwicklung führt dazu, dass immer mehr ältere Menschen von Einsamkeit und fehlender sozialer Teilhabe betroffen sind, was sowohl psychische als auch physische Belastungen nach sich ziehen kann. Um soziale Isolation zu bekämpfen, sind gezielte Maßnahmen notwendig, die Begegnung und Austausch fördern:

- Ausbau von Tagesstätten und Begegnungszentren: In jedem Stadtteil sollen neue Begegnungsorte geschaffen werden, die älteren Menschen niedrigschwellige Möglichkeiten zur Teilnahme an Aktivitäten bieten. Tagesstätten und Begegnungszentren können wichtige soziale Ankerpunkte sein, um Isolation zu verhindern. Zudem sollen mobile Dienste finanziert werden, die

Senioren bei der Anreise zu diesen Einrichtungen unterstützen, insbesondere bei eingeschränkter Mobilität.

- Förderung ehrenamtlicher Projekte: Lokale Initiativen wie Besuchsdienste leisten einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung von Einsamkeit. Die Förderung solcher Projekte ist essenziell. Dies schließt die finanzielle Unterstützung sowie die Organisation von Schulungen für Freiwillige ein, die Senioren begleiten oder betreuen. So wird das ehrenamtliche Engagement gestärkt und auf eine breite Basis gestellt.
- Nutzung digitaler Plattformen: Digitale Technologien können helfen, soziale Isolation zu reduzieren. Die Entwicklung seniorengerechter Apps soll es älteren Menschen erleichtern, Freizeitaktivitäten und soziale Treffpunkte zu organisieren. Virtuelle Netzwerke bieten darüber hinaus die Möglichkeit, mit Gleichgesinnten in Kontakt zu treten und neue Freundschaften zu knüpfen – auch über räumliche Grenzen hinweg.

Gleichstellung

Die PdF bekennt sich zur Gleichberechtigung, der Chancengleichheit und sozialen Gleichstellung aller Geschlechter und Menschen. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der niemand aufgrund von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder anderen individuellen Merkmalen benachteiligt oder bevorzugt wird. Behinderungen dürfen nicht zu Benachteiligungen führen. Gleichberechtigung, Chancengleichheit und soziale Gleichstellung ist für uns ein Grundpfeiler einer gerechten und inklusiven Gesellschaft.

Jugendpolitik

Die Jugend ist die Zukunft der Gesellschaft, doch viele junge Menschen fühlen sich politisch nicht ernst genommen und von den aktuellen Herausforderungen überfordert. Eine zukunftsorientierte Jugendpolitik muss gezielt auf die politischen und wirtschaftlichen Sorgen junger Menschen eingehen, um Vertrauen in die Demokratie zu stärken und ihnen Perspektiven zu bieten.

Politische Unzufriedenheit und Vertrauensverlust

Eine zunehmende politische Unzufriedenheit zeigt sich in alarmierenden Zahlen: 72 % der Jugendlichen glauben, dass ihre Ansichten für Politiker keine Rolle spielen, und 78 % fühlen sich politisch machtlos. Diese Entwicklung birgt das Risiko eines gesellschaftlichen Rechtsrucks und einer Abkehr von demokratischen Werten. Um dem entgegenzuwirken, sind konkrete Maßnahmen erforderlich:

- Förderung von Jugendbürgerräten: Jugendbürgerräte sollen gefördert werden, da sie jungen Menschen die Möglichkeit geben, direkten Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Diese Form der Partizipation stärkt das Vertrauen in die Demokratie und gibt der Jugend eine echte Stimme in politischen Prozessen.
- Digitale Plattformen für Mitsprache: Niedrigschwellige und interaktive digitale Plattformen sollen es Jugendlichen erleichtern, ihre Anliegen und Meinungen einzubringen. Diese Plattformen fördern nicht nur die Beteiligung, sondern schaffen auch Transparenz und einen direkten Dialog zwischen Jugend und Politik.
- Ausweitung der politischen Bildung: Um demokratische Werte und Beteiligungsmöglichkeiten zu stärken, muss die politische Bildung in Schulen ausgeweitet werden. Jugendliche sollen die notwendigen Kompetenzen und das Wissen erhalten, um sich aktiv in gesellschaftliche Prozesse einzubringen und ihre politischen Rechte wahrzunehmen.

Wirtschaftliche und soziale Sorgen

Neben politischer Unzufriedenheit belasten auch wirtschaftliche und soziale Sorgen die junge Generation. 65 % der Jugendlichen machen sich aufgrund der Inflation Sorgen um ihre finanzielle Zukunft, 54 % empfinden Wohnraum als zu teuer, und 48% fürchten sich vor Altersarmut. Diese Ängste müssen durch gezielte politische Maßnahmen aufgegriffen werden:

- Bezahlbarer Wohnraum: Durch Investitionen in Sozialwohnungen und Wohnheime speziell für junge Menschen soll bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Junge Menschen brauchen sichere und finanzierbare Wohnmöglichkeiten, um ihre Eigenständigkeit zu entwickeln.

- Jugendzuschuss gegen Inflation: Ein spezieller Jugendzuschuss soll inflationsbedingte Mehrkosten abfedern und finanzielle Sicherheit bieten.
- Reform des Rentensystems: Um die Angst vor Altersarmut zu reduzieren, muss das Rentensystem reformiert werden (siehe unsere Reformen zur Rente).

Mentale Gesundheit

Die psychische Gesundheit junger Menschen ist zunehmend gefährdet. Digitale Übernutzung, der Einfluss sozialer Medien und schulisches Mobbing belasten viele Jugendliche. Diese Herausforderungen erfordern entschlossenes Handeln:

- Aufbau eines Netzes von Beratungsstellen: Ein flächendeckendes Netz an niedrigschwelligen Beratungsstellen für psychische Gesundheit soll jungen Menschen schnellen und unbürokratischen Zugang zu Unterstützung bieten. Diese Anlaufstellen dienen als erste Hilfe bei psychischen Belastungen und fördern frühzeitige Interventionen.
- Förderung von digitaler Medienkompetenz: Programme für digitale Medienkompetenz sollen einen bewussten Umgang mit Technologie fördern. Ziel ist es, Jugendliche für die Risiken von digitalem Überkonsum und den Einfluss sozialer Medien zu sensibilisieren und sie in die Lage zu versetzen, digitale Inhalte kritisch zu hinterfragen.
- Integration mentaler Gesundheit in den Schulalltag: Schulen spielen eine entscheidende Rolle in der Förderung der psychischen Gesundheit. Spezialisierte Angebote wie Schulpsychologen, Achtsamkeitsprogramme und Anti-Mobbing-Initiativen sollen fest in den Schulalltag integriert werden. Besonders an Brennpunktschulen mit ausgeprägten Mobbingproblemen sind Disziplinprogramme notwendig, die ein respektvolles und unterstützendes Lernumfeld fördern. Diese Maßnahmen greifen in die umfassenderen Reformen der Bildungspolitik ein und schaffen langfristige Lösungen.

Generationengerechtigkeit

Trotz zunehmender Zukunftssorgen glauben viele junge Menschen an die demokratische Ordnung, fordern jedoch mehr Mitsprache und eine stärkere

Berücksichtigung ihrer Anliegen. Generationengerechtigkeit bedeutet, dass die Interessen der jungen Generation in politischen Prozessen aktiv berücksichtigt werden. Projekte, die den Dialog zwischen Generationen fördern, leisten einen wichtigen Beitrag zur Überwindung von Vorurteilen und zur Entwicklung nachhaltiger Zukunftslösungen. Diese Initiativen schaffen ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse und Erwartungen verschiedener Altersgruppen und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt

Geschlechtsspezifische Gewalt stellt in Deutschland ein gravierendes Problem dar, das nicht nur individuelle Schicksale betrifft, sondern eine gesellschaftliche Herausforderung darstellt. Im Jahr 2023 wurden 938 versuchte Femizide registriert, bei denen 360 Frauen und Mädchen getötet wurden. Die überwältigende Mehrheit der Täter in Fällen sexualisierter Gewalt ist männlich: Bei Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexuellem Übergriff liegt der Anteil männlicher Tatverdächtiger bei 98,9 %, bei sexueller Belästigung bei 98,7 %. Trotz dieser alarmierenden Zahlen sind die Schutz- und Unterstützungsangebote unzureichend, insbesondere in ländlichen Regionen, wo es an flächendeckenden Hilfestrukturen und qualifiziertem Personal mangelt. Gleichzeitig fehlt eine einheitliche Finanzierung, was zu regionalen Ungleichheiten führt. Um diesem Problem wirksam zu begegnen, sind weitreichende Maßnahmen auf gesellschaftlicher, struktureller und gesetzlicher Ebene erforderlich.

Ausbau von Schutz- und Unterstützungsangeboten

Frauenhäuser und Beratungsstellen sind überfüllt und oft unzureichend finanziert. Um den Anforderungen der Istanbul-Konvention gerecht zu werden, ist der Ausbau auf 21.000 Schutzplätze notwendig. Insbesondere in ländlichen Regionen müssen flächendeckend zugängliche Einrichtungen geschaffen werden. Ein bundesweites Finanzierungsgesetz für Frauenhäuser und Beratungsstellen kann regionale Unterschiede beseitigen und sicherstellen, dass alle Betroffenen gleichwertige Unterstützung erhalten.

Bildung und Aufklärung

Systematische Aufklärungskampagnen sind essenziell, um gesellschaftliches Bewusstsein für die Problematik geschlechtsspezifischer Gewalt zu schaffen. Ziel ist es, über Warnsignale, gesellschaftliche Hintergründe und Unterstützungsangebote zu informieren. Schulen, Medien und öffentliche Einrichtungen sollen in diesen Prozess einbezogen werden, um eine breite Sensibilisierung zu erreichen.

Verpflichtende Schulungen

Beschäftigte in Gesundheits- und Rechtsberufen spielen eine Schlüsselrolle bei der Erkennung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt. Verpflichtende Schulungen sollen ihnen die Fähigkeit vermitteln, Risikofaktoren und Warnzeichen frühzeitig zu identifizieren und angemessen zu handeln.

Strafrechtliche Reformen

Um geschlechtsspezifische Gewalt effektiver zu bekämpfen, bedarf es umfassender strafrechtlicher Anpassungen:

- Einführung eines eigenständigen Straftatbestands häuslicher Gewalt: Derzeitige Regelungen bewerten einzelne Taten getrennt und führen häufig zu milderen Strafen. Ein eigenständiger Paragraph im Strafgesetzbuch kann die besondere Schwere häuslicher Gewalt angemessen würdigen.
- Anhebung der Strafrahmen: Höhere Mindest- und Höchststrafen sollen die Ernsthaftigkeit dieser Taten widerspiegeln und eine stärkere abschreckende Wirkung entfalten. Der Absatz zu minder schweren Fällen in § 177 StGB sollte abgeschafft werden, um die Gleichbehandlung aller Opfer sicherzustellen.
- Gleichstellung psychischer und körperlicher Gewalt: Psychische Gewalt kann ebenso schwere und langfristige Folgen haben wie körperliche Gewalt. Eine gesetzliche Gleichstellung in der Bewertung der Tatschwere und des Strafmaßes ist notwendig.
- Sorgerechtsentzug für Täter: Verurteilten Tätern häuslicher oder sexualisierter Gewalt soll das Sorgerecht entzogen werden, um die Sicherheit betroffener Kinder und Familien zu gewährleisten.

Geschlechtsspezifische Gewalt darf nicht länger als privates Problem betrachtet werden. Durch gezielte Präventionsmaßnahmen, den Ausbau von

Unterstützungsstrukturen und konsequente strafrechtliche Reformen muss der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt zur gesamtgesellschaftlichen Priorität werden.

Schutz von Kindern vor Gewalt und Missbrauch

Gewalt gegen Kinder ist ein schwerwiegendes gesellschaftliches Problem, das oft im Verborgenen bleibt. Die bestehenden Schutzstrukturen reichen nicht aus, um gefährdete Kinder wirksam zu unterstützen und Gewalt rechtzeitig zu erkennen. Es bedarf eines umfassenden Ansatzes, der Prävention, Schutz und therapeutische Begleitung in den Mittelpunkt stellt.

- **Stärkung des Kinderschutzes:** Standardisierte Verfahren zur Erkennung von Gewalt und Missbrauch sollen flächendeckend in Schulen, Kindergärten und im Gesundheitswesen eingeführt werden. Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher sowie medizinisches Personal müssen in der Lage sein, frühzeitig Anzeichen von Gewalt oder Vernachlässigung zu identifizieren und angemessen darauf zu reagieren. Der Ausbau spezialisierter Kinderschutzeinrichtungen und Notunterkünfte ist notwendig, um gefährdeten Kindern in akuten Situationen Schutz zu bieten. Diese Einrichtungen müssen ausreichend finanziert und mit qualifiziertem Personal ausgestattet werden.
- **Interdisziplinäre Zusammenarbeit:** Die Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern, Schulen, Polizei und Gesundheitsdiensten. Um die Bearbeitung von Risikofällen schneller und effizienter zu gestalten, soll ein digitales System zur Vernetzung und Dokumentation von Maßnahmen eingeführt werden. Dieses System ermöglicht einen besseren Austausch von Informationen und verhindert Verzögerungen durch mangelnde Kommunikation zwischen den beteiligten Stellen.
- **Therapeutische Unterstützung:** Kinder, die Gewalt oder Missbrauch erfahren haben, benötigen langfristige psychologische Begleitung, um Traumata zu bewältigen. Der Ausbau von Beratungsangeboten für betroffene Kinder und ihre Familien ist essenziell. Spezialisierte Fachkräfte sollen die Kinder nicht nur

kurzfristig unterstützen, sondern sie über einen längeren Zeitraum begleiten, um ihre psychische Stabilität und Entwicklung zu fördern.

Reform des §218 StGB

Die aktuelle Regelung zu Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland steht seit Jahren in der Kritik. Nach §218 StGB des Strafgesetzbuches sind Abbrüche grundsätzlich illegal, bleiben jedoch unter bestimmten Bedingungen straffrei. Diese gesetzlichen Vorgaben werden von vielen Frauen als bevormundend empfunden, insbesondere die Pflicht zur vorherigen Beratung. Zusätzlich belasten die hohen Kosten für Abtreibungen Frauen, insbesondere aus einkommensschwachen Verhältnissen, erheblich. Eine Forsa-Umfrage zeigt, dass 72 % der Bevölkerung eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den ersten zwölf Wochen befürworten. Es besteht ein deutlicher Reformbedarf, um Frauen in dieser schwierigen Lebenssituation besser zu unterstützen. Wir fordern eine grundlegende Reform:

- Legalisierung: Schwangerschaftsabbrüche sollen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche legalisiert und die Regelungen aus dem Strafgesetzbuch in das Schwangerschaftskonfliktgesetz verlagert werden. Diese Maßnahme entkriminalisiert den Eingriff und ermöglicht eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema abseits strafrechtlicher Konnotationen.
- Freiwillige statt verpflichtende Beratung: Die Pflicht zur Beratung vor einem Abbruch wird in ein freiwilliges Rechtsanspruchsangebot umgewandelt. Ziel ist es, Frauen in ihrer Entscheidungsfindung zu unterstützen, ohne sie zu bevormunden oder unter Druck zu setzen. Eine freiwillige Beratung stärkt die Selbstbestimmung der Frauen und bietet gleichzeitig die notwendige Unterstützung in einer schwierigen Lebenslage.
- Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen: Um finanzielle Barrieren abzubauen, sollen die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden. Dies schafft gleiche Zugangsmöglichkeiten für alle Frauen, unabhängig von ihrer Einkommenssituation.
- Förderung einer offenen gesellschaftlichen Debatte: Eine Reform des §218 sollte von einer offenen und sachlichen gesellschaftlichen Debatte begleitet

werden, die einen Ausgleich zwischen den Rechten der Frauen und dem Schutz ungeborenen Lebens sucht. Der Dialog über dieses sensible Thema ist essenziell, um gesellschaftliche Akzeptanz für die Reformen zu schaffen und gleichzeitig unterschiedliche Perspektiven zu berücksichtigen.

Eine Reform des §218 StGB ist ein wichtiger Schritt, um Frauenrechte zu stärken und gesellschaftliche Realität und gesetzliche Regelungen in Einklang zu bringen.

VII Bildung, Forschung, Kultur und Medien

Standardisierung und Zentralisierung des Schulsystems

Das föderale Schulsystem in Deutschland steht vor erheblichen Herausforderungen. Unterschiedliche Lehrpläne und Abschlussprüfungen zwischen den Bundesländern führen zu Bildungsungleichheit und erschweren den Wechsel zwischen Bundesländern für Schülerinnen, Schüler und ihre Eltern. Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet eine Standardisierung und Zentralisierung, um einheitliche und hochwertige Bildungsstandards sicherzustellen, weswegen wir das Schulsystem grundlegend reformieren möchten:

- Einführung eines bundesweit einheitlichen Schulsystems: Ein zentralisiertes Schulsystem soll durch die Einführung eines bundesweiten Lehrplans grundlegende Anforderungen in den Kernfächern standardisieren. Abschlussprüfungen wie die Mittlere Reife und das Abitur sollen zentral organisiert werden, um deutschlandweit einheitliche und hochwertige Standards zu garantieren. Die Abschaffung der länderspezifischen Bildungsverwaltung zugunsten einer zentralen Bundesbehörde mit einheitlicher Finanzierung ermöglicht es, regionale Qualitätsunterschiede zu überwinden und das höchstmögliche Bildungsniveau flächendeckend zu sichern. Ergänzend sollen verpflichtende Jahre in Kitas eine solide Grundlage für die spätere Schullaufbahn schaffen.
- Ein durchlässiges Schulsystem für individuelle Förderung: Das Schulsystem muss stärker auf die individuellen Fähigkeiten und Interessen der Schülerinnen und Schüler eingehen. Ein durchlässiges Modell ermöglicht flexible

Anpassungen an den jeweils erreichbaren Bildungsabschluss. Eine Orientierung am finnischen Bildungssystem, das gezielte Förderung und Berufsvorbereitung miteinander verbindet, kann langfristig als Vorbild dienen. Eine gezielte Aufteilung der Schülerinnen und Schüler nach Interessen und Stärken unterstützt eine bessere Vorbereitung auf berufliche und akademische Laufbahnen. Gleichzeitig sollen Sonderschulen als ergänzende Institutionen für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen bestehen bleiben. In Bundesländern, in denen es keine oder nur noch wenige Sonderschulen gibt, sollen diese wieder eingeführt werden, um eine bedarfsgerechte Förderung sicherzustellen.

Ein standardisiertes und zentralisiertes Schulsystem mit einheitlichen, hochwertigen Bildungsstandards und einer individuellen Förderung schafft Chancengleichheit und eröffnet allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, ihr volles Potenzial zu entfalten.

Politischer Paradigmenwechsel „Meister und Master“

Das deutsche Bildungssystem ist derzeit stark auf die Hochschulreife und akademische Bildung ausgerichtet, was eine zentrale Schwäche darstellt. Dieser Fokus führt nicht nur zur Vernachlässigung handwerklicher Berufe, sondern verschärft auch den akuten Fachkräftemangel, der die Wirtschaft und Gesellschaft erheblich belastet. Um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, ist ein nachhaltiges Bildungskonzept erforderlich, das die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung nicht nur anerkennt, sondern aktiv fördert. Unser Vorschlag eines reformierten Schulsystems setzt genau hier an:

- Gleichwertigkeit von „Meister“ und „Master“: Durch die formale und gesellschaftliche Gleichstellung von Meister- und Masterabschlüssen sollen handwerkliche Fähigkeiten und berufliche Bildung als gleichwertige Alternativen zur akademischen Laufbahn etabliert werden. Diese Neubewertung trägt dazu bei, individuelle Talente zu fördern und gleichzeitig dem Fachkräftemangel nachhaltig entgegenzuwirken.
- Integration praktischer Kompetenzen in den schulischen Lehrplan: Das Schulsystem muss praktische Kompetenzen als zentralen Bestandteil der

Curricula aufnehmen. Durch frühzeitige Vermittlung von handwerklichen Fähigkeiten und die Möglichkeit, diese in der Schullaufbahn weiterzuentwickeln, wird die Basis für eine bessere Anerkennung beruflicher Bildung geschaffen.

- Gesellschaftliche Neubewertung beruflicher Bildung: Ein politischer Paradigmenwechsel ist notwendig, um die gesellschaftliche Wahrnehmung von handwerklichen und beruflichen Karrieren zu verändern. Neben der formalen Gleichstellung müssen die Bedeutung und der Beitrag dieser Berufe zur Gesellschaft sichtbarer gemacht und stärker gewürdigt werden.

Balance zwischen Integration und Inklusion

Ein integratives Schulsystem, das unterschiedliche Leistungsniveaus zusammenführt, kann dazu beitragen, ein positives Miteinander zu fördern und schädliches Konkurrenzdenken zu vermeiden. Dabei muss jedoch sichergestellt werden, dass diese Integration keine Nachteile für die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler mit sich bringt.

Die PdF spricht sich für eine Balance zwischen Integration und individueller Förderung aus. Eine vollständige Inklusion lehnen wir ab, da sie in ihrer derzeitigen Umsetzung oft zu einer Überforderung der Lehrkräfte führt. Oftmals wird das Niveau bewusst abgesenkt, um allen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden – eine Entwicklung, die wir vermeiden wollen. Unser Ziel ist es, eine integrative Schulpolitik zu gestalten, die sowohl das soziale Miteinander stärkt als auch sicherstellt, dass alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert werden. Spezifische Förderangebote und Sonderschulen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen sollen als ergänzende Institutionen bestehen bleiben.

Bewegung und Schwimmen als feste Bestandteile des Lehrplans

Körperliche Aktivität und Schwimmfähigkeiten sind essenziell für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Dennoch fehlt es vielen Schulen an einer systematischen Verankerung von Bewegung und Schwimmunterricht im Lehrplan. Die PdF fordert daher, dass Sport und Schwimmunterricht ab dem Schulbeginn

verpflichtend in den Lehrplan aufgenommen werden. Neben der Vermittlung von Grundfähigkeiten wie Schwimmen sollen Schülerinnen und Schüler Einblicke in eine Vielzahl von Sportarten erhalten. Diese Diversität ermöglicht es, individuelle Interessen zu fördern und den Zugang zu Bewegung für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrem sozialen oder familiären Hintergrund zu gewährleisten. Die Integration von Bewegung in den Schulalltag trägt nicht nur zur physischen Gesundheit bei, sondern fördert auch Konzentration, Teamgeist und mentale Stärke.

Alltagsfähigkeiten vermitteln

Viele junge Menschen verlassen die Schule ohne grundlegende Alltagsfähigkeiten, die für ein selbstständiges Leben notwendig sind. Themen wie Steuererklärungen, Versicherungen, Wohnungssuche oder finanzielle Planung finden im Unterricht kaum Beachtung. Insbesondere Schülerinnen und Schüler, die nicht auf elterliche Unterstützung zurückgreifen können, sind dadurch oft überfordert und haben Schwierigkeiten beim Übergang in die Selbstständigkeit. Die PdF fordert eine Anpassung der Lehrpläne, die die Vermittlung von Alltagskompetenzen als festen Bestandteil in den Abschlussklassen integriert. Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer familiären Prägung mit den notwendigen Fähigkeiten auszustatten, um ein souveränes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Durch diese Maßnahmen können Qualitätsunterschiede in der elterlichen Erziehung ausgeglichen und allen jungen Menschen ähnliche Chancen geboten werden. Die Schulen übernehmen so nicht nur die Aufgabe der Wissensvermittlung, sondern leisten auch einen entscheidenden Beitrag zur Lebenskompetenz der nächsten Generation.

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab der Grundschule

Die Einführung eines Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung ab dem Grundschulalter wird in Deutschland kontrovers diskutiert. Während solche Maßnahmen in der Theorie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern könnten, stehen dem in der Praxis erhebliche Herausforderungen gegenüber, die einer sorgfältigen Abwägung bedürfen.

Ein sofortiger Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bringt erhebliche Risiken mit sich:

- **Fachkräftemangel:** Der ohnehin bestehende Mangel an qualifiziertem Betreuungspersonal erschwert es bereits jetzt, den Bedarf zu decken. Ein zusätzlicher Rechtsanspruch würde die Situation verschärfen und zu einer Überlastung des Systems führen.
- **Finanzielle Belastungen für Kommunen:** Die Einführung eines solchen Anspruchs würde die finanziellen Ressourcen der Kommunen weiter strapazieren. In vielen Fällen fehlt bereits die notwendige Infrastruktur, um den bestehenden Bedarf zu bedienen, geschweige denn eine umfassende Ganztagsbetreuung einzuführen.
- **Ressourcenbindung und unterschiedliche Bedürfnisse:** Nicht alle Familien benötigen oder wünschen eine ganztägige Betreuung. Ein universeller Rechtsanspruch könnte Ressourcen binden, die in anderen Bereichen – etwa in der Verbesserung der Betreuungsqualität oder der frühkindlichen Bildung – dringender benötigt werden.
- **Qualitätsrisiken und Verlust von Familienzeit:** Ein zu schneller Ausbau der Ganztagsbetreuung könnte die Qualität der Angebote gefährden, insbesondere wenn Einrichtungen nicht ausreichend ausgestattet oder das Personal nicht ausreichend ausgebildet ist. Zudem könnte ein umfassender Rechtsanspruch unbeabsichtigt den wichtigen Raum für Familienzeit einschränken.

Langfristige Lösung

Eine flächendeckende Ganztagsbetreuung kann nur erfolgreich und akzeptiert sein, wenn grundlegende Herausforderungen wie die Finanzierung, der Fachkräftemangel und die Einhaltung von Qualitätsstandards gelöst werden. Langfristig ist eine sorgfältige Planung notwendig, um den Bedürfnissen der Familien gerecht zu werden, ohne das bestehende System zu überlasten. Investitionen in die Ausbildung von Fachkräften, der Ausbau qualitativ hochwertiger Einrichtungen und eine flexible Anpassung der Betreuung an die individuellen Lebensrealitäten der Familien sind der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung. Die PdF spricht sich gegen eine vor-schnelle Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung aus und

plädiert stattdessen für eine langfristige, bedarfsorientierte und qualitative Verbesserung des Betreuungsangebots. Eine durchdachte Umsetzung ist entscheidend, um die Balance zwischen beruflichen Anforderungen und familiärem Zusammenhalt zu wahren und den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Vermittlung von Medienkompetenz

In einer zunehmend digitalisierten Welt ist die Vermittlung von Medienkompetenz eine unverzichtbare Grundlage für die berufliche und persönliche Entwicklung. Schülerinnen und Schüler müssen frühzeitig den Umgang mit aktuellen IT-Werkzeugen wie PowerPoint, Excel und weiteren digitalen Anwendungen lernen, um sich auf die Anforderungen des Berufslebens vorzubereiten. Darüber hinaus ist der richtige Umgang mit Social-Media-Plattformen ein wesentlicher Bestandteil eines modernen Lehrplans, um ein Bewusstsein für Chancen und Risiken der digitalen Welt zu schaffen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen auch Lehrkräfte entsprechend geschult werden. Gezielte Weiterbildungsprogramme können sicherstellen, dass sie über das notwendige Wissen und die Kompetenzen verfügen, um Medienkompetenz effektiv zu vermitteln. Nur so kann der Unterricht zeitgemäß gestaltet und die Schülerinnen und Schüler optimal auf die Herausforderungen der digitalen Zukunft vorbereitet werden.

Lohnsteuerfreiheit für Studierende und Auszubildende

Junge Menschen, die sich in einer Ausbildung oder einem Studium befinden, sind oft finanziell stark belastet. Trotz geringer Einkommen und staatlicher Unterstützung fallen für viele von ihnen Steuern an, die ihre ohnehin begrenzten finanziellen Mittel weiter schmälern. Um jungen Menschen den Einstieg in die Ausbildung und das Berufsleben zu erleichtern, sind gezielte Maßnahmen zur finanziellen Entlastung und Unterstützung notwendig.

- Lohnsteuerfreiheit für Auszubildende und Studierende: Die Einführung einer gedeckelten Steuerbefreiung für Ausbildungsvergütungen und Werkstudenteneinkünfte bietet jungen Menschen eine spürbare finanzielle Entlastung. Dies ermöglicht ihnen, sich auf ihre Ausbildung oder ihr Studium zu konzentrieren, ohne durch zusätzliche finanzielle Belastungen eingeschränkt zu

werden. Eine solche Maßnahme unterstreicht die Wertschätzung der Gesellschaft für Bildung und berufliche Qualifikation.

- Reform der KfW-Kredite: Die aktuellen Konditionen für KfW-Bildungskredite belasten Studierende mit hohen Zinsen, die für eine staatliche Förderbank unangemessen sind. Eine Reform dieser Kredite ist dringend erforderlich. Vorschläge umfassen die Einführung von zinsfreien Rückzahlungsmodellen oder einer Zinsdeckelung, um die finanzielle Belastung für Studierende zu reduzieren. Bildung sollte als gemeinnützige Investition betrachtet werden, die der gesamten Gesellschaft zugutekommt, und nicht durch hohe Rückzahlungskosten erschwert werden.

Eine Steuerentlastung für junge Menschen und fairere Konditionen bei Bildungskrediten sind essenziell, um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Sie schaffen die Grundlage dafür, dass Studierende und Auszubildende ihre beruflichen Ziele erreichen können, ohne von finanziellen Sorgen ausgebremst zu werden.

Lebenslanges Lernen

Die fortschreitende Digitalisierung und der technologische Wandel erfordern eine ständige Anpassung der Fähigkeiten und Kenntnisse aller Generationen. Lebenslanges Lernen wird somit zu einem zentralen Element einer zukunftsorientierten Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik.

- Kostenlose oder subventionierte Weiterbildungsprogramme: Allen Erwachsenen sollen niederschwellige und erschwingliche Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf Kursen in den Bereichen Digitalisierung und neue Technologien.
- Kooperationen mit Unternehmen und Hochschulen: Durch die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Hochschulen sollen praxisnahe Weiterbildungsprogramme entwickelt werden, die den aktuellen und zukünftigen Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen. Diese Kooperationen ermöglichen es, Theorie und Praxis effektiv miteinander zu verbinden und den Wissenstransfer in die Arbeitswelt zu fördern.

Verbesserung der Lehrkräfteausbildung und Infrastruktur

Eine zukunftsfähige Bildungspolitik erfordert sowohl die Qualifizierung und Unterstützung von Lehrkräften als auch eine Modernisierung der schulischen Infrastruktur. Der Mangel an qualifizierten Lehrkräften, insbesondere in ländlichen Regionen und in MINT-Fächern, sowie die unzureichende Ausstattung von Schulen mit moderner Technologie und digitalen Lehrmitteln gehören zu den größten Herausforderungen des deutschen Bildungssystems.

- **Modernisierung der Lehrkräfteausbildung:** Die Ausbildungsstandards für Lehrkräfte müssen überarbeitet werden, um praxisnahe Kompetenzen stärker zu fördern. Die Einführung praxisorientierter Module und dualer Lehramtsstudiengänge, die Studium und praktische Ausbildung kombinieren, erleichtert den Übergang in den Lehrerberuf und stärkt die Relevanz der Ausbildung. Solche Modelle bieten besonders in ländlichen Regionen Anreize, wo der Lehrermangel besonders gravierend ist.
- **Attraktive Bedingungen für Quereinsteiger:** Um den Lehrermangel zu beheben, sollen Quereinsteiger mit beruflicher Praxiserfahrung durch attraktive Konditionen an den Lehrerberuf herangeführt werden. Voraussetzung ist jedoch eine pädagogische Qualifikation, die durch spezifische Schulungsprogramme ergänzt werden kann. Quereinsteiger bereichern den Unterricht durch praxisnahe Perspektiven und tragen dazu bei, Schülerinnen und Schüler besser auf das spätere Leben vorzubereiten.
- **Digitalisierung der Schulen:** Die Digitalisierung der Schulen ist unverzichtbar. Ein flächendeckender Breitbandanschluss, moderne Technik und smarte Lehrmethoden sollen den Unterricht zukunftsfähig machen. Der Einsatz von IT im Unterricht muss in modernisierten Lehrplänen verankert werden, um digitale Kompetenzen frühzeitig zu fördern. Verbindliche Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich IT sind für alle Lehrkräfte essenziell, um deren Kompetenz und Einsatzbereitschaft in digitalen Themen zu gewährleisten.
- **Sanierung und Ausbau von Schulen:** Ein Sonderbudget für die Sanierung und den Ausbau von Schulen ist notwendig, um eine sichere und moderne Lernumgebung zu schaffen. Investitionen in Schulgebäude und Ausstattung

verbessern nicht nur die Lernbedingungen, sondern tragen auch zur Attraktivität des Lehrerberufs bei.

- Leistungsbeurteilungen für Lehrkräfte: Die Qualität des Unterrichts sollte regelmäßig bewertet werden. Ein transparentes Beurteilungssystem, das den Einsatz von Medien, die pädagogische Kompetenz und die soziale Kompetenz der Lehrkräfte berücksichtigt, kann als Werkzeug zur Verbesserung der Unterrichtsqualität dienen. Ergänzend sollen individuelle Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden. Schulleitungen übernehmen die Verantwortung für die Umsetzung der Leistungsbeurteilungen und dienen als neutrale Anlaufstelle für Schülerinnen, Schüler und Eltern bei eklatanten Verfehlungen von Lehrkräften.
- Bürokratieabbau: Die Kernaufgabe der Lehrkräfte ist die Wissensvermittlung und die Vorbildfunktion, nicht das Ausfüllen von Berichten. Durch den gezielten Abbau bürokratischer Aufgaben wird die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte reduziert und ihre Energie auf den Unterricht fokussiert.

Mit diesen Maßnahmen wird eine moderne, qualitätsorientierte und zukunftssichere Bildungslandschaft geschaffen, die Schülerinnen und Schüler optimal auf die Herausforderungen des Lebens vorbereitet und gleichzeitig Lehrkräfte in ihrer wichtigen Aufgabe unterstützt.

Disziplinprobleme in deutschen Schulen

Zunehmende Disziplinprobleme in deutschen Schulen beeinträchtigen den Unterrichtsablauf und das Lernklima erheblich. Laut Umfragen stellen Lehrkräfte dies als eine der größten Herausforderungen ihres Berufsalltags dar. Sinkendes Autoritätsbewusstsein bei Schülerinnen und Schülern, fehlende Unterstützung durch Eltern sowie steigende Gewalt unter Jugendlichen – teils auch gegen Lehrkräfte – erfordern ein entschlossenes Handeln, um ein sicheres und produktives Lernumfeld zu gewährleisten, weshalb wir folgende Maßnahmen fordern:

- Sicherstellung eines sicheren Umfelds: In Schulen mit hoher Gewaltproblematik sollen präventive Maßnahmen wie die regelmäßige Präsenz von Polizeikräften eingeführt werden. An Schulen, an denen das Mitbringen von Waffen ein Problem darstellt, sollen als Ultima Ratio stichprobenartige

Sicherheitskontrollen, beispielsweise durch Metalldetektoren, für mehr Sicherheit sorgen. Bei Verstößen sollen nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch deren Eltern zur Verantwortung gezogen werden, um präventive Wirkung zu erzielen.

- Durchsetzung klarer Regeln und konsequenter Strafen: Ein strukturierter Rahmen von Regeln und Konsequenzen ist notwendig, um Disziplinprobleme zu bewältigen. Bei schweren Regelverstößen sollen zeitweilige Suspensionen oder Schulausschlüsse erfolgen. Ergänzend dazu können verpflichtende Maßnahmen wie Anti-Gewalt-Trainings und Konfliktlösungsseminare eingeführt werden, um die Schülerinnen und Schüler langfristig auf einen respektvollen Umgang vorzubereiten.
- Präventive Programme: Prävention ist der Schlüssel zur langfristigen Verbesserung des Schulklimas. Programme wie „Faustlos“ oder „Coolness-Training“ fördern soziale Kompetenzen, Konfliktlösungsstrategien und Respekt. Ergänzend dazu sollen Maßnahmen wie verpflichtende Anti-Gewalt-Workshops oder teamorientierte Disziplintrainings angeboten werden. Letztere können auch sportliche Elemente beinhalten, um ein Gemeinschaftsgefühl zu stärken und Disziplin spielerisch zu fördern.
- Zielgerichtete Ressourcen für Brennpunktschulen: Schulen in sozial schwierigen Umfeldern benötigen gezielte finanzielle Unterstützung. Diese Mittel sollen in die Verbesserung der Infrastruktur, in zusätzliches Personal und in Sicherheitsmaßnahmen fließen. Eine Begrenzung der Klassengröße ermöglicht eine individuellere Betreuung und hilft, Störungen im Unterricht zu minimieren.
- Schulinterne Konfliktlösungsstrukturen: Schüler-Lehrer-Gremien sollen geschaffen werden, um kleinere Regelverstöße zu bearbeiten und Wiedergutmachungsmaßnahmen zu beschließen. Ältere Schülerinnen und Schüler oder externe Freiwillige können auffällige Jugendliche begleiten und ihnen Orientierung sowie Unterstützung bieten.
- Einbindung der Eltern: Die Elternschaft muss stärker in die erzieherische Verantwortung eingebunden werden. Statt einer Beschwerdekultur soll eine proaktive Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Eltern gefördert

werden. Durch eine gemeinsame Reflexion und Informationsaustausch im familiären Umfeld können Probleme frühzeitig erkannt und gelöst werden.

Durch die Schaffung eines sicheren und respektvollen Schulklimas wird nicht nur das Lernumfeld verbessert, sondern auch das Vertrauen in die Institution Schule gestärkt.

Elternunabhängiges BAföG

Das aktuelle BAföG-System in Deutschland ist maßgeblich vom Einkommen der Eltern abhängig, was häufig zu Herausforderungen für Studierende führt. Obwohl das Ziel des BAföG darin besteht, jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen, trägt die bestehende Regelung nicht immer zur Bildungsgerechtigkeit bei. Es gibt keine festen Einkommensgrenzen, sondern individuell berechnete Freibeträge und Faktoren, die die Förderhöhe bestimmen. Überschreitet das Einkommen der Eltern diese Grenzen, entfällt die Förderung – unabhängig von der tatsächlichen finanziellen Situation der Studierenden.

- Einführung eines elternunabhängigen BAföG-Systems: Zukünftig soll das BAföG unabhängig vom Einkommen der Eltern ermittelt und ausgezahlt werden. Die aktuelle Regelung zwingt viele Studierende, auf finanzielle Unterstützung durch ihre Eltern angewiesen zu sein. In manchen Fällen müssen sie diese sogar rechtlich einfordern, was zu familiären Konflikten führen kann. Eine elternunabhängige Förderung würde diese Abhängigkeit reduzieren und den Zugang zur Bildung vereinfachen.
- Förderung der Bildungsgerechtigkeit: Die Einführung eines elternunabhängigen BAföG-Systems trägt zur Bildungsgerechtigkeit bei, indem es allen jungen Menschen gleiche Chancen auf eine hochwertige Ausbildung bietet – unabhängig von der sozialen Herkunft. Die Anrechnung des Elterneinkommens wird häufig als hinderlich empfunden, da sie nicht immer die tatsächliche finanzielle Situation der Studierenden berücksichtigt.
- Vermeidung von Abhängigkeit und Konflikten: Die gegenwärtige Annahme, dass Eltern ihre Kinder während des Studiums finanziell unterstützen, entspricht nicht immer der Realität. Viele Eltern können oder wollen keine

Unterstützung leisten, was die finanzielle Unabhängigkeit der Studierenden stark einschränkt. Ein elternunabhängiges BAföG würde diesen Druck mindern und die Eigenständigkeit der Studierenden fördern.

- Erhöhung der Chancengleichheit: Besonders Studierende aus Familien mit mittlerem Einkommen erhalten oft keine oder nur geringe BAföG-Förderung, da das Elterneinkommen als ausreichend betrachtet wird. Dies reflektiert jedoch nicht immer die tatsächliche finanzielle Belastung der Studierenden. Ein elternunabhängiges System würde den individuellen Bedarf stärker berücksichtigen und so die Chancengleichheit verbessern.
- Anpassung an moderne Familienstrukturen: Die traditionelle Vorstellung, dass Eltern ihre Kinder während des Studiums unterstützen, passt nicht immer zu den heutigen Familienstrukturen. Ein elternunabhängiges BAföG-System würde diesen gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen und den Zugang zur Bildung für alle gesellschaftlichen Gruppen erleichtern.

Trotz der finanziellen und administrativen Herausforderungen, die eine elternunabhängige BAföG-Reform mit sich bringen würde, stellt sie einen bedeutenden Schritt in Richtung einer gerechteren und inklusiveren Bildungsfinanzierung dar. Sie stärkt die Bildungsgerechtigkeit, fördert die Unabhängigkeit und gewährleistet, dass alle jungen Menschen ihr Potenzial ausschöpfen können – unabhängig von ihrer familiären Situation.

Forschung in Deutschland: Visionäre Wissenschaft fördern und stärken

Die Forschung in Deutschland steht vor strukturellen Herausforderungen, die langfristig die Innovationskraft und die gesellschaftliche Bedeutung der Wissenschaft gefährden. Prekäre Arbeitsbedingungen, befristete Verträge und unsichere Karriereewege belasten die Arbeit von Forschenden. Der Publikationsdruck („Publish-or-Perish“) und die Dominanz von Drittmittelprojekten führen zu einer einseitigen Fokussierung auf kurzfristige wirtschaftliche Erfolge, während visionäre und gesellschaftlich transformative Forschung vernachlässigt wird. Um die Forschung in Deutschland zukunftssicher zu machen, sind tiefgreifende Reformen erforderlich:

- **Karrierewege verbessern:** Planungssicherheit ist eine grundlegende Voraussetzung für wissenschaftliche Exzellenz. Die Einführung unbefristeter Forschungsstellen nach einer erfolgreichen Postdoc-Phase schafft langfristige Perspektiven und ermöglicht es Forschenden, sich auf ihre Arbeit zu konzentrieren, anstatt auf die Verlängerung von Verträgen. Zudem müssen alternative Karrierewege außerhalb der Professur verstärkt anerkannt werden, etwa durch die Aufwertung von Positionen in der Wissenschaftsverwaltung oder praxisorientierter Forschung.
- **Publikationsdruck entschärfen:** Die Qualität wissenschaftlicher Arbeit muss Vorrang vor der Quantität haben. Ein Bonussystem, das Open-Access-Publikationen und interdisziplinäre Forschung anerkennt, sowie die Einführung alternativer Bewertungsmetriken schaffen ein differenziertes Bild wissenschaftlicher Leistung. Lehrleistungen, Kollaborationen und die gesellschaftliche Relevanz der Forschung sollten in der Leistungsbewertung stärker berücksichtigt werden.
- **Drittmitteldruck reduzieren:** Universitäten und Forschungseinrichtungen müssen weniger von Drittmitteln abhängig sein. Eine Erhöhung der staatlichen Grundfinanzierung ermöglicht es, unabhängiger und langfristiger zu forschen. Darüber hinaus sollen Förderprogramme für visionäre und langfristige Projekte geschaffen werden, die nicht primär marktwirtschaftlich orientiert sind. Diese Programme fördern die Forschungsvielfalt und stärken die Grundlagenforschung sowie interdisziplinäre Ansätze.
- **Förderung nicht-gewinnorientierter Forschung:** Gesellschaftlich relevante, aber marktwirtschaftlich unattraktive Forschungsfelder – etwa der Biodiversitätsschutz oder nicht-wirtschaftliche pharmazeutische Entwicklungen – benötigen eine stärkere staatliche Unterstützung. Staatlich geführte Projekte und Innovations-Hubs sollen als zentrale Knotenpunkte für Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen dienen und sich ausschließlich auf Zukunftstechnologien konzentrieren. Um die Unabhängigkeit der Forschung zu gewährleisten, sollen unabhängige Bewertungsgremien Fördermittel auf Basis des gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Potenzials vergeben.

Die Forschung muss sich an den gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft orientieren und gleichzeitig die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft gewährleisten.

Kulturpolitik: Kulturelle Vielfalt und Schutz des kulturellen Erbes

Eine vielfältige und lebendige Kulturlandschaft ist ein wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Sie schafft Identität, fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und inspiriert zu neuen Ideen. Um die kulturelle Vielfalt zu stärken und das kulturelle Erbe zu bewahren, bedarf es gezielter Maßnahmen, die Kunst und Kultur unabhängig und nachhaltig fördern.

Stärkung der kulturellen Vielfalt

Unabhängige Kunst und Kultur spielen eine zentrale Rolle in der Gestaltung und Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Um deren Vielfalt und Reichweite zu gewährleisten, sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Förderung unabhängiger Kunst und Kultur: Künstlerinnen, Künstler und kleine Kulturinitiativen sollen durch speziell zugeschnittene Förderprogramme unterstützt werden. Diese Programme ermöglichen es, unabhängig von kommerziellem Druck innovative und kreative Projekte umzusetzen.
- Regionale Kulturzentren: In ländlichen Gebieten sollen regionale Kulturzentren aufgebaut werden, die den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtern. Diese Zentren bieten nicht nur kulturelle Veranstaltungen, sondern auch Raum für Austausch und kreative Entfaltung und tragen so zur Stärkung des sozialen Lebens vor Ort bei.

Unabhängigkeit der Kulturpolitik

Kunst und Kultur dürfen nicht von politischen oder wirtschaftlichen Interessen beeinflusst werden. Die Unabhängigkeit der Kulturpolitik ist daher ein zentraler Bestandteil der geplanten Reformen:

- Entpolitisierung der Kulturförderung: Ein unabhängiges Gremium soll über die Vergabe von Fördermitteln entscheiden. Dieses Gremium agiert frei von

politischen und wirtschaftlichen Interessen und gewährleistet eine faire und transparente Unterstützung der Kulturschaffenden.

- Staatliche Grundförderung: Kulturelle Institutionen sollen eine stabile finanzielle Basis erhalten, die unabhängig vom kommerziellen Erfolg ist. Diese Grundförderung sichert nicht nur die Vielfalt kultureller Angebote, sondern auch den Erhalt von Einrichtungen, die das kulturelle Erbe bewahren und fördern.

Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk spielt eine zentrale Rolle für die Medienlandschaft, die Demokratie und den Zugang zu Bildung und Kultur in Deutschland. Doch viele Bürgerinnen und Bürger empfinden die aktuelle Beitragsstruktur als Belastung und hinterfragen die Notwendigkeit der Beitragshöhe und die Struktur des ÖRR. Um das Vertrauen in den ÖRR zu stärken und seine Zukunftsfähigkeit zu sichern, sind umfassende Reformen notwendig.

- Verschlankung des ÖRR und Reduktion der Abgabenlast: Die Struktur des ÖRR muss effizienter gestaltet werden. Eine Überprüfung und Reduzierung von Doppelstrukturen zwischen den Sendern ist notwendig, um Kosten zu senken und Synergien zu nutzen. Gleichzeitig soll der Auftrag des ÖRR klarer definiert werden. Der Fokus muss auf den Kernaufgaben wie Bildungs-, Informations- und Kultursendungen liegen, um Ressourcen gezielt einzusetzen. Der Rundfunkbeitrag bleibt ein notwendiges Finanzierungsmodell, da seine Abschaffung zu einer Kommerzialisierung des Programms führen könnte. Dies würde den Zugang zu unabhängiger Berichterstattung und hochwertigen kulturellen Inhalten gefährden und die gesellschaftliche Polarisierung verstärken.
- Transparenz und Anpassung der Gehälter: Die Vergütung von Intendanten und Führungskräften des ÖRR wird von vielen als überhöht und intransparent wahrgenommen. So verdienen Intendanten teilweise mehr als der Bundeskanzler. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen, müssen die Gehälter der Führungsebene an den öffentlichen Dienst angepasst werden.

Obergrenzen für Spitzengehälter sollen sicherstellen, dass keine überhöhten Vergütungen entstehen, die das Vertrauen in den ÖRR belasten.

- Reform der Rundfunkräte zur Sicherstellung politischer Neutralität: Die Besetzung der Rundfunkräte mit politischen Vertretern wird von vielen kritisch gesehen, da sie die Unabhängigkeit des ÖRR in Frage stellen könnte. Um dies zu verhindern, soll der Einfluss politischer Parteien bei der Besetzung der Rundfunkräte reduziert oder vollständig abgeschafft werden. Stattdessen sollen unabhängige Experten und Vertreter der Zivilgesellschaft basisdemokratisch gewählt werden. Mitglieder dürfen keine politischen Ämter oder Funktionen innehaben, die ihre Neutralität gefährden könnten. Darüber hinaus muss die Verpflichtung zur ausgewogenen Berichterstattung und zur Abbildung der gesellschaftspolitischen Realität gestärkt werden. Durch Kodizes, die die Unabhängigkeit und Neutralität der Berichterstattung garantieren, und Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten wird sichergestellt, dass der ÖRR weiterhin als unabhängige und glaubwürdige Institution wahrgenommen wird.

Bekämpfung von Fake News

Die Verbreitung von Fake News über soziale Medien stellt eine erhebliche Gefahr für die demokratische Meinungsbildung dar. Die Dynamik und Geschwindigkeit, mit der Falschnachrichten verbreitet werden, erschweren rechtzeitige Gegenmaßnahmen. Neue Technologien wie KI-generierte Deepfakes verstärken das Problem zusätzlich und verlangen innovative Lösungen. Gleichzeitig muss die Bekämpfung von Desinformation die Meinungsfreiheit wahren und eine klare Trennung zwischen legitimer Meinungsäußerung und absichtlicher Desinformation sicherstellen. Darum fordern wir:

- Technische Maßnahmen zur Erkennung von Fake News: Eine verpflichtende Kennzeichnung von KI-generierten Bild- und Video-Inhalten soll für mehr Transparenz sorgen. Ergänzend dazu sollen verbesserte Algorithmen entwickelt und eingesetzt werden, die Desinformation und Fake News automatisiert erkennen. Diese technischen Ansätze bieten die Grundlage für eine effektive Identifikation und Eindämmung von Falschnachrichten.

- Präventive Strategien gegen Desinformation: Die effektivste Bekämpfung von Fake News beginnt mit Prävention. Ansätze wie „Prebunking“ – eine Methode, die die Öffentlichkeit präventiv über Desinformationstechniken aufklärt – können helfen, die Wirkung von Fake News zu minimieren. Sensibilisierungskampagnen, die den bewussten Umgang mit Medien fördern, sollen dabei alle Altersgruppen erreichen. Zudem muss der unabhängige und qualitätsorientierte Journalismus gestärkt werden, etwa durch gezielte finanzielle Förderung, um eine vertrauenswürdige und faktenbasierte Berichterstattung sicherzustellen.
- Verantwortung der Plattformen: Plattformbetreiber spielen eine Schlüsselrolle bei der Eindämmung von Fake News. Sie sollen verpflichtet werden, ihre Algorithmen transparenter zu gestalten und verstärkte Moderationsmaßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus müssen sie mindestens 1 % ihres weltweiten Jahresumsatzes in die Bekämpfung von Desinformation investieren. Diese Mittel können für technische Innovationen, Sensibilisierungskampagnen und die Unterstützung unabhängiger Faktenprüfungsorganisationen genutzt werden.

Die Bekämpfung von Fake News ist essenziell, um die Integrität demokratischer Prozesse zu schützen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in Medien und Institutionen zu stärken.

VIII Gesundheit, Ernährung und Drogenpolitik

Versorgungsherausforderungen

Das deutsche Gesundheitswesen steht vor erheblichen Herausforderungen, die vor allem durch den Fachkräftemangel und strukturelle Probleme geprägt sind. Rund 5.000 Hausarztsitze sind unbesetzt, und Krankenhäuser kämpfen mit Besetzungsproblemen im ärztlichen und pflegerischen Bereich. 75 % der Bevölkerung betrachten den Fachkräftemangel als größte Herausforderung. Der resultierende Teufelskreis aus Überlastung, Erschöpfung und einem Exodus aus der

Patientenversorgung führt zu sinkender Zufriedenheit bei den Patientinnen und Patienten. Um diese Probleme anzugehen, sind tiefgreifende Reformen notwendig.

- **Krankenhausreform:** Die PdF begrüßt die bisherigen Reformbemühungen und fordert weitere Maßnahmen, um die flächendeckende Versorgung zu sichern. Dazu gehört die Einführung von Vorhaltepauschalen, die Kliniken die Finanzierung ihrer Grundkosten ermöglichen, ergänzt durch Fallpauschalen für spezielle Leistungen. Durch die Spezialisierung von Kliniken in Leistungsgruppen kann eine qualitätsorientierte Versorgung gewährleistet werden. Zusätzlich sollen sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen entstehen, die eine wohnortnahe Grundversorgung sicherstellen.
- **Notfallversorgung stärken:** Um die Notfallversorgung effizienter zu gestalten, müssen integrierte Notfallzentren an Krankenhäusern aufgebaut und die Rettungsleitstellen besser vernetzt werden. Erweiterte Kompetenzen für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter sollen es ihnen ermöglichen, schneller und effektiver Hilfe zu leisten.
- **Attraktivität der ambulanten Versorgung erhöhen:** Die Entbudgetierung der Hausärzte ist ein zentraler Schritt, um ihre Arbeit attraktiver zu machen. Eine vollständige Vergütung für jede erbrachte Leistung würde den finanziellen Druck reduzieren und Hausärztinnen und Hausärzte motivieren, mehr Patienten aufzunehmen und längere Sprechzeiten anzubieten. Kommunale Gründungen von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sollen erleichtert werden, um die ambulante Versorgung zu stärken. Ergänzend sollen Gesundheitskioske und Primärversorgungszentren aufgebaut werden, um insbesondere in ländlichen Regionen Versorgungslücken zu schließen.
- **Einheitliche Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ):** Eine einzige Gebührenordnung für alle Ärztinnen und Ärzte würde finanzielle Planungssicherheit schaffen und die Abrechnung vereinfachen. Dies sorgt für mehr Transparenz und fördert die Effizienz im Gesundheitswesen.

Präventive Versorgung

Das deutsche Gesundheitssystem ist überwiegend auf die Behandlung von Krankheiten ausgerichtet, während nur etwa 3 % der Gesundheitsausgaben in präventive

Maßnahmen fließen. Dieser Fokus auf Krankheitsbewältigung lässt wertvolle Potenziale zur Vermeidung von Erkrankungen ungenutzt und belastet langfristig die Gesundheitskosten. Fehlende Anreize für Leistungserbringer und die Industrie erschweren zudem die Etablierung präventiver Angebote. Eine Stärkung der Prävention ist daher dringend erforderlich, um die Gesundheit der Bevölkerung nachhaltig zu fördern und die Belastung des Gesundheitssystems zu reduzieren. Präventive Maßnahmen müssen gestärkt werden, insbesondere zur Vorbeugung chronischer Erkrankungen wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Adipositas. Ebenso sollten Programme zur Prävention psychischer Störungen ausgebaut werden, da die Zahl der Betroffenen kontinuierlich steigt. Prävention muss als integraler Bestandteil des Gesundheitssystems verankert werden. Um Prävention zu fördern, sind finanzielle Anreize notwendig. Krankenkassen und Leistungserbringer sollen belohnt werden, wenn sie präventive Angebote etablieren. Unternehmen, die in betriebliche Gesundheitsförderung investieren, sollen steuerliche Vorteile erhalten. Diese Maßnahmen unterstützen die Gesundheitsvorsorge auf breiter Basis und entlasten gleichzeitig das Gesundheitssystem.

Impfpolitik: Wissenschaftsgeleitet und freiheitlich gestaltet

Impfungen sind ein zentraler Bestandteil der Gesundheitsvorsorge. Sie schützen nicht nur vor schweren Krankheitsverläufen, sondern tragen auch zur Bekämpfung vermeidbarer Krankheiten bei. Die PdF setzt auf eine Impfpolitik, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert und sowohl die öffentliche Gesundheit als auch die individuelle Entscheidungsfreiheit respektiert, weswegen wir an folgenden Grundsätzen festhalten:

- **Freiwilligkeit und Eigenverantwortung:** Impfungen sollen grundsätzlich auf freiwilliger Basis unterstützt werden. Die PdF schätzt die freie und selbstbestimmte Entscheidungsfindung der Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig bekennt sich die Partei zu einem staatlichen Schutzauftrag in sensiblen Bereichen wie Schulen, Kindergärten und Pflegeeinrichtungen, wo Impfungen besonders wichtig sind, um gefährdete Gruppen zu schützen.
- **Ausnahmefälle für gesetzliche Impfpflicht:** In außergewöhnlichen Gefährdungssituationen kann eine gesetzliche Impfpflicht erforderlich sein, um die

Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Diese Maßnahme muss jedoch gut begründet und auf wissenschaftlicher Basis getroffen werden.

- **Transparenz und Aufklärung:** Um Fehlinformationen entgegenzuwirken und Ängste abzubauen, setzt die PdF auf transparente Kommunikation und umfassende Aufklärung. Bürgerinnen und Bürger sollen Zugang zu verlässlichen und leicht verständlichen Informationen über Impfungen und Krankheiten erhalten. Dies befähigt Menschen, fundierte Entscheidungen über ihre Gesundheit zu treffen.

Eine präventive Gesundheitsversorgung und eine wissenschaftsgeleitete, transparente Impfpolitik sind wesentliche Bausteine für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem.

Psychotherapeutische Versorgung

Die psychische Gesundheit der Menschen in Deutschland verdient die gleiche Priorität wie die körperliche Gesundheit. Jährlich sind etwa 17,8 Millionen Erwachsene von psychischen Erkrankungen betroffen, doch das Versorgungssystem ist den steigenden Bedarfen nicht gewachsen. Die durchschnittliche Wartezeit von fast fünf Monaten auf einen Therapieplatz ist untragbar und gefährdet die Genesung der Betroffenen. Eine umfassende Reform der psychotherapeutischen Versorgung ist daher unerlässlich:

- **Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung:** Wir setzen uns für die Schaffung von 1.600 zusätzlichen Kassensitzen für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ein, insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen. Eine höhere Versorgungsdichte ist entscheidend, da längere Wartezeiten direkt mit einer geringen Therapeutendichte korrelieren. Darüber hinaus muss die ambulante Versorgung für Menschen mit schweren und komplexen Erkrankungen ausgebaut werden. Der Zugang zu Komplexleistungen soll für alle Betroffenen sichergestellt werden. Ergänzend werden wir präventive Maßnahmen stärken, insbesondere am Arbeitsplatz, da psychische Erkrankungen mit durchschnittlich 36 Fehltagen pro Jahr dreimal so lange Ausfallzeiten verursachen wie andere Erkrankungen.

- Abschaffung des Handels mit Kassensitzen: Der Handel mit Kassensitzen und den dazugehörigen Praxen muss beendet werden. Der Weg zur Approbation als Psychotherapeutin oder Psychotherapeut dauert oft über zehn Jahre und ist mit erheblichen Kosten im fünfstelligen Bereich verbunden. Die anschließende Übernahme eines Kassensitzes stellt mit weiteren fünf- bis sechsstelligen Kosten eine immense finanzielle Belastung dar. Dieser Umstand führt dazu, dass viele Therapeutinnen und Therapeuten sich auf Privatpatienten konzentrieren, um die wirtschaftlichen Zwänge zu bewältigen. Diese Praxis steht der flächendeckenden Versorgung gesetzlich versicherter Patienten im Weg und muss beendet werden.

Psychische Gesundheit ist ein Grundpfeiler eines gesunden Lebens, und es ist höchste Zeit, dass unser Gesundheitssystem diesem Bereich die notwendige Aufmerksamkeit schenkt.

Finanzielle Herausforderungen und nachhaltige Finanzierung

Die Gesundheitsausgaben in Deutschland wachsen schneller als das Bruttoinlandsprodukt und die Löhne. Im Jahr 2024 erreichte der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) mit 16,3 % ein Allzeithoch und könnte bis 2035 auf über 20 % steigen. Diese Entwicklung wird durch den demografischen Wandel zusätzlich verschärft: Eine alternde Bevölkerung führt zu einer höheren Krankheitslast und steigendem Pflegebedarf, während die Zahl der Beitragszahler sinkt. Der Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen muss dynamisiert werden, um die finanzielle Stabilität der GKV zu gewährleisten. Beiträge für spezielle Gruppen wie Bürgergeld-Empfänger sollen angepasst werden, um die Beitragsgerechtigkeit zu fördern. Gleichzeitig ist der Abbau von Über-, Unter- und Fehlversorgung notwendig. Eine gezielte Steuerung der Mittelverwendung kann dazu beitragen, finanzielle Ressourcen effizient einzusetzen.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum

Die medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten verschlechtert sich dramatisch. Laut der Robert-Bosch-Stiftung könnten bis 2035 etwa 11.000 Hausarztstellen unbesetzt bleiben. Damit droht fast 40 % der Landkreise eine hausärztliche

Unterversorgung. Um die Versorgung sicherzustellen, soll die Gründung von Ärztezentren und Polikliniken unterstützt werden. Bürokratische Hürden müssen deutlich reduziert werden, damit medizinisches Personal mehr Zeit für Patientinnen und Patienten aufwenden kann. Bei der Terminvergabe – insbesondere bei Fachärzten – darf es keinen Unterschied mehr zwischen privat und gesetzlich Versicherten geben. Eine gerechte Versorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sein.

Digitalisierung und Innovation im Gesundheitswesen

Das deutsche Gesundheitswesen hinkt bei der Digitalisierung im internationalen Vergleich deutlich hinterher. Fehlende einheitliche digitale Infrastrukturen beeinträchtigen die Koordination und Effizienz der Versorgung erheblich.

Eine zentrale Institution soll die Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreiben. Sie übernimmt die Verantwortung für die Entwicklung und Umsetzung einheitlicher Standards. Die digitale Patientenakte soll darüber hinaus datenschutzkonform alle relevanten Informationen bereitstellen und somit die Kommunikation zwischen Ärzten und Patienten verbessern. Online-Sprechstunden und telemedizinische Angebote müssen ausgebaut werden, um die Gesundheitsversorgung auch in strukturschwachen Regionen sicherzustellen. Die Strukturen der Krankenkassen müssen darüber hinaus effizienter gestaltet werden. Es ist zu prüfen, ob über 90 gesetzliche Krankenversicherungen mit separaten Verwaltungen weiterhin notwendig sind. Durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) und digitalen Systemen können Abrechnungen und Verwaltungsprozesse optimiert werden, im Einklang mit umfassenden Digitalisierungsreformen.

Ernährungspolitik

Die Ernährungspolitik spielt eine zentrale Rolle bei der Förderung der öffentlichen Gesundheit, der Bewältigung von Umweltproblemen und der Sicherstellung sozialer Gerechtigkeit. Deutschland steht vor gesundheitlichen, strukturellen und nachhaltigen Herausforderungen, die gezielte Reformen und Maßnahmen erfordern, um eine zukunftsfähige Ernährung für alle zu gewährleisten.

Gesundheitliche Herausforderungen

Übergewicht und Adipositas stellen erhebliche Gesundheitsrisiken dar: 53,5 % der Erwachsenen in Deutschland sind übergewichtig, 19 % leiden an Adipositas. Diese Entwicklung führt zu einem erhöhten Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes Typ II und Gelenkerkrankungen. Auch bei Kindern und Jugendlichen sind etwa 15 % von Übergewicht betroffen, was auf ungesunde Ernährungsgewohnheiten und Bewegungsmangel zurückzuführen ist. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind umfassende Maßnahmen erforderlich:

- Ernährungsbildung und Bewegung: Verbindliche Programme zur Ernährungs- und Bewegungsbildung sollen in Kitas und Schulen eingeführt werden. Ergänzend dazu sollen Sensibilisierungskampagnen für gesunde Ernährung, etwa über soziale Medien und in Zusammenarbeit mit Influencern, die Bevölkerung erreichen.
- Standards in der Gemeinschaftsverpflegung: Gesetzliche Vorgaben für den Einsatz gesunder Lebensmittel in Kitas, Schulen und Kantinen sichern die Qualität der Mahlzeiten. Ernährungssiegel für Gemeinschaftsverpflegung sollen gesunde Standards garantieren.
- Präventionsprogramme: Regionale Gesundheitszentren mit Schwerpunkt auf Ernährungsberatung sowie Sport- und Bewegungsinitiativen in benachteiligten Gebieten sollen aktiv gefördert werden.
- Überarbeitung der Lebensmittelgesetze: Regelungen wie die Kennzeichnung von „zuckerfreien“ Produkten müssen modernisiert werden, um irreführende Bezeichnungen zu vermeiden. Dies ist ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz und Verbraucherschutz.

Strukturelle Herausforderungen in der Gemeinschaftsverpflegung

Jeden Tag essen rund 17 Millionen Menschen in Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen, Kantinen und Pflegeheimen. Häufig mangelt es an nährstoffreichen und nachhaltigen Mahlzeiten, da einheitliche Vorgaben fehlen. Ein nationaler Rahmenplan soll verbindliche Vorgaben für gesunde und nachhaltige Verpflegung schaffen. Mindestquoten für regionale und ökologisch produzierte Lebensmittel in öffentlichen Einrichtungen tragen zur Verbesserung der Qualität bei.

Nachhaltigkeitsaspekte

Die derzeitige Agrar- und Ernährungspolitik belastet die Umwelt erheblich und führt zu Klimaschäden. Zudem werden jährlich etwa 12 Millionen Tonnen Lebensmittel in Deutschland weggeworfen, was dringende Maßnahmen zur Reduktion der Lebensmittelverschwendung erfordert.

- Transformation der Ernährungssysteme: Agrarprojekte, die auf emissionsarme und regenerative Produktionsmethoden setzen, müssen gefördert werden. Anreize für Landwirte, auf nachhaltige Anbaumethoden umzustellen, sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Transformation (siehe Landwirtschaftspolitik).
- Pflanzenbetonte und tierleidfreie Ernährung: Pflanzliche Alternativen sollen durch Subventionen und gezielte Programme gefördert werden. In Gemeinschaftsverpflegungen soll der Fleischkonsum reduziert und durch pflanzliche Alternativen ersetzt werden. Dies trägt nicht nur zur Gesundheitsförderung, sondern auch zur Reduzierung der Umweltbelastung bei.
- Reduktion der Lebensmittelverschwendung: Supermärkte sollen gesetzlich verpflichtet werden, unverkaufte Lebensmittel weiterzugeben. Plattformen und Apps zur Lebensmittelrettung, die überschüssige Lebensmittel verteilen, müssen gezielt unterstützt werden.

Drogenpolitik: Schluss mit dem Schwarz/Weiß Denken

Die Drogenpolitik in Deutschland bedarf einer grundlegenden Reform, die sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert und ideologische Prägungen überwindet. Das aktuelle Betäubungsmittelgesetz (BtMG) basiert auf einer pauschalen Einstufung von Substanzen, die häufig historische und ideologische Einflüsse widerspiegelt, anstatt gesundheitliche und gesellschaftliche Auswirkungen differenziert zu betrachten. Der Schwarzmarkt fördert zudem die Verbreitung unsicherer Substanzen, die Verbraucher gefährden und die Gesellschaft belasten.

Wissenschaftlich fundierte Regulierung

Eine Neugestaltung des BtMG soll Substanzen differenziert nach ihren gesundheitlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen klassifizieren und regulieren. Eine faktenbasierte Steuerung ermöglicht es, besonders schädliche Substanzen weiterhin

konsequent zu bekämpfen, während weniger gefährliche Substanzen in einem kontrollierten Rahmen reguliert werden können. Dies überwindet ideologisch geprägtes Schwarz-Weiß-Denken und schafft eine effektivere Grundlage für die Steuerung des Konsums. Ein regulierter Markt mit verbindlichen Qualitätsstandards kann den Schwarzmarkt eindämmen und die Verbreitung unsicherer Substanzen verhindern. Dies gewährleistet einen höheren Verbraucherschutz und ermöglicht eine kontrollierte Abgabe, die gesundheitliche Risiken minimiert.

Förderung von Prävention und Schadensminderung

Zielgruppenspezifische Präventionsmaßnahmen und faktenbasierte Aufklärungskampagnen, insbesondere für Jugendliche und Risikogruppen, sind entscheidend. Diese Programme sollen nicht nur über Risiken informieren, sondern auch Alternativen und Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen. Sichere Konsumräume und Substitutionstherapien müssen flächendeckend verfügbar gemacht werden. Diese Maßnahmen verlagern den Drogenkonsum aus dem öffentlichen Raum und bieten Betroffenen eine geschützte Umgebung. Eine konsequente Durchführung solcher Angebote verbessert die Lebensbedingungen der Konsumierenden und entlastet gleichzeitig die Gesellschaft.

Der Konsum von Drogen an öffentlichen Orten, insbesondere in der Nähe von Schulen, Spielplätzen und anderen Bereichen mit Kindern, muss strikt reguliert werden. Verbindliche Regeln und ihre konsequente Durchsetzung sorgen dafür, dass der öffentliche Raum sicher bleibt. Verstärkte Präsenz von Sozialarbeitern, Mediatoren und der Polizei in Hotspots des öffentlichen Konsums schafft nicht nur Ordnung, sondern auch Zugang zu Hilfe- und Unterstützungsangeboten.

IX Umwelt, Klima und Energie

Anpassung an den Klimawandel

Der Klimawandel stellt Deutschland vor erhebliche Herausforderungen, die bereits heute spürbar sind. Häufigere und intensivere Starkregenereignisse führen zu erheblichen Hochwasserschäden, während Trockenheit die Wasserversorgung und

die Landwirtschaft gefährdet. Hitzeperioden belasten insbesondere die städtische Infrastruktur und das Gesundheitssystem. Um den Folgen des Klimawandels zu begegnen, ist eine umfassende Strategie zur Stärkung der Klimaresilienz notwendig:

- Klimaresiliente Infrastruktur entwickeln: Städte und Gemeinden müssen besser gegen die Folgen von Hitze und Hochwasser gewappnet werden. Urbane Begrünung, wie begrünte Dächer und Fassaden, trägt dazu bei, die Temperaturen in Städten zu senken und das Mikroklima zu verbessern. Der Bau von Rückhaltebecken und die Verwendung wasserdurchlässiger Bodenbeläge verringern das Risiko von Überschwemmungen bei Starkregen. Diese Maßnahmen schützen nicht nur die Infrastruktur, sondern erhöhen auch die Lebensqualität in urbanen Räumen.
- Frühwarnsysteme ausbauen: Digitale Frühwarnsysteme, die auf meteorologischen und hydrologischen Daten basieren, können helfen, die Bevölkerung rechtzeitig vor Extremwetterereignissen zu warnen. Der Ausbau solcher Systeme ermöglicht eine schnellere Reaktion und verringert Schäden für Mensch und Umwelt.
- Forschung fördern: Investitionen in innovative Technologien zur Wasserwiederaufbereitung und in alternative Bewässerungssysteme sind essenziell, um die Resilienz der Landwirtschaft zu steigern. Diese Ansätze helfen dabei, die Wasserversorgung in Trockenperioden zu sichern und die Landwirtschaft besser an veränderte Klimabedingungen anzupassen.

Schutz der Biodiversität

Die Biodiversität in Deutschland steht vor einer ernsten Krise. In den letzten Jahrzehnten ist die Anzahl der Fluginsekten um etwa 75 % zurückgegangen. Die Zersiedelung der Landschaft, intensive landwirtschaftliche Nutzung und der Klimawandel bedrohen Lebensräume und beschleunigen das Verschwinden empfindlicher Arten. Der Schutz der biologischen Vielfalt ist daher nicht nur eine ökologische, sondern auch eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Notwendigkeit.

- Schaffung von Biotopverbundsystemen: Ein zentraler Schritt zur Rettung der Biodiversität ist die Verknüpfung isolierter Naturschutzgebiete durch grüne Korridore. Diese Biotopverbundsysteme erweitern Lebensräume und

ermöglichen es Tieren und Pflanzen, sich an veränderte Umweltbedingungen anzupassen. Durch diese Vernetzung kann die ökologische Resilienz gestärkt und die Artenvielfalt langfristig gesichert werden.

- Nachhaltige Agrarpraktiken fördern: Die intensive Landwirtschaft trägt maßgeblich zum Verlust von Lebensräumen bei. Der Pestizideinsatz muss reduziert werden, um die Umweltbelastung zu senken und natürliche Lebensräume zu schützen. Anreizprogramme für Landwirte, die auf biodiversitätsfreundliche Praktiken umstellen, sollen die Agrarlandschaft umweltgerechter gestalten und gleichzeitig wirtschaftliche Perspektiven schaffen.
- Förderung urbaner Biodiversität: Auch Städte können einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt leisten. Durch Renaturierungsprojekte und die Anlage von Wildblumenwiesen auf urbanen Flächen können Lebensräume für Insekten und andere Tiere geschaffen werden. Städte sollen entsprechende Programme umsetzen, um urbane Biodiversität zu fördern und das Bewusstsein für den Schutz der Natur in der Bevölkerung zu stärken.

Ausbau erneuerbarer Energien

Die Transformation des Energiesystems hin zu einer klimafreundlichen und nachhaltigen Energieversorgung ist essenziell, um den globalen Klimazielen gerecht zu werden. Der Ausbau erneuerbarer Energien, die Förderung moderner Technologien und die Unterstützung nachhaltiger Produktionsmethoden bilden dabei zentrale Elemente.

Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien

Der Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind- und Solarenergie wird durch langwierige Genehmigungsverfahren und eine unzureichende Netzinfrastruktur behindert. Um diese Herausforderungen zu überwinden, müssen Maßnahmen ergriffen werden, die den Fortschritt beschleunigen:

- Vereinfachung von Genehmigungsverfahren: Fast-Track-Verfahren für erneuerbare Energieprojekte in klar definierten Prioritätszonen sollen sicherstellen, dass der Ausbau schneller und effizienter vorangeht. Dadurch wird die

Planungssicherheit für Investoren erhöht und die Umsetzung von Projekten erleichtert.

- Förderung des Netzausbaus und der Energiespeicherung: Massive Investitionen in die Stromnetzinfrastruktur und Energiespeicher sind notwendig, um Schwankungen bei der Energieerzeugung aus Wind- und Solarkraft auszugleichen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss Hand in Hand mit der Entwicklung moderner Speichertechnologien gehen.
- Förderprogramme für Solarenergie: Die Subventionierung von Solaranlagen auf privaten Gebäuden und Industriebrachen soll die Nutzung dieser Flächen für die Energieerzeugung maximieren und die dezentrale Energieversorgung stärken.

Technologieoffenheit fördern

Deutschland hat sich in der Vergangenheit strikt gegen Kernenergie entschieden, trotz internationaler Fortschritte in dieser Technologie. Um langfristige, klimafreundliche Energieoptionen zu entwickeln, muss Technologieoffenheit gewahrt bleiben:

- Forschung an Kernenergie: Deutschland muss als Forschungsstandort erhalten bleiben und die Entwicklung sicherer Reaktortechnologien wie Small Modular Reactors (SMRs) sowie die Kernfusion fördern. Diese Technologien bieten langfristig potenzielle Lösungen für eine klimafreundliche Energieversorgung.
- Internationale Kooperation: Die Zusammenarbeit mit Ländern, die in der Kernenergie und Kernfusion führend sind, bringt wertvolle Innovationen nach Deutschland und fördert den Wissensaustausch.
- Faktenbasierte Energiepolitik: Energiepolitische Entscheidungen sollten auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und internationalen Best Practices basieren, frei von ideologischen Vorgaben. Eine ideologiefreie Prüfung des Betriebs oder einer möglichen Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken wird angestrebt.

Förderung von Forschung und Innovation

Trotz ambitionierter Klimaziele ist Deutschland in Krisenzeiten weiterhin stark von fossilen Energieträgern abhängig. Um diese Abhängigkeit zu reduzieren, sind gezielte Investitionen in Forschung und Innovation erforderlich. Subventionierte Forschungsprojekte sollen die Entwicklung effizienter Speichertechnologien vorantreiben. Der Fokus liegt auf alternativen Materialien zu Lithium, Wärmespeichern, Wasserstoff und E-Fuels, um die Energiewende nachhaltig zu unterstützen.

Nachhaltige Stadtentwicklung und Schutz von Wäldern und Meeren

Eine nachhaltige Stadtentwicklung und der Schutz unserer natürlichen Lebensräume sind essenziell, um den Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen und die Lebensqualität zukünftiger Generationen zu sichern. Städte, Wälder und Meere spielen dabei eine zentrale Rolle, sowohl als Lebensräume als auch als Ökosysteme mit enormer Bedeutung für das globale Klima und die Biodiversität.

Integration von Natur in die Stadtplanung und Förderung urbaner Begrünung

Die fehlende Begrünung in vielen Städten führt zu schlechter Luftqualität, erhöhten Temperaturen und einer Beeinträchtigung des Wohlbefindens der Bewohner. Besonders während Hitzewellen wird das Fehlen von Grünflächen problematisch. Städte sind oft von grauer Infrastruktur geprägt, während Flachdächer und Fassaden ungenutztes Potenzial für Begrünung bieten.

- Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung: Staatliche Förderprogramme sollen die Begrünung von Flachdächern und Fassaden gezielt unterstützen. Zuschüsse und finanzielle Anreize motivieren Eigentümer, entsprechende Maßnahmen umzusetzen, ohne die Mietkosten für Bewohner zu erhöhen. Programme wie KLIMOPASS in Baden-Württemberg dienen dabei als Vorbild für bundesweite Maßnahmen, die das Mikroklima verbessern und zur Luftreinhaltung beitragen.
- Naturnahe Stadtplanung: Städte sollen zusammenhängende Grünflächen schaffen, die Erholungsmöglichkeiten bieten und gleichzeitig die Biodiversität fördern. Gemeinschaftsgärten und städtische Landwirtschaftsprojekte

sensibilisieren die Bevölkerung für Natur und Nachhaltigkeit und stärken die soziale Verbundenheit.

Schutz und Anpassung von Wäldern

Die Wälder sind nicht nur wichtige Kohlenstoffspeicher, sondern auch essenziell für den Wasserhaushalt und die Biodiversität. Der Klimawandel stellt sie jedoch vor immense Herausforderungen.

- **Klimaresiliente Baumarten:** Die Förderung klimaresilienter Baumarten ist entscheidend, um Wälder an steigende Temperaturen und veränderte Niederschlagsmuster anzupassen. Dies sichert ihre langfristige Gesundheit und Widerstandsfähigkeit.
- **Aufforstung und Erhalt bestehender Waldflächen:** Aufforstungsprogramme und der Schutz bestehender Wälder sind zentrale Maßnahmen, um die Funktion der Wälder als CO₂-Senken und Lebensräume zu bewahren.

Schutz der Meere und nachhaltige Fischerei

Meere und Ozeane sind nicht nur Lebensraum für eine Vielzahl von Arten, sondern auch entscheidend für das globale Klima. Überfischung und schädliche Fischereimethoden gefährden jedoch zunehmend ihre Ökosysteme.

- **Nachhaltige Fischereimethoden:** Um die marinen Lebensräume zu schützen, sollen umweltschädliche Praktiken wie die Grundschieppnetzfisherei in Meeresschutzgebieten schrittweise bis spätestens 2030 verboten werden.
- **Überwachung und Kontrolle:** Effektive Kontrollmechanismen stellen sicher, dass Fischereivorschriften eingehalten werden und die marine Biodiversität geschützt bleibt. Durch eine strenge Überwachung wird der nachhaltige Umgang mit den Ressourcen der Meere gefördert.

Tierschutz

Tierschutz ist ein zentraler Bestandteil einer modernen, ethisch verantwortlichen Gesellschaft. Er umfasst nicht nur den Schutz von Nutztieren, Wildtieren und Heimtieren, sondern auch die Reduktion von Tierversuchen, den Umgang mit Tieren im Sport und Arbeitsbereich sowie die Verwendung von tierischen Produkten in der

Mode- und Lederindustrie. Die PdF setzt sich für umfassende Reformen ein, um das Tierwohl zu fördern und die Beziehung zwischen Mensch und Tier auf eine nachhaltige, respektvolle Basis zu stellen.

Tierschutz in der Landwirtschaft

Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung in Deutschland erfüllt häufig nicht moderne Tierschutzstandards. Praktiken wie die Anbindehaltung sind für Tiere belastend und stehen im Widerspruch zu artgerechten Haltungsformen. Darüber hinaus fehlen finanzielle Anreize und ein klarer politischer Rahmen, um Landwirte bei der Umstellung auf tierfreundlichere Haltungsformen zu unterstützen. Die PdF fordert gezielte Investitionen in tierfreundliche Betriebe sowie verbindliche Übergangsfristen zur Abschaffung nicht artgerechter Praktiken. Bestehende EU-Tierschutzregelungen müssen konsequent durchgesetzt werden, um das Tierwohl nachhaltig zu fördern. Zusätzlich soll eine Kennzeichnung für Tierwohl auf Produkten Transparenz schaffen und freiwillige Maßnahmen belohnen. Der Erhalt alter Haustierrassen wie Heidschnucken oder Bunte Bentheimer Schweine trägt zur genetischen Vielfalt und zum Kulturerhalt bei. Gentechnische Eingriffe an Tieren lehnt die PdF strikt ab, da sie das Tierwohl und die Gesundheit gefährden.

Wildtierschutz

Ein überlasteter Wildbestand, invasive Arten und unzureichende Haltungsbedingungen in Zoos und Zirkussen stellen große Herausforderungen im Wildtierschutz dar. Die PdF fordert eine gezielte Wildtierjagd, um Krankheiten, Überpopulationen und invasive Arten zu kontrollieren. Dies ist notwendig, um das ökologische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und die negativen Folgen einer unkontrollierten Vermehrung zu vermeiden. Gleichzeitig müssen Zoos und Zirkusse strenger reguliert werden, um sicherzustellen, dass Großtiere und andere Wildtiere unter artgerechten und naturnahen Bedingungen gehalten werden. Nur so kann das Wohlbefinden dieser Tiere gewährleistet werden.

Heim- und Haustiere

Die Situation von Heim- und Haustieren ist ebenfalls verbesserungswürdig. Qualzuchten, die ausschließlich ästhetischen Zwecken dienen und gesundheitliche Schäden bei Tieren verursachen, müssen gesetzlich verboten werden. Der

unregulierter Handel mit Heimtieren führt oft zu Missbrauch und schlechten Haltungsbedingungen. Die PdF setzt sich für strengere Kontrollen und eine lückenlose Nachverfolgbarkeit des Heimtierhandels ein, um das Wohlbefinden der Tiere sicherzustellen. Heim- und Haustiere spielen eine zentrale Rolle in der Beziehung zwischen Mensch und Tier, und es liegt in der Verantwortung der Politik, diese Beziehung durch verantwortungsvolle Maßnahmen zu schützen.

Tierversuche

Tierversuche sind nicht nur ethisch umstritten, sondern liefern oft nur begrenzte wissenschaftliche Erkenntnisse für den Menschen. Studien zeigen, dass bis zu 92 % der an Tieren erfolgreich getesteten Medikamente in klinischen Studien scheitern. Die PdF fordert umfassende Investitionen in tierversuchsfreie Alternativen wie In-vitro-Methoden, Computermodelle und menschliche Zellkulturen. Strengere gesetzliche Regelungen müssen Tierversuche reduzieren und langfristig ersetzen. Ein Paradigmenwechsel hin zu menschenrelevanten und ethisch vertretbaren Forschungsmethoden ist notwendig, um wissenschaftlichen Fortschritt ohne Tierleid zu ermöglichen. Die PdF fordert außerdem politische Unterstützung, um systemische Hindernisse für tierversuchsfreie Forschung zu überwinden.

Tiere im Sport und Arbeitsbereich

Die Haltungs- und Trainingsmethoden vieler Tiere im Sport- und Arbeitsbereich berücksichtigen oft nicht deren natürliche Bedürfnisse. Die Anpassung von Haltung und Training an das natürliche Verhalten von Tieren wie Pferden oder Schutzhunden verbessert das Tierwohl und stärkt die Mensch-Tier-Beziehung.

Mode und Lederindustrie

Die Verwendung von Pelzen in der Mode und die Praktiken der Lederindustrie sind ethisch und ökologisch nicht mehr vertretbar. Der Handel mit Pelzen muss vollständig verboten werden, da er mit erheblichem Tierleid verbunden ist. In der Lederindustrie sollte der Fokus auf Nachhaltigkeit gelegt werden, indem das gesamte Tier verwendet wird, um Verschwendung zu minimieren. Eine verantwortungsvolle Nutzung tierischer Ressourcen ist nicht nur aus ethischer Sicht notwendig, sondern trägt auch zu einer nachhaltigeren Wirtschaft bei.

X Digitales

Gesamte Verwaltung digitalisieren

Die Digitalisierung der Verwaltung ist ein zentraler Schritt, um Prozesse zu verschlanken, die Effizienz zu steigern und den Zugang zu staatlichen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu verbessern. Aktuell leidet das deutsche Verwaltungssystem unter langsamen, papierbasierten Prozessen, einer heterogenen Softwarelandschaft und mangelnder Akzeptanz digitaler Lösungen. Von den über 500 Verwaltungsleistungen sind bislang nur 166 bundesweit vollständig digital verfügbar. Um die Verwaltung fit für das digitale Zeitalter zu machen, sind umfassende Reformen erforderlich.

Herausforderungen der Verwaltungsdigitalisierung

Die derzeitigen Herausforderungen sind vielfältig: Viele Verwaltungsverfahren sind durch papierbasierte Abläufe und redundante Strukturen ineffizient und komplex. Die heterogene Softwarelandschaft in deutschen Verwaltungen führt zu mehrfachen und ineffizienten Umsetzungen ähnlicher Prozesse. Gleichzeitig bleibt der Grad der Digitalisierung vieler Verwaltungsleistungen unzureichend – oft endet der Online-Prozess mit papierbasierten Bearbeitungen in den Behörden. Obwohl die Nutzung digitaler Identitäten (eID) zunimmt, bremsen rechtliche Fragen, Datenschutzbedenken und mangelndes Vertrauen bei Mitarbeitenden und Bürgern eine umfassende Digitalisierung. Grundsätzlich soll die Möglichkeit für jede Bürgerin und jeden Bürger bestehen bleiben, Amtstätigkeiten persönlich erledigen zu können.

Ziele der Verwaltungsdigitalisierung

Die Ziele der Verwaltungsdigitalisierung sind klar definiert: Durch die Automatisierung von Prozessen, die Einführung digitaler Dokumente und zentralisierter Systeme sollen Kosten gesenkt und Bearbeitungszeiten verkürzt werden. Open-Data-Plattformen sollen mehr Transparenz schaffen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger stärken, während benutzerfreundliche digitale Plattformen den Zugang zu Verwaltungsleistungen erleichtern. Eine einheitliche Standardisierung harmonisiert Verwaltungsprozesse und erleichtert den Einsatz moderner Technologien wie

Künstlicher Intelligenz (KI). Zudem reduziert die Digitalisierung den Papierverbrauch und verringert den ökologischen Fußabdruck der Verwaltung.

Reformvorschläge und Lösungen

- Einführung eines umfassenden E-Government-Systems: Ein zentrales Portal soll es Bürgern und Unternehmen ermöglichen, sämtliche Behördengänge online abzuwickeln. Ziel ist die vollständige Digitalisierung aller Verwaltungsprozesse, um Kosten zu senken und die Zufriedenheit der Nutzer zu steigern.
- Förderung von Künstlicher Intelligenz und Automatisierung: Künstliche Intelligenz kann bei der Bearbeitung standardisierter Anfragen und der Optimierung interner Prozesse helfen. Der Einsatz von Chatbots, automatisierten Überwachungssystemen und ähnlichen Technologien entlastet Mitarbeitende und erhöht die Effizienz. Rechtliche und technische Hindernisse müssen abgebaut werden, um die Akzeptanz bei Mitarbeitenden und Bürgern zu fördern.
- Open Data als Transparenzinstrument: Öffentliche Daten sollen auf zentralen Plattformen bereitgestellt werden, um Forschung, Wirtschaft und Bürgerbeteiligung zu fördern. Freier Zugang zu Behördeninformationen stärkt Innovation und Vertrauen.
- Einführung und Vermarktung digitaler Identitäten (eID): Die Nutzung digitaler Identitäten nimmt zu, mit über 2 Millionen Transaktionen im Oktober 2024. Durch den Ausbau verfügbarer Anwendungen und die Vermarktung der eID sollen noch mehr Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erreicht werden.
- Schulung und Qualifizierung der Verwaltungsmitarbeiter: Um den Wandel erfolgreich zu gestalten, sind Weiterbildungsprogramme erforderlich, die die digitalen Kompetenzen von Verwaltungsmitarbeitenden fördern und sie auf neue Arbeitsweisen vorbereiten.

Fokus auf Reifegrad 3 bei Digitalisierungsprojekten

Ein Prozess gilt nur dann als vollständig digitalisiert, wenn alle Schritte online abgewickelt werden können, einschließlich Bearbeitung und Archivierung. Derzeit

erfüllen nur 106 der bundesweit verfügbaren Verwaltungsleistungen diese Anforderung. Um die Optimierungseffekte zu realisieren, muss der Fokus auf die Erreichung dieses Reifegrads gelegt werden.

Die Digitalisierung der Verwaltung bietet die Möglichkeit, Bürokratie abzubauen, Prozesse zu modernisieren und die Interaktion zwischen Bürgern, Unternehmen und dem Staat zu vereinfachen. Eine moderne und effiziente Verwaltung ist ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und Bürgerfreundlichkeit Deutschlands im digitalen Zeitalter.

Ausbau von Breitband-, Glasfaser- und Mobilfunknetzen

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und die gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Doch der Glasfaserausbau schreitet nur schleppend voran: Mit einer aktuellen Abdeckung von 43,2 % bleibt Deutschland hinter vielen anderen Ländern zurück. Hinzu kommen Hindernisse wie ein strategischer Doppelausbau durch große Telekommunikationsanbieter, gestiegene Ausbaukosten und ein zunehmender Fachkräftemangel. Diese Herausforderungen verlangen gezielte Maßnahmen, um den Ausbau zu beschleunigen und effizienter zu gestalten.

- Wettbewerbsförderung im Glasfaserausbau: Der Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze muss fair und wettbewerbsorientiert gestaltet werden. Dazu gehört die Einführung wirksamer Diensteanbieterpflichtungen, um den Wettbewerb im Markt zu stärken. Ein dynamischer und fairer Wettbewerb trägt dazu bei, die Glasfaserversorgung flächendeckend und schneller voranzutreiben.
- Effizienzsteigerung durch Regulierung und Planung: Ineffizienter Doppelausbau, der wertvolle Ressourcen verschwendet, muss durch eine bessere Regulierung und eine gezielte Planung der Netzbetreiber verhindert werden. Regionale Kompetenzzentren sollen Kommunen bei der Planung und Umsetzung des Glasfaserausbaus unterstützen. Diese Zentren bündeln Fachwissen und gewährleisten eine effiziente Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren.

- **Finanzielle Entlastung der Netzbetreiber:** Um die hohen Ausbaurkosten zu reduzieren, sind Investitionszuschüsse notwendig. Öffentlich-private Partnerschaften sollen verstärkt gefördert werden, um zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren und den Ausbau zu beschleunigen. Diese Zusammenarbeit ermöglicht es, finanzielle Lasten zu teilen und gleichzeitig die Infrastruktur schneller auszubauen.

Ein schneller und effizienter Ausbau von Breitband-, Glasfaser- und Mobilfunknetzen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Digitalisierung in Deutschland.

Cybersicherheit und Schutz kritischer Infrastrukturen

Die zunehmende Professionalisierung von Cyberkriminellen und die verstärkte Nutzung von Zero-Day-Schwachstellen stellen eine wachsende Gefahr für die Sicherheit in Deutschland dar. Besonders der Schutz kritischer Infrastrukturen (KRITIS) in Bereichen wie Energie, Transport und Gesundheit wird durch die steigende Komplexität und Dynamik der Bedrohungen immer herausfordernder. Um diesen Entwicklungen zu begegnen, bedarf es klarer Regelungen, koordinierter Maßnahmen und technologischer Innovationen.

Neues KRITIS-Dachgesetz

Die PdF unterstützt die Einführung eines neuen KRITIS-Dachgesetzes, das bundeseinheitliche Mindeststandards und klare Verantwortlichkeiten für Betreiber kritischer Infrastrukturen festlegt. Dieses Gesetz verfolgt einen umfassenden „All-Gefahren-Ansatz“, der Bedrohungen wie Cyberangriffe, physische Angriffe, Naturkatastrophen, Sabotage und menschliches Versagen gleichermaßen berücksichtigt.

- **Bundeseinheitliche Mindeststandards:** Einheitliche Regularien sorgen dafür, dass kritische Infrastrukturen in allen Sektoren gleichermaßen geschützt sind und den gleichen hohen Sicherheitsstandards entsprechen.
- **Verpflichtende Meldung von Sicherheitsvorfällen:** Betreiber kritischer Infrastrukturen sollen verpflichtet werden, Vorfälle umgehend zu melden. Dies ermöglicht eine schnelle Reaktion und eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Behörden und Betreibern, um Bedrohungen frühzeitig einzudämmen.

- Flexibilität durch ausreichende finanzielle Mittel: Angesichts der sich wandelnden Bedrohungslage fordert die PdF eine ausreichende Bereitstellung finanzieller Mittel, um Maßnahmen schnell und flexibel anpassen zu können. Nur so können Infrastrukturen auf aktuelle und zukünftige Risiken angemessen vorbereitet werden.

Kapazitätsausbau und technologische Innovation

Der Ausbau der Cybersicherheitskapazitäten ist essenziell, um Deutschland langfristig gegen Cyberbedrohungen zu wappnen.

- Nationales Cybersicherheitszentrum: Der Aufbau eines nationalen Cybersicherheitszentrums soll die Koordination zwischen Staat, Wirtschaft und internationalen Partnern verbessern. Diese zentrale Einrichtung wird als Plattform für den Austausch von Informationen, die Entwicklung gemeinsamer Strategien und die Bereitstellung von Ressourcen dienen.
- Forschung und Entwicklung: Die Förderung der Forschung und Entwicklung neuer Sicherheitstechnologien spielt eine Schlüsselrolle im Kampf gegen Cyberkriminalität. Dabei müssen auch internationale Kooperationen gestärkt werden, um Wissen und Ressourcen global zu bündeln.

Förderung von Industrien der künstlichen Intelligenz

Die Künstliche Intelligenz (KI) gilt als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts und bietet immense Chancen für Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, muss Deutschland eine starke KI-Industrie aufbauen und gleichzeitig die Balance zwischen offenen Datenzugängen und dem Schutz der Privatsphäre gewährleisten. Die Umsetzung des EU Data Acts, der den Zugang zu und die Nutzung von Daten regelt, sowie die Einführung einer wirtschaftsfreundlichen KI-Verordnung sind zentrale Schritte, um die Potenziale der Datenökonomie zu nutzen und gleichzeitig hohe Datenschutzstandards zu wahren.

- Einrichtung bundesweiter KI-Zentren: Spezialisierte Kompetenzzentren sollen insbesondere dem Mittelstand den Zugang zu KI-Lösungen erleichtern. Diese Zentren bieten praxisorientierte Schulungsprogramme für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Unternehmensleitungen an, um das Potenzial

von KI-Technologien effektiv zu nutzen. Dies stärkt die Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) und beschleunigt die Verbreitung von KI-Anwendungen in der Wirtschaft.

- **Wirtschaftsfreundliche KI-Verordnung:** Die EU-KI-Verordnung muss in Deutschland so umgesetzt werden, dass sie Innovationen fördert und die Wettbewerbsfähigkeit erhält. Die Regulierung von KI muss Vertrauen schaffen, darf jedoch nicht zu einer übermäßigen Bürokratie führen, die das Wachstum der europäischen KI-Industrie gefährdet. Es gilt, ein Umfeld zu schaffen, das die Entwicklung vertrauenswürdiger KI ermöglicht, ohne den Anschluss an internationale Entwicklungen zu verlieren.
- **Datenpools und verbesserte Datenverfügbarkeit:** Staatlich geförderte Datenpools sollen Unternehmen und Start-ups als Grundlage für Innovationen dienen. Offene Standards und klare rechtliche Rahmenbedingungen schaffen die nötige Transparenz und Sicherheit im Umgang mit Daten. Durch den gezielten Aufbau von Datenpools wird die Basis für datengetriebene Geschäftsmodelle und Technologien gelegt.
- **Förderung innovativer Start-ups:** Um eine starke KI-Industrie in Deutschland zu etablieren, müssen datengetriebene Start-ups finanziell und organisatorisch unterstützt werden. Förderprogramme und vereinfachte Zugänge zu Risikokapital schaffen ein dynamisches Umfeld, das junge Unternehmen ermutigt, innovative Lösungen zu entwickeln und international zu wachsen.

Die Förderung von KI-Industrien und der Datenökonomie in Deutschland ist entscheidend, um die digitale Souveränität Europas zu sichern.

Blockchain Technologien

Die rasante Weiterentwicklung von Technologien wie Blockchain bietet enorme Potenziale, bleibt jedoch in Deutschland und Europa weitgehend ungenutzt. Während die Blockchain-Technologie früher aufgrund ihres hohen Energieverbrauchs kritisiert wurde, haben energieeffizientere Mechanismen wie Proof of Stake diese Herausforderung entschärft. Zahlreiche Anwendungsfälle – von dezentralen Finanzlösungen über fälschungssichere Wahlsysteme bis hin zu transparenten Verwaltungsprozessen – sind bislang unerschlossen. Deshalb fordern wir:

- Förderung der Blockchain-Forschung und Entwicklung: Eine staatlich geförderte, kontinuierliche Machbarkeitsstudie soll die Anwendung von Blockchain-Technologie, Künstlicher Intelligenz und anderen innovativen Ansätzen in Verwaltung und Demokratie untersuchen. Der Fokus liegt auf der Effizienzsteigerung und Transparenz, etwa durch dezentrale Dokumentenmanagementsysteme oder optimierte Verwaltungsprozesse.
- Integration in Verwaltung und Demokratie: Es bedarf gezielter Forschung und Entwicklung an fälschungssicheren Wahlsystemen, die Dezentralität und Datenschutz gewährleisten. Ebenso soll untersucht werden, wie Blockchain-Technologien für transparente, manipulationssichere Verwaltungsprozesse genutzt werden können.
- Innovationsförderung: Unternehmen und Start-ups, die Blockchain-Lösungen für öffentliche und private Anwendungen entwickeln, müssen aktiv unterstützt werden, um die Innovationskraft des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu stärken.
- Offenheit gegenüber dezentralen Bezahlssystemen: Förderung innovativer dezentraler Zahlungstechnologien wie Kryptowährungen, unter der Voraussetzung einer klaren und ausreichenden Regulierung, um Transparenz, Verbraucherschutz und finanzielle Stabilität zu gewährleisten.

Resilienz und Souveränität digitaler Infrastruktur

In einer zunehmend digitalisierten Welt sind nahezu alle Produkte, Systeme und Netze softwaregetrieben und vernetzt – insbesondere im Bereich der kritischen Infrastruktur wie Versorgung, Transport, Verteidigung und Kommunikation. Diese Abhängigkeit birgt hohe Risiken, da komplexe und oft undurchsichtige Lieferketten externe Angriffe oder Manipulationen ermöglichen. Fehlende Redundanz und zentrale Schwachstellen („single points of failure“) erhöhen die Anfälligkeit. Deshalb fordern wir:

- Europäische Stelle für digitale Resilienz und Souveränität: Eine neu zu schaffende Stelle auf europäischer Ebene soll umfassend mit Kompetenzen ausgestattet werden, um Regulierungen für kritische Infrastruktur zu entwickeln,

die Privatwirtschaft und Bürger zu sensibilisieren und Beratung anzubieten. Agilität, Transparenz und eine gelebte Fehlerkultur stehen dabei im Fokus.

- Förderung der Grundlagenforschung zu digitaler Resilienz: Die Forschung zu digitaler Resilienz und Souveränität muss intensiviert werden, um langfristig sichere und robuste digitale Systeme zu schaffen.
- Anpassung der Vergaberichtlinien: Komponenten für die kritische Infrastruktur sollen bevorzugt von europäischen Unternehmen bezogen werden, die saubere Lieferketten und angemessene Sicherheitsstandards nachweisen können. Außereuropäische Anbieter, bei denen digitale Resilienz und Souveränität nicht garantiert werden können, sollen nicht berücksichtigt werden.
- Sensibilisierung und Fehlerkultur: Eine stärkere gesellschaftliche Sensibilisierung für digitale Risiken und der transparente Umgang mit Fehlern sollen dazu beitragen, die digitale Sicherheit zu verbessern und das Bewusstsein für die Bedeutung resilienter Infrastrukturen zu schärfen.

Für eine freie, transparente und sichere digitale Zukunft

Die digitale Welt erfordert klare und zukunftsorientierte Strategien, um Transparenz, Meinungsfreiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Die PdF setzt auf wissenschaftlich fundierte, praxisnahe und demokratische Lösungen, die die Rechte der Bürgerinnen und Bürger schützen und Innovationen fördern.

Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG)

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) wird als ineffektiv und problematisch bewertet. Es schränkt die Meinungsfreiheit unverhältnismäßig ein und trägt nur marginal zur Lösung von Problemen im digitalen Raum bei. Die PdF fordert daher die Abschaffung des NetzDG zugunsten besserer, grundrechtskonformer Ansätze.

Netzneutralität

Die Netzneutralität ist ein unverzichtbares Prinzip, das den freien und fairen Zugang zum Internet garantiert. Die PdF lehnt jegliche Schwächung der Netzneutralität ab, da dies die Meinungsfreiheit, den fairen Wettbewerb und Innovationen gefährden würde. Forderungen von Netzbetreibern, zusätzliche Gebühren von großen

Datenanbietern zu erheben, werden abgelehnt. Stattdessen fordert die PdF die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität und den Schutz vor Überholspuren für zahlungskräftige Dienste.

Öffentliche Software ("Public Money, Public Code")

Die PdF setzt sich dafür ein, dass öffentlich finanzierte Software grundsätzlich als Open Source veröffentlicht wird. Dies fördert Transparenz, digitale Souveränität und Kosteneffizienz, indem öffentliche Gelder effizient eingesetzt werden und die Ergebnisse der Allgemeinheit zugutekommen.

Digital Services Act (DSA)

Der Digital Services Act wird als wichtiger Schritt betrachtet, jedoch kritisch bewertet. Unklare Definitionen, mögliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit und hohe Anforderungen an kleinere Plattformen stellen Herausforderungen dar. Die PdF fordert klare Standards, transparente Verfahren und einen besseren Schutz der Grundrechte.

Vorratsdatenspeicherung

Eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung wird von der PdF entschieden abgelehnt. Stattdessen plädiert die Partei für gezielte Maßnahmen wie das Quick-Freeze-Verfahren, das ohne Verletzung von Grundrechten gezielte Ermittlungen ermöglicht, sowie die Stärkung internationaler Ermittlungen.

Freier Zugang zu öffentlichen Inhalten

Öffentlich finanzierte Inhalte müssen frei zugänglich sein, um Transparenz, Bildung und Innovation zu fördern. Die PdF fordert:

- Open Access für Forschung und Lehre: Alle durch öffentliche Gelder finanzierte wissenschaftliche Arbeiten sollen frei verfügbar sein.
- Freigabe amtlicher Daten: Datenbanken, Statistiken und behördliche Dokumente sollen öffentlich bereitgestellt werden, sofern keine Sicherheits- oder Datenschutzbedenken bestehen.
- Zugang zu Kulturgütern: Digitalisierte Werke aus Bibliotheken, Museen und Archiven müssen der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung stehen.

Förderung digitaler Bibliotheken und Archive

Die PdF sieht digitale Bibliotheken und Archive wie das Internet Archive als unverzichtbar für den Erhalt und die Zugänglichkeit von Wissen und Kultur. Öffentliche Mittel sollen den Aufbau und Betrieb dieser Institutionen sichern und Langzeitarchivierungen digitaler Inhalte ermöglichen, um kulturelles und historisches Erbe zu bewahren.

Digitale Privatkopie

Die PdF fordert die gesetzliche Verankerung des Rechts auf Privatkopien von digital erworbenen Inhalten. Dies ermöglicht Nutzerinnen und Nutzern eine flexible Nutzung ihrer Medien, ohne die Rechte der Urheber unverhältnismäßig einzuschränken.

Recht auf Interoperabilität

Ein gesetzlich garantiertes Recht auf Interoperabilität soll sicherstellen, dass digitale Dienste und Geräte miteinander kompatibel sind. Anbieter müssen offene Schnittstellen bereitstellen, den problemlosen Export von Daten ermöglichen und Open-Source-Lösungen fördern. Dies reduziert Abhängigkeiten von großen Anbietern und stärkt den Wettbewerb.

Sicherheitsstandards für kritische Netzwerkinfrastruktur ("China Chips")

Die PdF fordert, dass in kritischer Netzwerkinfrastruktur nur Kommunikationskomponenten verwendet werden, die nach strengen europäischen Sicherheitsstandards zertifiziert sind. Ein pauschales Verbot von Produkten aus bestimmten Herkunftsländern wird abgelehnt. Stattdessen soll die Zertifizierung den gesamten Lebenszyklus eines Produkts, Transparenz und Fehlerkultur bewerten. Gefördert werden soll zudem die europäische Produktion sicherer Komponenten im Rahmen des European Chips Acts.

XI Infrastruktur und Verkehr

Konsequenter Ausbau der Schiene

Der Zustand des deutschen Schienennetzes steht vor gravierenden Herausforderungen, die die Effizienz, Zuverlässigkeit und Attraktivität des Schienenverkehrs beeinträchtigen. Eine umfassende Modernisierung und ein konsequenter Ausbau sind unerlässlich, um den Anforderungen einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Mobilität gerecht zu werden. Große Teile des deutschen Schienennetzes sind veraltet. 26 % aller Weichen, 48 % aller Stellwerke und 42 % aller Bahnübergänge befinden sich in schlechtem Zustand. Nur 61 % des Netzes sind elektrifiziert, was den Betrieb ineffizient und klimaschädlich macht. Regelmäßige Verspätungen und Ausfälle aufgrund von Reparaturen an Signalen, Weichen oder Oberleitungen belasten den Personen- und Güterverkehr gleichermaßen. Der Betrieb moderner und klimaschonender Züge muss durch eine zügige Elektrifizierung und Modernisierung des Schienennetzes ermöglicht werden. Seit 1994 wurde das Streckennetz um mehr als 7.000 Kilometer reduziert, während die Betriebsleistung um 27 % gestiegen ist. Täglich verkehren etwa 51.000 Personen- und Güterzüge – eine Zahl, die bis 2030 um weitere 25 % steigen soll. Diese Überlastung führt zu Engpässen, die die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit des Schienenverkehrs beeinträchtigen. Der Investitionsbedarf für überfällige Sanierungen beläuft sich auf etwa 89 Milliarden Euro, während die bis 2029 geplanten Investitionen von 86 Milliarden Euro nur den Grundbedarf decken. Deshalb fordern wir konkrete Maßnahmen:

- Instandhaltung und Ausbau der Infrastruktur: Die Elektrifizierung des Streckennetzes muss beschleunigt werden, mit einem klaren Ziel von 75 % Elektrifizierung bis 2030. Dies fördert umweltfreundlichen Verkehr und reduziert den Einsatz fossiler Energieträger. Marode Strecken und Einrichtungen sollen prioritär saniert werden, basierend auf transparenten Zustandsberichten, um eine effiziente Nutzung der Infrastruktur zu gewährleisten. Stillgelegte Strecken, insbesondere in ländlichen Gebieten, sollen wieder in Betrieb genommen werden, um die Erreichbarkeit zu verbessern und Überlastungen in Ballungsräumen zu reduzieren. Ein zentral koordiniertes Baustellenmanagement soll durch engere Zusammenarbeit mit regionalen und privaten

Betreibern eine effizientere Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen ermöglichen.

- Reform der Unternehmensstruktur: Die Unternehmensstruktur der Deutschen Bahn soll kontinuierlich evaluiert werden, um sicherzustellen, dass sie die Ziele der Bahnreform sowie den Ausbau der Schiene optimal unterstützt.
- Finanzielle Unterstützung und Investitionen: Ein zweckgebundenes Sondervermögen für den Schienenausbau soll Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Erhalt der Bahn sicherstellen. Öffentlich-private Partnerschaften (PPP) sollen genutzt werden, um die Finanzierung und Umsetzung großer Infrastrukturprojekte zu erleichtern.
- Digitalisierung und Innovation: Der Aufbau eines zentralen digitalen Managementsystems ermöglicht eine effiziente Überwachung und Steuerung des Schienenverkehrs in Echtzeit. Die Einführung des Europäischen Zugsicherungssystems (ETCS L2oS) auf geeigneten Strecken wie Grenz- und Schnellfahrstrecken verbessert die Sicherheit und Kapazität. Mechanische Stellwerke sollen mittelfristig durch elektronische Stellwerke (ESTW) und langfristig durch digitale Stellwerke (DSTW) ersetzt werden. Der Ausbau des GSM-R-Funknetzes schließt bestehende Funklöcher und gewährleistet eine stabile Kommunikation zwischen Zügen und Stellwerken.
- Förderung des Güter- und Personenverkehrs: Der Schienengüterverkehr wird subventioniert, um den Straßengüterverkehr signifikant zu reduzieren und die Verkehrswende voranzutreiben. Attraktive Tarifmodelle und Erleichterungen im Personenverkehr sollen die Bahn als klimafreundliche Alternative etablieren. Dazu gehört die Vereinfachung der Tarifzonen und die Einführung einer bundesweiten digitalen Lösung für eine kilometerbasierte Abrechnung über eine App.
- Barrierefreiheit: Neue Züge sollen an die Einstiegshöhe der entsprechenden Bahnsteige angepasst werden, um einen stufenlosen Zugang und eine uneingeschränkte Barrierefreiheit zu gewährleisten.

Deutliche Investitionen in die staatliche Infrastruktur

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum, soziale Teilhabe und den Übergang zu einer klimaneutralen Gesellschaft. In

Deutschland bestehen erhebliche Defizite in der Verkehrsinfrastruktur, digitalen Infrastruktur und Energieversorgung. Zielgerichtete Investitionen und innovative Lösungen sind notwendig, um diese Herausforderungen zu bewältigen und die Infrastruktur zukunftsfähig zu gestalten.

Verkehrsinfrastruktur: Modernisierung und Mobilitätswende

Veraltete Straßen, Brücken und Schienenwege führen zu Staus und hohen Logistikkosten. Investitionen in den Ausbau und die Instandhaltung dieser Verkehrsinfrastruktur sind unerlässlich. Der Güterverkehr soll verstärkt auf nachhaltige Schienennetze verlagert werden, während emissionsarme Busse im öffentlichen Nahverkehr gefördert werden. Besonders in ländlichen Regionen muss die Mobilität durch einen bedarfsgerechten Ausbau des Nahverkehrs verbessert werden. Anstelle pauschaler Investitionen in den ÖPNV sollen On-Demand-Taxi-Services subventioniert werden, um flexible und kosteneffiziente Mobilitätslösungen zu schaffen. Ergänzend können Smart Mobility-Lösungen wie digitale Fahrpläne, flexible Fahrdienste und integrierte Ticketlösungen die Attraktivität des Nahverkehrs erhöhen. Der Ausbau von Fahrradwegen, Ladestationen für Elektrofahrzeuge und die Optimierung des öffentlichen Nahverkehrs durch Maßnahmen wie Schranken in U-Bahn-Systemen nach dem Vorbild von London und Paris sollen die Nutzung zudem klimafreundlicher Alternativen attraktiver machen. Diese Maßnahmen steigern die Einnahmen, reduzieren Schwarzfahren und verbessern die Qualität des städtischen Nahverkehrs.

Digitale Infrastruktur: Beschleunigung der Digitalisierung

Deutschland liegt bei der Breitband- und Mobilfunkversorgung zurück. Ein staatlich gefördertes Programm zur Bereitstellung von Glasfaseranschlüssen in ländlichen und strukturschwachen Regionen sowie die Förderung privater und öffentlicher Kooperationen können den Ausbau beschleunigen und die digitale Teilhabe sichern. Ein umfassendes E-Government-Portal soll Bürgern und Unternehmen ermöglichen, Behördengänge online abzuwickeln. Automatisierung von Verwaltungsprozessen verbessert die Effizienz und die Servicequalität, wodurch Behörden bürgerfreundlicher und ressourcenschonender arbeiten können.

Energie- und Klimainfrastruktur: Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit

Um Schwankungen in der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen auszugleichen, ist der Ausbau von Speicherlösungen essenziell. Große Batteriespeicherparks, Pumpspeicherkraftwerke und innovative Technologien wie thermische Speicher, Redox-Flow-Batterien oder Schwungradspeicher sollen gefördert werden. Diese Technologien verbessern die Energieeffizienz und erhöhen die Versorgungssicherheit. Intelligente Stromnetze (Smart Grids) können darüber hinaus die Produktion und den Verbrauch in Echtzeit ausgleichen. Gleichzeitig muss die Kapazität der Stromleitungen erhöht werden, um den Transportbedarf erneuerbarer Energie zu bewältigen. Eine Reduzierung der Netzentgelte entlastet Unternehmen und Haushalte und schafft Anreize zur Nutzung erneuerbarer Energien.

XII Regionalentwicklung, Landwirtschaft und Fischerei

Regionen stärken

Die anhaltende Landflucht und das Abwandern der ländlichen Bevölkerung führen zu erheblichen Herausforderungen für die Infrastruktur und die Daseinsvorsorge in diesen Gebieten. Straßen, öffentliche Verkehrsmittel, Internetversorgung, sowie Organisationen wie Feuerwehren und Altersbetreuungen werden zunehmend unwirtschaftlich. Ebenso leidet die Verfügbarkeit von Dienstleistungen wie Arztpraxen, Restaurants oder Müllentsorgung. Um diesen Trend umzukehren, bedarf es gezielter Maßnahmen:

- Schaffung von Anreizen für junge Familien und Fachkräfte: Der Ausbau digitaler und physischer Infrastruktur ist essenziell, um das Leben in ländlichen Regionen attraktiver zu machen. Steuerliche Anreize und gezielte Förderprogramme für Kommunen und Gemeinden sollen junge Familien und Fachkräfte motivieren, sich in ländlichen Gebieten niederzulassen und dort langfristig zu bleiben.
- Unterstützung von Landärzten: Durch Bonusvereinbarungen und Zusatzvergütungen sollen Ärzte für die Niederlassung in unterversorgten ländlichen

Regionen gewonnen werden. Diese Maßnahme trägt dazu bei, die medizinische Versorgung auch in abgelegenen Gebieten sicherzustellen.

- Unterstützung bei KiTa-Plätzen und Mobilität: Fahrgemeinschaften, unterstützt durch Fördermittel und öffentliche Verkehrsmittel, sollen die Erreichbarkeit von Kitas für Familien unbürokratisch verbessern. Dies erleichtert Eltern den Zugang zu Betreuungsangeboten und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Kultur-, Sport- und Freizeitangebote: Förderung des sozialen Lebens auf dem Land

Kultur-, Sport- und Freizeitangebote in ländlichen Regionen werden maßgeblich durch ehrenamtliches Engagement ermöglicht. Diese Angebote tragen wesentlich zur Lebensqualität bei, scheitern jedoch oft an fehlenden Finanzmitteln. Staatliche Institutionen könnten diese Vielfalt und den Umfang nicht allein sicherstellen, weshalb eine gezielte Förderung notwendig ist:

- Förderung von Ehrenamt und Vereinsleben: Um die kulturellen und sportlichen Angebote aufrechtzuerhalten, müssen ehrenamtliche Initiativen und Vereine finanziell unterstützt werden. Dies umfasst sowohl die direkte Förderung als auch die Bereitstellung von Infrastruktur.
- Aufbau und Erhalt von Sport- und Freizeitanlagen: Jahrzehnte verpasster Investitionen in Sportstätten, Anlagen und Freizeiteinrichtungen haben zu einem erheblichen Sanierungsbedarf geführt. Drastische Maßnahmen sind erforderlich, um den Status quo zu sichern und die Angebote weiter auszubauen. Der Fokus liegt dabei auf der Modernisierung bestehender Einrichtungen und dem Aufbau neuer Anlagen, die den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft in Deutschland steht vor tiefgreifenden Herausforderungen, die durch globale Krisen, Umweltbelastungen und wirtschaftliche Zwänge noch verschärft werden. Gleichzeitig bieten regionale Wertschöpfung, nachhaltige Praktiken

und innovative Technologien enorme Potenziale, um eine zukunftsfähige und resiliente Landwirtschaft zu gestalten.

Lebensmittelversorgung und regionale Wertschöpfung

Die COVID-19-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben die Verwundbarkeit Deutschlands durch hohe Importquoten aufgezeigt: Über 50 % des Obstes und Gemüses werden importiert, was Abhängigkeiten schafft. Gleichzeitig erhalten Landwirte nur 20-30 % des Endverbraucherpreises, während der Großteil der Wertschöpfung bei Verarbeitern und dem Einzelhandel verbleibt. Deshalb fordern wir:

- Förderung regionaler Lebensmittelproduktion: Investitionen in lokale Produktionsketten sollen die Abhängigkeit von Importen reduzieren und die Versorgungssicherheit stärken.
- Unterstützung von Genossenschaften: Der Aufbau und die Förderung von Genossenschaften erleichtern Erzeugern den Zugang zu Märkten und ermöglichen höhere Einnahmen.
- Regionale Verarbeitungszentren: Der Aufbau von Verarbeitungszentren stärkt lokale Produktions- und Vermarktungsnetzwerke und sorgt für mehr Wertschöpfung vor Ort.

Nachhaltige Landwirtschaft

Die intensive Landwirtschaft verursacht erhebliche Umweltbelastungen, beeinträchtigt die Biodiversität und stellt eine Gefahr für Boden- und Wasserqualität dar. Gleichzeitig stehen Landwirte unter wirtschaftlichem Druck und sind oft internationalen Konkurrenten ausgesetzt, die unter weniger strengen Umwelt- und Sozialstandards produzieren. Wir setzen uns deshalb für diese Maßnahmen ein:

- Förderung des Ökolandbaus: Eine Reform der Subventionspolitik zugunsten nachhaltiger Praktiken soll den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen bis 2030 auf 30 % erhöhen. Investitionszuschüsse erleichtern die Umstellung auf Ökolandbau und die Anschaffung moderner, nachhaltiger Technologien.
- Verbesserung des Tierwohls: Strengere gesetzliche Standards für artgerechte Haltung sind notwendig, um den gesellschaftlichen Erwartungen gerecht zu

werden. Ein staatlicher Tierwohlfonds soll Landwirte finanziell unterstützen, in bessere Haltungssysteme zu investieren.

- Spezifische Förderprogramme für kleine und mittlere Betriebe: Kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe, die auf regionale Vermarktung und nachhaltige Produktion setzen, sollen durch gezielte Programme unterstützt werden. Beratung und technische Hilfen für innovative Ansätze wie Präzisionslandwirtschaft fördern den nachhaltigen Umbau der Branche.

Zelluläre Landwirtschaft: Eine Innovation der Zukunft

Die zelluläre Landwirtschaft bietet eine revolutionäre Möglichkeit, tierische Erzeugnisse wie Fleisch und Milchprodukte ohne klassische Viehzucht herzustellen. Diese Technologie reduziert die negativen Auswirkungen auf Umwelt und Tiere erheblich und ermöglicht eine effizientere Nutzung natürlicher Ressourcen. Deutschland sollte diese vielversprechende Technologie durch Forschungs- und Entwicklungsprogramme aktiv fördern. Dies dient sowohl dem Tier- und Umweltschutz als auch der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in diesem Zukunftsmarkt.

Fischerei

Die Fischerei steht vor großen ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Überfischung, sinkende Fischbestände – insbesondere in der Ostsee – sowie die Auswirkungen von Plastikverschmutzung und Klimawandel gefährden die Stabilität der Meeresökosysteme. Steigende Wassertemperaturen führen zudem zu veränderten Fischpopulationen, was den Druck auf die Fischereiwirtschaft weiter erhöht. Um diese Probleme zu bewältigen, sind gezielte Maßnahmen erforderlich, die sowohl den Schutz der Meere als auch die nachhaltige Nutzung der Ressourcen sicherstellen:

- Nachhaltige Fangquoten: Die Festsetzung von Fangquoten muss auf aktuellen wissenschaftlichen Daten basieren, um Überfischung zu verhindern und die langfristige Stabilität der Fischbestände zu gewährleisten. Diese Quoten sind regelmäßig zu überprüfen und an die ökologischen Gegebenheiten anzupassen.

- Einrichtung von Meeresschutzgebieten: Geschützte Zonen in der Nord- und Ostsee sollen bedrohte Arten und empfindliche Habitats bewahren. Meeresschutzgebiete tragen wesentlich zur Erholung von Fischbeständen und zur langfristigen Stabilisierung der Ökosysteme bei.
- Förderung nachhaltiger Aquakulturprojekte: Nachhaltige Aquakultur kann eine zentrale Rolle bei der Entlastung von Wildfischbeständen spielen. Die Förderung innovativer Projekte soll dazu beitragen, den Druck auf natürliche Bestände zu verringern und zugleich den Bedarf an Fischprodukten zu decken.
- Unterstützung für Küstenfischer: Küstenfischer, die unter den Folgen der ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen leiden, benötigen gezielte finanzielle Unterstützung. Dies umfasst insbesondere Hilfen für die Umstellung auf nachhaltige Fangmethoden, die sowohl die Umwelt schonen als auch die Zukunft der Fischereiwirtschaft sichern.

Diese Maßnahmen sichern nicht nur die Biodiversität der Meere, sondern auch die Lebensgrundlage der Fischergemeinschaften.

XIII Auswärtige Angelegenheiten

Internationale Zusammenarbeit

In einer Welt, die von globalen Herausforderungen geprägt ist, spielt Deutschland eine zentrale Rolle in der internationalen Zusammenarbeit. Unsere Positionierung gegenüber internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen (UN), der NATO, der OSZE und der Europäischen Union (EU) wird durch eine wertebasierte, interessenorientierte Außenpolitik bestimmt, die Frieden, Sicherheit und Stabilität fördert.

Stoßrichtung und Positionierung der Außenpolitik

Ein starkes diplomatisches Gewicht kann nur aus einer Position militärischer Stärke heraus entwickelt werden. Deutschland strebt danach, ein vertrauenswürdiger Partner und Vermittler für Dialog und Zusammenarbeit zu bleiben. Dies geschieht durch

eine klare Unterstützung globaler Kooperation und aktives Engagement in internationalen Organisationen. Während eine wertebasierte Außenpolitik ein Grundpfeiler bleibt, müssen deutsche und europäische Interessen stärker priorisiert werden. Ein pragmatischer, konsistenter und transparenter Ansatz, der Frieden und nationale Souveränität wahrt, wird den aktuellen globalen Herausforderungen besser gerecht. Werte sollen dabei nicht um jeden Preis verfolgt, sondern in einen interessengetriebenen Kontext gestellt werden. Der Aufbau größerer Autarkie in kritischen Sektoren wie Energie, Rüstung und Kommunikationstechnologie ist zentral, um Abhängigkeiten von autoritären Staaten und feindlich gesinnten Wirtschaftsblöcken zu reduzieren. Ziel ist eine resiliente und souveräne Position Deutschlands in der globalen Wirtschaft und Sicherheitspolitik.

Vereinte Nationen (UN)

Deutschland bekennt sich zu einer aktiven Rolle in der UN und befürwortet darüber hinaus eine Reform ihrer Strukturen. Um die Handlungsfähigkeit der UN zu stärken, wird eine Reform des Vetorechts im UN-Sicherheitsrat angestrebt. Die UN soll darüber hinaus in Bereichen wie internationale Gewässer, Klima, Weltraum und grenzüberschreitende Effekte mehr Kompetenzen erhalten. Deutschlands Engagement in UN-Friedensmissionen, die Arbeit im UN-Sicherheitsrat und Beiträge zu globalen Initiativen wie dem Klimaschutz unterstreichen unsere Verantwortung für eine gerechte und sichere Weltordnung.

NATO

Die NATO ist das Kernelement der deutschen Verteidigungsstrategie. Deutschland soll zu seinen finanziellen Zusagen stehen und dem Ziel, 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben nachkommen. Des Weiteren soll sich Deutschland weiterhin aktiv an NATO-Übungen und Missionen beteiligen und eine bedeutende Rolle in der kollektiven Verteidigung und der nuklearen Abschreckung des Bündnisses spielen.

Internationale Hilfe bei Naturkatastrophen und humanitären Krisen

Die zunehmende Häufigkeit und Intensität von Naturkatastrophen sowie humanitären Krisen erfordert eine koordinierte und nachhaltige internationale Reaktion:

- **Effiziente und koordinierte Hilfeleistungen:** Ein internationales Netzwerk von Hilfsorganisationen unter der Koordination der Vereinten Nationen soll eingerichtet werden, um schnelle und abgestimmte Reaktionen zu ermöglichen. Standardisierte Notfallpläne auf globaler Ebene helfen, Doppelarbeit zu vermeiden und Ressourcen gezielt einzusetzen. Die Einführung von Echtzeit-Kommunikationsplattformen soll zudem allen beteiligten Akteuren den unmittelbaren Austausch von Informationen und Bedarfen in Katastrophengebieten. Flexible und skalierbare Protokolle werden entwickelt, um die Reaktion an unterschiedliche Katastrophenszenarien anzupassen.
- **Stärkung der lokalen Strukturen:** Lokale Hilfsorganisationen sollen durch direkte finanzielle und technische Unterstützung gefördert werden, um ihre Infrastruktur und Fähigkeiten auszubauen. Partnerschaften mit lokalen Behörden ermöglichen die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Katastrophenplänen. Regionale Notfallzentren sollen zudem eingerichtet, um in Krisensituationen schnell und effektiv zu handeln. Diese Zentren arbeiten eng mit den Gemeinden zusammen und fördern lokale Produktionskapazitäten für Hilfsgüter und medizinische Versorgung. Schulungen für Bevölkerung und Einsatzkräfte in Katastrophenvorsorge, Erste Hilfe und Evakuierungsstrategien sind zudem essenziell, um ein Bewusstsein für den Umgang mit Krisensituationen und stärken die Resilienz der betroffenen Regionen zu schaffen.
- **Nachhaltige Hilfe:** Infrastrukturprojekte, die nicht nur Soforthilfe leisten, sondern auch langfristige Entwicklungsziele fördern, stehen im Fokus. Dazu zählen Projekte wie der Ausbau der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Straßenbau, um die Lebensgrundlagen der betroffenen Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Länder werden bei der Entwicklung und Umsetzung nationaler Klimaanpassungspläne unterstützt. Projekte zur Stärkung natürlicher Schutzmechanismen, wie Wiederaufforstung und der Bau von

Hochwasserschutzanlagen, tragen dazu bei, die Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen Katastrophen zu erhöhen.

Durch eine Kombination aus globaler Zusammenarbeit, lokaler Stärkung und nachhaltiger Planung kann eine widerstandsfähige und gerechte Zukunft für alle erreicht werden.

Reform der Entwicklungshilfe

Die PdF setzt sich für eine grundlegende Reform der Entwicklungshilfe ein, die auf langfristigen Zielen, globaler Verantwortung und echter Partnerschaft basiert. Die aktuelle Entwicklungspolitik steht zunehmend in der Kritik, da Ineffizienzen und inhaltliche Defizite die Wirksamkeit mindern. Eine strategische Neuausrichtung ist notwendig, um die Entwicklungshilfe nachhaltiger und glaubwürdiger zu gestalten:

- **Bedarfsorientierte Partnerschaften:** Die Auswahl von Partnerländern soll auf klaren Kriterien wie der Einhaltung von Menschenrechten und tatsächlichem Entwicklungsbedarf basieren. Eine Zusammenarbeit mit Staaten, die systematisch gegen Menschenrechte verstoßen, wie beispielsweise Ägypten, untergräbt die Glaubwürdigkeit der deutschen Entwicklungspolitik.
- **Themenvielfalt statt Fokussierung:** Eine flexible Zielsetzung ermöglicht es, besser auf die individuellen Herausforderungen der Partnerländer einzugehen. Die Fokussierung auf nur wenige Kernthemen erschwert die Anpassung an spezifische Bedürfnisse und sollte durch eine thematische Vielfalt ersetzt werden.
- **Exit-Strategien:** Für Länder, die keine Fortschritte erzielen oder wiederholt gegen Menschenrechte verstoßen, müssen klare Rückzugspläne entwickelt werden. Diese Strategien sollen sicherstellen, dass Entwicklungshilfe gezielt und verantwortungsbewusst eingesetzt wird.
- **Konzentration auf strategisch relevante Projekte:** Die derzeitige Durchführung von über 9.000 parallelen Projekten überfordert die Koordinationskapazitäten vieler Partnerländer. Eine Reduktion auf weniger, aber umfassendere Projekte soll sicherstellen, dass nachhaltige Wirkungen erzielt und Ressourcen effizient eingesetzt werden.

- Abschaffung von Lieferbindungen: Projekte dürfen keine verdeckten Exportförderungen mehr enthalten. Stattdessen soll der maximale Nutzen für die Partnerländer im Vordergrund stehen.
- Transparenzplattform: Ein öffentlich zugängliches Portal, auf dem alle Projekte, Ausgaben und Ergebnisse dokumentiert werden, schafft Transparenz und stärkt das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Entwicklungspolitik.
- Verbindliche Eigenbeiträge: Die zugesagten Eigenbeiträge der Partnerländer müssen strenger kontrolliert werden. Sanktionen bei Nichteinhaltung sollen sicherstellen, dass die vereinbarten Verpflichtungen eingehalten werden.
- Unabhängige Audits: Regelmäßige externe Prüfungen der Mittelverwendung gewährleisten, dass finanzielle Mittel zweckgerecht eingesetzt werden und Missbrauch verhindert wird.

Durch eine strategische Neuausrichtung und konsequente Kontrolle kann Entwicklungshilfe nachhaltige Fortschritte erzielen und einen wirksamen Beitrag zur globalen Gerechtigkeit leisten.

Krisenprävention & Friedensförderung

In einer zunehmend vernetzten Welt ist die Prävention von Krisen, die Bewältigung von Konflikten und die Förderung von Frieden eine zentrale Aufgabe der deutschen Außenpolitik. Deutschland muss eine aktive Rolle als Vermittler und Akteur in internationalen Konflikten einnehmen und dabei auf multinationale Zusammenarbeit und diplomatische Lösungen setzen.

- Konfliktbewältigung durch multilaterale Zusammenarbeit: Die Bewältigung internationaler Konflikte erfordert einen multilateralen Ansatz in enger Kooperation mit Organisationen wie den Vereinten Nationen (UN), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der NATO und regionalen Zusammenschlüssen. Deutschland sollte dabei als neutrales Forum fungieren, in dem Konfliktparteien zusammenkommen können, um Dispute beizulegen und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Diese Rolle als Vermittler stärkt nicht nur die internationale Glaubwürdigkeit Deutschlands, sondern leistet auch einen direkten Beitrag zur Friedensförderung.

- Krisenpolitik durch diplomatische und wirtschaftliche Maßnahmen: Diplomatische Verhandlungen und gezielte wirtschaftliche Sanktionen sollten das zentrale Werkzeug der deutschen Krisenpolitik sein. Der Einsatz militärischer Mittel wird als wenig wirksam angesehen und sollte nur als letzte Option im Einklang mit den Bündnispartnern erfolgen. Die Priorität liegt auf der Vermeidung von Gewalt und der Förderung langfristiger, stabiler Lösungen.
- Förderung des Dialogs und der Mediation: Diplomatische Maßnahmen wie Dialog und Mediation in Konfliktregionen sind entscheidend, um Spannungen abzubauen und Friedensprozesse zu unterstützen. Deutschland sollte Initiativen fördern, die auf Friedensverhandlungen abzielen, und aktiv in die Entwicklung internationaler Strategien zur Konfliktlösung eingebunden sein.

Eine Außenpolitik, die auf Prävention, Dialog und Kooperation basiert, stärkt nicht nur den internationalen Frieden, sondern auch die Stabilität und Sicherheit Deutschlands und seiner Partner.

Handelspolitik

Eine zukunftsorientierte Handelspolitik muss pragmatisch sein und eine Balance zwischen Freihandel, nachhaltigen Standards und der Absicherung nationaler und europäischer Interessen schaffen. Deutschland und Europa profitieren von starken Handelsbeziehungen, doch geopolitische Spannungen, Lieferkettenprobleme und die Notwendigkeit einer nachhaltigen Wirtschaft erfordern gezielte Anpassungen.

Freier Handel und Nachhaltigkeit

Deutschland steht für einen möglichst freien Handel, der jedoch nicht ausschließlich wirtschaftliche Interessen verfolgen darf. Umweltstandards, die Sicherstellung der eigenen Versorgung und soziale Verantwortung müssen integrale Bestandteile jeder Handelspolitik sein. Handelsbeziehungen mit Ländern, die internationale Menschenrechtsstandards nicht akzeptieren oder einhalten, sind kritisch zu hinterfragen. Deshalb fordern wir:

- Nachhaltige Freihandelsabkommen: Handelsabkommen sollen nur abgeschlossen werden, wenn sie europäischen Umwelt- und Sozialstandards

entsprechen. Nachhaltigkeitskriterien müssen zentraler Bestandteil solcher Abkommen sein, um fairen Handel zu fördern.

- Förderung nachhaltiger Lieferketten: Ein System nach dem Vorbild von „Fairtrade“ soll entwickelt werden, um umweltfreundliche und sozial verantwortungsvolle Handelspraktiken zu fördern. Dies kann gleichzeitig als Entwicklungsmaßnahme dienen.
- Schutz des geistigen Eigentums: Maßnahmen zum Schutz von Patenten, Marken und Urheberrechten sowie zur Bekämpfung von Produktpiraterie stärken Innovationen und schützen Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb.

Diversifizierung und Resilienz

Die Abhängigkeit von einzelnen Wirtschaftsmächten wie China muss reduziert werden, um die Resilienz der Wirtschaft zu stärken. Eine stärkere Diversifizierung der Handelspartner und die Förderung regionaler Handelskooperationen sind entscheidende Schritte. Deshalb fordern wir:

- Regionale Produktionsnetzwerke stärken: Steuerliche Vorteile und Subventionen sollen Unternehmen dazu anregen, Produktionskapazitäten in Europa auszubauen. Besonders strategische Sektoren wie Pharma, Elektronik und erneuerbare Energien profitieren von regionalen Netzwerken, die globale Lieferketten ergänzen und Abhängigkeiten reduzieren.
- Förderung von Handelsbeziehungen mit aufstrebenden Märkten: Der Ausbau von Partnerschaften mit Ländern in Afrika und Südostasien schafft neue Märkte und mindert die Konzentration auf wenige Wirtschaftsmächte.
- Krisenfonds für Logistikengpässe: Ein staatlicher Unterstützungsfonds soll Unternehmen bei logistischen Herausforderungen wie Naturkatastrophen oder plötzlichen Grenzschließungen helfen und die Lieferkettensicherheit erhöhen.

Regulierung und Verantwortung

Maßnahmen zur Bekämpfung internationaler Steuervermeidung und zur Förderung von Transparenz im Finanzsektor sind essenziell. Deutschland muss eng mit

anderen Staaten zusammenarbeiten, um Steuerschlupflöcher zu schließen. Lokale Akteure sollen durch die Einführung von Nachhaltigkeitskriterien und den Aufbau fairer Handelsbeziehungen gefördert werden. Besonders im Onlinehandel müssen Verstöße gegen Zollvorschriften geahndet und faire Wettbewerbsbedingungen durchgesetzt werden.

Rüstungsimporte und -exporte

Diese sollten vorrangig auf europäischer Ebene erfolgen. Die Versorgungssicherheit bei Waffensystemen und Munition muss auch im Verteidigungsfall gewährleistet sein. Rüstungsexporte erfüllen auch außenpolitische Zwecke, schaffen Abhängigkeiten und können gezielt als außenpolitisches Mittel eingesetzt werden.

Kooperation und geopolitische Stabilität

Handelskriege, Sanktionen und geopolitische Spannungen stellen eine wachsende Herausforderung dar. Deutschland sollte eine aktive Rolle in internationalen Organisationen einnehmen, um Handelskonflikte durch Dialog und Schlichtungsverfahren zu lösen. Sanktionen müssen so gestaltet sein, dass ihre Wirkung den eigenen Schaden überwiegt.

XIV Verteidigung und Sicherheitspolitik

Bildung einer EU-Armee

Die Gründung einer gemeinsamen EU-Armee ist ein zentrales Ziel zur Stärkung der Europäischen Union und ihrer Verteidigungsfähigkeit. Diese Streitkraft soll defensiv ausgerichtet sein, unter der demokratischen Kontrolle des Europäischen Parlaments stehen und vorrangig den Schutz der Mitgliedsstaaten gewährleisten. Durch die enge Integration und Zusammenarbeit der nationalen Streitkräfte wird eine effiziente und kohärente Verteidigungsstrategie sichergestellt. Die gemeinsame Nutzung von Ressourcen, Technologien und Know-how erhöht die Effizienz und Schlagkraft, während Synergien in Forschung, Entwicklung und Produktion die Kosten senken. Die EU-Armee wird zudem eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung internationaler Krisen und humanitärer Einsätze spielen, stets in enger Abstimmung mit

internationalen Partnern und Organisationen. Sie dient nicht nur der Sicherheit Europas, sondern auch der Förderung globaler Stabilität. Angesichts wachsender globaler Unsicherheiten und abnehmender Verlässlichkeit traditioneller Bündnisse ist eine eigenständige europäische Verteidigungspolitik unverzichtbar. Eine EU-Armee wäre ein starkes Signal der Einheit und ein entscheidender Schritt, um Europas Sicherheit und Werte nachhaltig zu schützen.

Verteidigungsbudget und Abwehrbereitschaft

Die Sicherheitslage in Europa und weltweit erfordert eine umfassende Modernisierung und Stärkung der Verteidigungsstrukturen Deutschlands. Die Bundeswehr steht vor erheblichen Herausforderungen, die von Material- und Personalmangel bis hin zu strukturellen Defiziten in der Beschaffung reichen. Gleichzeitig wächst das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Bedeutung einer effektiven Landes- und Bündnisverteidigung. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, sind tiefgreifende Reformen und Investitionen nötig.

- **Technologische Erneuerung:** Die Bundeswehr muss mit modernen Technologien und Ausrüstungen ausgestattet werden, darunter Drohnen, Cyberabwehrsysteme und fortschrittliche Kommunikationsmittel. Diese Investitionen sind essenziell, um auf hybride Bedrohungen und sich wandelnde Gefechtsfelder reagieren zu können.
- **Verbesserung der militärischen Ausbildung:** Die Qualität der Ausbildung und Einsatzbereitschaft der Truppen muss gesteigert werden. Internationale Ausbildungsprogramme und Übungen fördern den Austausch von Wissen und Fähigkeiten. Gleichzeitig sollen Kompetenzen, die in den privaten Sektor abgewandert sind, gezielt zurück in die Truppe geholt werden.
- **Effizientere Beschaffung:** Das überregulierte Beschaffungswesen der Bundeswehr muss entschlackt werden, um schneller und pragmatischer auf Bedrohungslagen reagieren zu können. Der Fokus liegt auf funktionalen Lösungen anstelle kostspieliger und langwieriger „Goldrandlösungen“.

Transparenz und gesellschaftliches Bewusstsein

Die breite Akzeptanz der Bundeswehr in der Bevölkerung ist eine wertvolle Grundlage. Dennoch fehlt es an Transparenz über aktuelle Missionen, Kooperationen und Aufgaben. Eine aktive Wissensvermittlung und mehr öffentliche Kommunikation können das Bewusstsein und die Unterstützung für die Streitkräfte weiter stärken.

Dienst an der Waffe und Verteidigungsbereitschaft

Die derzeitige Ausstattung der Bundeswehr reicht nicht aus, um eine zufriedenstellende Landes- und Bündnisverteidigung sowie die Abwehr hybrider Bedrohungen sicherzustellen. Gleichzeitig leidet die Truppe unter einem eklatanten Personalmangel, obwohl die allgemeine Verteidigungsbereitschaft in der Bevölkerung tendenziell zunimmt. Die Einführung eines Wehrdienstes im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht wird positiv bewertet und soll Gegenstand eines gesellschaftlichen Diskurses sein. Eine Dienstpflicht, die auch Organisationen wie Feuerwehr, Technisches Hilfswerk (THW) und neue Katastrophenschutzstrukturen einbezieht, fördert das gesellschaftliche Bewusstsein für Sicherheit und Solidarität. Ein modernes Konzept für Wehr- und Dienstpflicht muss die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Einbeziehung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen berücksichtigen. Dies stärkt das Einheitsgefühl und zeigt, dass die Sicherheit des Landes eine gemeinsame Aufgabe ist. Die Wiedereinführung von Wehr- und Dienstpflicht erfordert erhebliche Investitionen in den Aufbau entsprechender Strukturen, die in der Vergangenheit abgebaut wurden. Diese Herausforderung muss langfristig geplant und finanziert werden.

Aktuelle Konflikte

In einer zunehmend instabilen Weltordnung ist eine aktive und differenzierte Außenpolitik von essenzieller Bedeutung, um Konflikte zu entschärfen und die Interessen Deutschlands sowie der internationalen Gemeinschaft zu wahren. Die aktuellen Konflikte in der Ukraine, Israel, Syrien und Taiwan erfordern ein entschlossenes Handeln, das strategische, moralische und wirtschaftliche Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

Ukraine: Unterstützung in einem europäischen Krieg

Der Krieg in der Ukraine ist nicht nur ein regionaler Konflikt, sondern ein europäischer Krieg, der die Sicherheitsarchitektur des gesamten Kontinents betrifft. Die

militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine muss mindestens im bisherigen Umfang fortgesetzt werden. Eine Einschränkung der gelieferten militärischen Güter wäre kontraproduktiv und würde die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine schwächen. Europa, einschließlich Deutschlands, muss in der Lage sein, die Ukraine unabhängig von den USA ausreichend zu unterstützen. Die Fortführung der Kampfhandlungen und die Bedingungen für Verhandlungen liegen in der Entscheidung der ukrainischen Bevölkerung. Eine Niederlage der Ukraine würde nicht nur unserem moralischen und völkerrechtlichen Verständnis widersprechen, sondern negative sicherheitspolitische und strategische Konsequenzen für Europa nach sich ziehen. Die Notwendigkeit der Unterstützung der Ukraine steht daher für uns außer Frage.

Israel: Klare Unterstützung mit kritischem Blick

Die Verteidigung des Staates Israel ist deutsche Staatsräson. Gleichzeitig ist dies kein uneingeschränkter Freifahrtschein für die politischen oder militärischen Handlungen Israels. Kritik an Handlungen, die internationalen Normen widersprechen, bleibt legitim und notwendig.

Syrien: Hoffnung auf Stabilität

Die Lage in Syrien bleibt instabil, zeigt jedoch erste Anzeichen einer möglichen Besserung. Obwohl zahlreiche Zeichen der Hoffnung auf eine friedlichere Zukunft bestehen, muss abgewartet werden, ob diesen Aussagen auch konkrete Taten folgen. Ein langfristiges Engagement Deutschlands und der internationalen Gemeinschaft zur Schaffung eines stabilen syrischen Staates ist wünschenswert, jedoch abhängig von den Entwicklungen vor Ort.

Taiwan: Prävention eines globalen Wirtschaftsschocks

Taiwan hat eine aufstrebende freiheitliche Demokratie. Ein Krieg um Taiwan hätte gravierende Auswirkungen auf die globale Wirtschaft, insbesondere auf Deutschland als Export- und Technologienation. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass China wenig Interesse an einem Dialog hat, der nicht den eigenen nationalen Interessen dient. Militärische Abschreckung bleibt daher ein zentraler Mechanismus, um einen Konflikt um Taiwan zu verhindern. Um dies zu erreichen, setzen wir uns verstärkt dafür ein, dass sich internationale Partner in diesem Bereich engagieren.

XV Europäische Union

EU für Überregionales, Nationalstaaten für Heimisches

Die unklare Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und den Nationalstaaten führt oft zu Misstrauen und Uneinigkeit innerhalb der Bevölkerung. Während überregionale Herausforderungen nicht effektiv koordiniert werden, beeinträchtigt die Einflussnahme der EU auf nationale Belange die Akzeptanz der Union. Eine klare und transparente Abgrenzung der Kompetenzen ist notwendig, um das Vertrauen in die EU zu stärken und die Zusammenarbeit effizienter zu gestalten.

- Verantwortung der EU für überregionale Themen: Die EU soll eine zentrale Rolle bei Themen übernehmen, die eine überregionale Relevanz haben und gemeinsame Lösungen erfordern. Dazu zählen der Klimaschutz, Verteidigungsfragen, die Energieinfrastruktur sowie der internationale Handel. Eine gebündelte europäische Positionierung stärkt die Handlungsfähigkeit der EU und ermöglicht es, globale Herausforderungen wie den Klimawandel oder Sicherheitsfragen effektiver zu bewältigen.
- Nationale Zuständigkeiten für lokale Belange: Themen, die stark von den regionalen Gegebenheiten und Bedürfnissen der Bevölkerung abhängen, sollen auf nationaler Ebene verbleiben. Dazu gehören das Renteneintrittsalter, Tempolimits oder die Kommunalpolitik. Diese Themen können von den Nationalstaaten besser und passgenauer geregelt werden, da sie die spezifischen Bedingungen vor Ort berücksichtigen können.
- Klare und transparente Abgrenzung der Kompetenzen: Eine klare und nachvollziehbare Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Nationalstaaten ist essenziell, um Unsicherheiten in der Bevölkerung abzubauen. Indem die Zuständigkeitsbereiche transparent gestaltet und kommuniziert werden, kann das Vertrauen in die Funktionsweise der EU gestärkt werden.

Stärkung des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament ist das Herzstück der Demokratie in der Europäischen Union. Dennoch wird seine Handlungsfähigkeit durch fehlende Kompetenzen und begrenzte Einflussmöglichkeiten eingeschränkt. Insbesondere das fehlende Gesetzesinitiativrecht und die begrenzte direkte Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger schwächen die demokratische Legitimation der EU und erschweren die Umsetzung einer bürgernahen Politik.

- Vergabe eines Gesetzesinitiativrechts an das Europäische Parlament: Um die Rolle des Parlaments zu stärken, muss es das Recht erhalten, eigene Gesetzesinitiativen vorzuschlagen. Dies würde es ihm ermöglichen, aktiv auf die europäische Gesetzgebung einzuwirken und die demokratische Legitimation der EU zu erhöhen. Das Parlament hätte so die Möglichkeit, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger direkter in politische Prozesse einzubringen.
- Direktwahl zentraler EU-Führungspersonen: Die Bürgerinnen und Bürger sollen durch die Direktwahl des Kommissionspräsidenten und der Hohen Vertretung für Außenpolitik unmittelbaren Einfluss auf die Führungspersonlichkeiten der EU nehmen können. Diese Reform stärkt nicht nur die Legitimation der Europäischen Kommission, sondern erhöht auch die Transparenz und das Vertrauen in die europäischen Institutionen.
- Einführung neuer Wahlrechtsformate: Um die Vielfalt der politischen Landschaft in der EU besser abzubilden, sollen innovative Wahlrechtsformate wie Ersatzstimmen eingeführt werden. Diese ermöglichen es, kleinen Parteien eine faire Chance zur Mitwirkung zu geben und die politische Repräsentation zu diversifizieren. Dadurch wird das Parlament ein besseres Abbild der Meinungsvielfalt innerhalb der EU.

Stärkung der Identifikation mit der EU durch bessere Repräsentation

Die Europäische Union steht in Teilen der Bevölkerung vor einem Rückgang an Zustimmung und Rückhalt. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich unzureichend durch die Institutionen der EU repräsentiert, was das Vertrauen in die europäische

Gemeinschaft schwächt. Um die Identifikation mit der EU zu stärken, müssen die politischen Strukturen transparenter und gerechter gestaltet werden.

- **Faire Repräsentation der Mitgliedstaaten:** Die politische Gewichtung innerhalb der EU sollte stärker an objektiven Kriterien ausgerichtet werden. Eine faire Repräsentation der Mitgliedstaaten, basierend auf Faktoren wie Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft und Flächengröße, kann das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen der EU erhöhen. Eine gerechtere Gewichtung sorgt dafür, dass Entscheidungen der Union als legitimer und demokratischer wahrgenommen werden.
- **Einheitlicher Wahltag für europäische Wahlen:** Die Einführung eines einheitlichen, freien Wahltags in allen Mitgliedstaaten fördert die politische Beteiligung und unterstreicht das Bewusstsein für die EU als demokratische Gemeinschaft. Ein europaweit einheitlicher Wahltermin stärkt die gemeinsame Identität und zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU gleichberechtigt und gleichzeitig über die Zukunft der Union entscheiden können.

Entbürokratisierung des Wahlsystems

Das Wahlsystem der Europäischen Union steht vor Herausforderungen, die durch materialintensive und bürokratische Anforderungen insbesondere für Kleinparteien erschwert werden. Hohe Kosten für Wahllokale und manuelle Prozesse belasten zudem die öffentlichen Haushalte und machen den Ablauf von Wahlen weniger effizient. Eine Modernisierung und Entbürokratisierung des Wahlsystems kann diese Probleme lösen, die Partizipation fördern und die Effizienz steigern:

- **Elektronische Unterstützungsunterschriften:** Der Prozess der Kandidatur von Parteien und Einzelpersonen soll durch elektronische Unterstützungsunterschriften erleichtert werden. Ergänzend dazu dient eine postalische Bestätigung der Sicherheit und Verlässlichkeit des Verfahrens. Dies erhöht die Effizienz und reduziert Fehler, die bei manuellen Prozessen häufig auftreten.
- **Automatischer Versand von Briefwahlunterlagen:** Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen und administrative Hürden abzubauen, sollen Briefwahlunterlagen künftig automatisch und ohne Antragsverfahren an alle Wahlberechtigten

versandt werden. Diese Maßnahme fördert eine einfache und zugängliche Teilnahme an demokratischen Prozessen.

- Kostensenkung durch Reduktion von Wahllokalen: Die Anzahl der Wahllokale kann reduziert werden, insbesondere in Kombination mit einer stärkeren Förderung digitaler und postalischer Stimmabgabe. Diese Modernisierung erleichtert den Zugang für die Wählerinnen und Wähler und senkt gleichzeitig die Kosten für die Durchführung von Wahlen.

Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die EU

Die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die Europäische Union ist ein bedeutender Schritt zur Stärkung von Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit auf dem Kontinent. Dennoch sind die Beitrittsprozesse derzeit langwierig und oft intransparent. Uneinigkeit über die geografischen und politischen Grenzen der EU erschwert eine klare Perspektive für potenzielle Mitgliedsstaaten. Um die Glaubwürdigkeit und Attraktivität der EU zu sichern, sind Reformen in der Erweiterungspolitik notwendig:

- Beschleunigung bestehender Beitrittsprozesse: Kandidatenländer, die die Rechtsstaatskriterien erfüllen und wesentliche Reformschritte umsetzen, sollen klare und verbindliche Perspektiven für eine Mitgliedschaft erhalten. Eine transparente und zügige Bearbeitung der Beitrittsanträge unterstützt die Reformbemühungen in den Kandidatenländern und stärkt die Glaubwürdigkeit der EU als verlässlicher Partner.
- Reform der Entscheidungsstrukturen: Um die Handlungsfähigkeit der EU auch bei einer erweiterten Mitgliederzahl zu gewährleisten, müssen die Entscheidungsstrukturen reformiert werden. Die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in ausgewählten Bereichen, beispielsweise in der Außen- und Sicherheitspolitik, kann den Entscheidungsprozess beschleunigen und die Effizienz der EU erhöhen. Gleichzeitig bleibt der Grundsatz der Solidarität unter den Mitgliedsstaaten gewahrt.

Währungspolitik als Mittel zum Zweck

Die Währungspolitik der Europäischen Union steht vor großen Herausforderungen. Uneinigkeit über Schuldenregeln und die Vergemeinschaftung von Risiken sorgt für

Spannungen zwischen wirtschaftlich starken und schwächeren Mitgliedstaaten. Ein stabiler Euro ist jedoch essenziell für den Zusammenhalt der Union und die wirtschaftliche Zukunft Europas. Deshalb fordern wir:

- Unabhängige Stabilitätsmechanismen: Um Stabilität in der Eurozone zu gewährleisten, sollen klare Schuldenobergrenzen eingeführt werden, die unabhängig von politischer Einflussnahme durch Experten kontrolliert werden. Solche Mechanismen schaffen Transparenz und sorgen für Verlässlichkeit in der Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten.
- Temporäre Euro-Austritte für wirtschaftliche Erholung: Staaten in wirtschaftlicher Notlage sollen die Möglichkeit eines temporären Euro-Austritts erhalten, um ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Diese Maßnahme zielt darauf ab, langfristig den Zusammenhalt der Eurozone zu sichern, ohne die gesamte Gemeinschaft durch wirtschaftliche Ungleichgewichte zu destabilisieren.
- Datenschutz und Sicherheit bei bargeldlosen Zahlungen: Mit der zunehmenden Verbreitung bargeldloser Zahlungssysteme ist der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Missbrauch und Überwachung von zentraler Bedeutung. Ein starkes Datenschutzregime soll sicherstellen, dass bargeldlose Zahlungen sicher und anonym bleiben, ohne die Privatsphäre der Nutzerinnen und Nutzer zu gefährden.

Entbürokratisierung der EU

Die Europäische Union steht immer wieder in der Kritik, durch überbordende Bürokratie Unternehmen und Bürger unverhältnismäßig zu belasten. Komplexe Regelungen und fehlende Praxisprüfungen neuer Richtlinien erschweren die Umsetzung und führen zu hohen Kosten und Ineffizienzen. Um die Handlungsfähigkeit und Akzeptanz der EU zu stärken, ist eine gezielte Entbürokratisierung notwendig.

- Grenzwerte für Bürokratiekosten und verpflichtende Praxis-Checks: Neue EU-Richtlinien sollen vor ihrer Einführung auf ihre praktischen Auswirkungen geprüft werden. Ein verpflichtender Praxis-Check stellt sicher, dass Regelungen nicht nur theoretisch, sondern auch in der Anwendung sinnvoll und

praktikabel sind. Grenzwerte für Bürokratiekosten helfen, unnötige Belastungen für Unternehmen und Verwaltungen zu vermeiden.

- Reduktion von unnötigen Dokumentationspflichten: Viele Dokumentationspflichten gehen weit über das notwendige Maß hinaus und belasten Unternehmen und Verwaltungen unverhältnismäßig. Diese Verpflichtungen sollen gezielt überprüft und reduziert werden, um Zeit und Ressourcen effizienter zu nutzen.
- Zentrales EU-Bürokratieprüfungsgremium: Ein unabhängiges Gremium auf EU-Ebene soll ineffiziente Vorschriften identifizieren und konkrete Optimierungsvorschläge erarbeiten. Dieses Gremium sorgt für mehr Transparenz und eine kontinuierliche Überprüfung der Regelungslandschaft, um Bürokratie schrittweise abzubauen.

Das Problem Lobbyismus

Der Einfluss von Lobbygruppen auf die Entscheidungen der Europäischen Union steht zunehmend in der Kritik. Intransparente Einflussnahme und ein Übergewicht wirtschaftlicher Interessen gefährden das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU. Um sicherzustellen, dass politische Entscheidungen im Interesse der Allgemeinheit getroffen werden, bedarf es strengerer Transparenz- und Kontrollmechanismen:

- Erweiterung des EU-Lobbyregisters: Das bestehende Lobbyregister soll erweitert werden, um umfassendere Transparenz zu schaffen. Verpflichtende Kontaktprotokolle müssen offenlegen, welche Gruppen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Diese Maßnahme ermöglicht es der Öffentlichkeit, den Entscheidungsprozess besser nachzuvollziehen und die Einflussnahme von Interessensgruppen kritisch zu prüfen.
- Mindestquoten für unabhängige Experten und zivilgesellschaftliche Akteure: Um ein Übergewicht wirtschaftlicher Interessen in EU-Fachgruppen zu vermeiden, sollen Mindestquoten für unabhängige Experten und Vertreter der Zivilgesellschaft eingeführt werden. Dies gewährleistet, dass politische Entscheidungen auf einer breiteren und ausgewogeneren Basis getroffen werden.

- Einführung unabhängiger Kontrollmechanismen: Unabhängige Kontrollinstanzen sollen sicherstellen, dass Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls getroffen werden. Diese Mechanismen sollen den Entscheidungsprozess überwachen, die Einhaltung von Transparenzregeln gewährleisten und mögliche Interessenskonflikte aufdecken.

Eine gemeinsame Sprache für die EU

Die Europäische Union ist geprägt von einer beeindruckenden sprachlichen Vielfalt, die ihre kulturelle Identität bereichert. Doch Sprachbarrieren erschweren oft die Zusammenarbeit, das gegenseitige Verständnis und die politische Entscheidungsfindung. Hohe Kosten für Übersetzungen und Dolmetschdienste belasten zusätzlich die Haushalte der EU-Institutionen. Eine Debatte über die Einführung einer gemeinsamen Amtssprache bietet die Chance, diese Herausforderungen zu bewältigen und zugleich eine gemeinschaftliche Identität zu fördern.

- Einführung einer gemeinsamen Amtssprache: Eine einheitliche Amtssprache könnte die Kommunikation innerhalb der EU erleichtern und die Kosten für Übersetzungsdienste reduzieren. Sie würde es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, die politische Diskussion auf europäischer Ebene besser nachzuvollziehen und aktiv daran teilzunehmen.
- Fokus auf neutrale Optionen wie Esperanto: Um keine Mitgliedstaaten zu bevorzugen und Konflikte zu vermeiden, sollte eine neutrale Sprache wie Esperanto in Betracht gezogen werden. Diese künstlich geschaffene Sprache wurde entwickelt, um einfach zu erlernen zu sein und eine Brücke zwischen verschiedenen Sprachgruppen zu schlagen. Sie könnte als gemeinschaftliche Amtssprache eine symbolische Verbindung schaffen und die europäische Identität stärken.

Die EU als außenpolitischer Player

Die Europäische Union hat das Potenzial, eine zentrale Rolle auf der globalen Bühne einzunehmen. Doch ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit wird durch strukturelle Schwächen wie das Einstimmigkeitsprinzip erheblich eingeschränkt. Uneinheitliche Positionen der Mitgliedstaaten schwächen die Außenwirkung der EU und

führen zu Verzögerungen in wichtigen Entscheidungen. Angesichts geopolitischer Herausforderungen wie zunehmender Machtkonkurrenzen und globaler Krisen braucht die EU dringend Reformen, um ihre Rolle als einflussreicher Akteur zu stärken:

- Abschaffung des Vetorechts in der Außenpolitik: Das Einstimmigkeitsprinzip blockiert schnelle und effektive Entscheidungen und verhindert eine kohärente Außenpolitik. Die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik würde die Handlungsfähigkeit der EU stärken und sicherstellen, dass sie schneller auf internationale Herausforderungen reagieren kann. Diese Reform fördert eine klare, einheitliche und glaubwürdige Position der EU auf der Weltbühne.
- Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungsstrategie: Eine einheitliche Verteidigungsstrategie ist entscheidend, um die EU sicherheitspolitisch unabhängiger und besser auf geopolitische Bedrohungen vorbereitet zu machen. Effiziente Reaktionsmechanismen sollen es der EU ermöglichen, sowohl diplomatisch als auch militärisch angemessen auf Krisen zu reagieren. Diese Strategie muss von einem klaren Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, insbesondere der NATO, begleitet werden, um globale Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten.

Autarke Versorgung der EU-Bürger mit Grundnahrungsmitteln

Weltpolitische Ereignisse wie die Corona-Pandemie und die Invasion Russlands in die Ukraine haben deutlich gemacht, wie verletzlich die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und wichtigen Vorprodukten in der EU ist. Diese Krisen haben nicht nur Lieferketten unterbrochen, sondern auch die Preise für Produkte wie Getreide, Düngemittel und andere Agrarerzeugnisse erheblich steigen lassen. Um die Versorgungssicherheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger langfristig zu gewährleisten, muss die europäische Agrarpolitik verstärkt auf autarke Lösungen setzen:

- Stärkung der Eigenproduktion: Die EU sollte die Produktion von Grundnahrungsmitteln und wichtigen Vorprodukten wie Düngemitteln gezielt fördern. Durch den Ausbau der regionalen Landwirtschaft und die Unterstützung innovativer landwirtschaftlicher Technologien kann die Abhängigkeit von

Importen reduziert werden. Dies erhöht die Krisenresilienz und sichert die Grundversorgung auch in Ausnahmesituationen.

- Diversifizierung der Importe: Wo Importe aus Drittländern weiterhin notwendig sind, sollte eine Diversifizierung der Handelsbeziehungen angestrebt werden. Durch den Aufbau von Beziehungen zu einer breiteren Palette von Lieferanten kann das Risiko von Engpässen und Abhängigkeiten minimiert werden.

Normierung von Kleidergrößen

Die hohe Rücksendequote im Online-Handel stellt eine erhebliche Herausforderung dar, insbesondere im Bereich der Bekleidung. Über 40 % der bestellten Kleidungsstücke werden durchschnittlich zurückgeschickt, wobei die häufigste Ursache falsche Passformen oder Größen sind. Viele Kundinnen und Kunden bestellen dasselbe Produkt in unterschiedlichen Größen, um Passprobleme zu umgehen, was zwangsläufig zu Retouren führt. Diese Entwicklung ist problematisch aus mehreren Gründen: Zusätzliche Transportwege erhöhen die Emissionen, während Verpackungsmüll und die Vernichtung von zurückgesendeten Produkten die Umwelt weiter belasten. Rücksendungen verursachen darüber hinaus erhebliche Bearbeitungs-, Logistik- und Wertverlustkosten, die letztlich auch die Preise für Kundinnen und Kunden erhöhen. Letztendlich führt Unzufriedenheit mit der Passform, der Aufwand für Rücksendungen und höhere Preise zu Frustration und mindern die Kundenbindung.

Um diese Probleme anzugehen, wollen wir die Einführung normierter Größen für Kleidung durchsetzen. Einheitliche Größenstandards auf europäischer Ebene würden es ermöglichen, dass Kundinnen und Kunden besser einschätzen können, welche Größe tatsächlich passt, unabhängig von Marke oder Hersteller. Dies würde die Retourenquote erheblich reduzieren und sowohl Händler als auch die Umwelt entlasten. Normierte Kleidergrößen schaffen eine Win-win-Situation: Sie verbessern die Kundenzufriedenheit, senken die Kosten für Händler und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung von Umweltbelastungen durch den Online-Handel.

EU-Reformen

Die Europäische Union steht vor der Aufgabe, ihre demokratische Legitimation zu stärken und die Distanz zwischen ihren Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern zu verringern. Zentrale EU-Positionen und Prozesse werden oft als intransparent und bürgerfern wahrgenommen. Zudem erschweren bürokratische Hürden die aktive Teilnahme an politischen Entscheidungen. Eine umfassende Reform der EU ist notwendig, um die Union demokratischer, effizienter und bürgernäher zu gestalten:

- **Europäisches Bürgerparlament:** Die Einrichtung eines direkt von der Bevölkerung gewählten europäischen Bürgerparlaments mit Gesetzesinitiativrecht soll die Bürgerbeteiligung stärken und die demokratische Legitimation zentraler Entscheidungen erhöhen.
- **Direktwahl zentraler EU-Positionen:** Schlüsselpositionen wie der Kommissionspräsident und die Hohe Vertreterin für Außenpolitik sollen durch eine Direktwahl bestimmt werden. Dies gibt den Bürgerinnen und Bürgern eine stärkere Mitsprache und erhöht das Vertrauen in die EU-Institutionen.
- **Sichere elektronische Wahlen:** Die Einführung sicherer elektronischer Wahlen ermöglicht eine leichtere Teilnahme an EU-Wahlen und kann die Wahlbeteiligung erhöhen. Durch technologische Innovationen wird die Barriere für eine demokratische Mitbestimmung gesenkt.
- **Entbürokratisierung der Entscheidungsfindung:** Transparente, digitale Arbeitsweisen und zentrale Datenportale sollen die EU-Entscheidungsprozesse effizienter und zugänglicher machen. Diese Maßnahmen reduzieren den Verwaltungsaufwand und erhöhen die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen.
- **Erweiterte Kompetenzen für das EU-Parlament:** Als direkt gewählte Institution muss das EU-Parlament mehr Gesetzgebungskompetenzen erhalten, um die demokratische Legitimation der Union zu stärken.
- **Herstellung von Wahlgleichheit:** Alle EU-Bürgerinnen und -Bürger sollen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit die gleichen Wahlrechte genießen.

Wahlgleichheit ist ein zentraler Baustein für eine gerechte und inklusive Demokratie.

- Eine EU-weite Verfassung: Die Schaffung einer gemeinsamen EU-Verfassung, die durch eine EU-weite Volksabstimmung beschlossen wird, kann die rechtliche und institutionelle Grundlage der Union stärken. Eine solche Verfassung stellt sicher, dass die EU-Institutionen transparent und effizient arbeiten, während die Rechte der Mitgliedsstaaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben.

Die vorgeschlagenen Reformen sollen die EU demokratischer, transparenter und bürgernäher machen. Deutschland soll sich bei der Umsetzung federführend beteiligen.

